

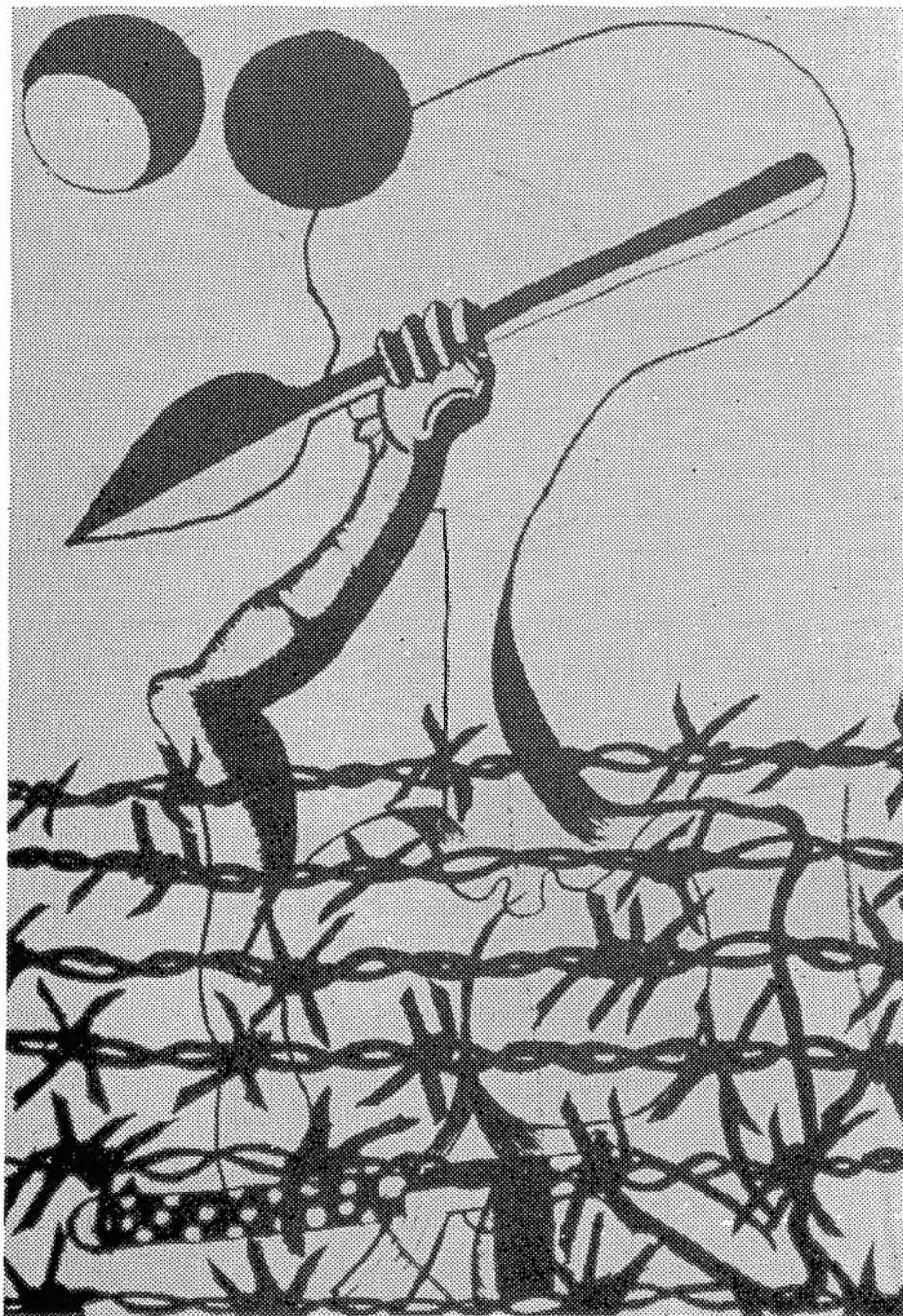
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte

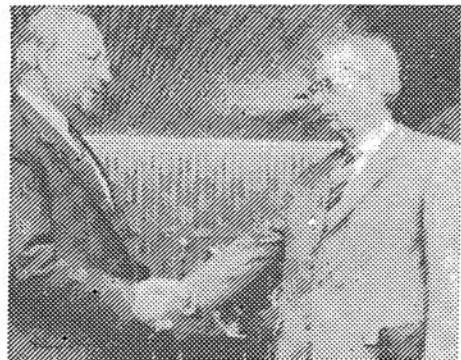


10. August 1985
Jg. 6 Nr. 16

G 7756 D Preis:
2,50



Unser Speer — Lefifi Tladi (Südafrika/Azania, 1979)



Arbeitsmarkt: Bangemann und Kohl räumen Rationalisierungshindernisse / SPD-Glotz nennt's Qualifikationsoffensive Seite 4



Italien: PCI-Parteitag vorzeitig einberufen — Diskussion über Gründe für Niederlagen Seite 12



Krankenpflegeschüler: Aktionen gegen die Senkung der Ausbildungsvergütung Seite 24

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK - 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

| | |
|--|----|
| Arbeitsmarkt: Bangemann und Kohl räumen Rationalisierungshindernisse / SPD-Glotz nennt's Qualifikationsoffensive..... | 4 |
| "Brokdorf-Urteil": Wer Polizeibüttel spielt, soll Demonstrationsrecht genießen..... | 7 |
| Politische Gefangene: Faschistische Methoden der Staatsorgane. | 7 |
| Erziehungsgeld: Weitgehende Beseitigung des Mutterschutzes nach der Geburt des Kindes | 8 |
| Dokumentiert: ÖTV zum Erziehungsgeld..... | 9 |
| EWS: Pöhl und die Deutsche Bundesbank als europäische Notenbank-Gendarmen?..... | 10 |
| Die Deutsche Bundesbank von der Währungsfront..... | 11 |

Auslandsberichterstattung

| | |
|--|----|
| Italien: PCI-Parteitag vorzeitig einberufen | 12 |
| Natta: Für die Alternative..... | 13 |
| Großbritannien: Mindestlöhne für junge Arbeiter aufgehoben.... | 13 |
| MLPD zu Zimbabwe: Europäische Besserwisserei statt Internationalismus?..... | 14 |
| Israel: Notstandsprogramm gegen Palästinenser und arme Israeli.... | 14 |
| Österreich: Weinskandal: Ruin für kleine Bauern..... | 15 |
| VR China: Reform der Volksbefreiungsarmee..... | 15 |
| Internationale Meldungen..... | 16 |

Aus Parteien und Verbänden

| | |
|---|----|
| Veröffentlichungen | |
| Friedensarbeit im Betrieb | 18 |
| Militärgeistlichkeit im Gleichschritt..... | 18 |
| Gewerkschaftsbeschlüsse gegen Faschismus..... | 18 |
| Tagung gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen..... | 18 |
| IMSF-Strategiedebatte wenig hilfreich..... | 19 |
| Gesundheitswesen: Blüm will "Selbstbeteiligung" schon ab Herbst 1985 | 19 |

Bangemann: Sonntagsarbeit für die Textilarbeiter

Auf einer Betriebsversammlung in der Wuppertaler Firma des Präsidenten von Gesamtmetall, Ernst Günther Plutte, hat Wirtschaftsminister Bangemann (FDP) angekündigt, die Forderung der Textilkapitalisten nach allgemeiner Sonntagsarbeit in der Textilindustrie zu unterstützen. "Die Maschinenlaufzeit in der Textilindustrie solle auf sieben Wochentage rund um die Uhr ausgedehnt werden", zitiert die Gewerkschaft Textil-Bekleidung die Rede Bangemanns. Die Ankündigung Bangemanns bedeutet, daß die Liberalen bei der für Herbst geplanten Beratung des neuen Arbeitszeitgesetzes im Bundestag versuchen werden, das Verbot der Sonntagsarbeit noch weiter zu lockern. Dagegen protestiert die Textilgewerkschaft: "Restlose Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft gehöre offensichtlich zur alleinigen Zielsetzung liberaler Politik." Leider ergänzt die GTB diesen Protest um das Angebot, "Kompromißbereitschaft" bei der Ausdehnung der Samstagsarbeit und bei Angriffen auf den Urlaub zu zeigen. Schon 1984 seien die Betriebsräte in der Textilindustrie ermächtigt worden, Maschinenlaufzeiten von 144 Stunden pro Woche hinzunehmen, außerdem sei die GTB bereit, mit den Kapitalisten über den "Luxus" zu beraten, daß während der Betriebsferien im Sommer zahlreiche Betriebe drei bis vier Wochen stillgelegt würden, heißt es in der Erklärung. — (rü)

Antikriegstag: DGB verharmlost BRD-Kriegsvorbereitung

Der DGB-Aufruf zum Antikriegstag am 1.9.85 steht unter dem Motto: "Nie wieder Krieg! Rüstet endlich ab!" Er richtet sich vor allem gegen die USA und die UdSSR. Das von der Bundesregierung geplante Zivilschutzgesetz wird nicht kritisiert. Die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der Grenzen als Ausdruck für die Gegnerschaft des DGB gegen Revanchismus und die Bedrohung der DDR, Polens und der UdSSR durch westdeutsche Spitzenpolitiker enthält der Aufruf nicht. Er fällt damit hinter die Erklärung zum 8. Mai, hinter stehende Beschlüsse und Reden am 1. und 8. Mai zurück. Einzelne Forderungen lauten: "1. Schluß mit dem Wettrüsten. Die Beseitigung aller Massenvernichtungsmittel in Ost und West muß oberstes Ziel der Abrüstungsverhandlungen sein. 2. Keine Beteiligung der Bundesrepublik (und deutscher Forschungseinrichtungen) an der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der USA. Die USA und die UdSSR sollen ihre Forschung für Weltraumwaffen einstellen. Dringender ist die Bereitstellung von Forschungsmitteln für zivile, gesellschaftlich sinnvolle Projekte ..." Die Stationierung der

Mittelstreckenwaffen "in Europa" soll gestoppt werden, die Genfer Verhandlungen zu konkreten und sichtbaren Rüstungskontroll- und Abrüstungserfolgen führen. Weitere Forderungen sind: Keine Ausweitung der Rüstungsexporte; Erprobung ziviler Alternativen zur Rüstungsproduktion; eine finanziell und ideell stärkere Unterstützung der Friedensforschung; ein konsequenter Ausbau der Friedenserziehung an den Schulen; mehr militärische und rüstungspolitische Informationen.



Antikriegstag 1983: Demonstration am "Tag der offenen Tür", Kaserne Göttingen

Die Funktion der NATO als aggressives Militärbündnis und die Politik der BRD darin werden völlig verharmlost mit der Forderung: "8. Die Bundesregierung muß als Mitglied der NATO weiter ihrer friedenspolitischen Verpflichtung nachkommen und durch eigene Vorschläge zur stärkeren defensiven Ausrichtung der Bundeswehr und zu defensiv orientierten sicherheitspolitischen Konzepten ihren Beitrag zu einer neuen Sicherheitspolitik leisten. Dazu gehört auch der Verzicht auf eine Wehrdienstverlängerung und das Einfrieren des Verteidigungshaushalts." — (düb)

Türkei und T. Kurdistan: bundesweite Aktionswoche

Anlässlich des 5. Jahrestags des faschistischen Militärputsches am 12. September 1980 in der Türkei führen wir demokratische Organisationen der türkischen und kurdischen Arbeiter vom 9. bis 14. September 1985 eine bundesweite Aktionswoche Türkei und Türkisch-Kurdistan durch.

Unter dem Motto: FÜR MENSCHENRECHTE—DEMOKRATIE UND FRIEDEN wird im Rahmen dieser Woche mit vielfältigen Aktionen wie Informationsveranstaltungen und Protestkundgebungen auf die Situation in der Türkei und Türkisch-Kurdistan aufmerksam gemacht und für Solidarität geworben.

Seit dem Putsch sind fünf Jahre verstrichen, die durch Terror, Folter, Hinrichtungen und Unterdrückung gekennzeichnet sind. Daran hat sich

heute, trotz der Demagogie um die "Rückkehr zur Demokratie" nichts geändert ... Tausende von Menschen sitzen nach wie vor im Kerker, neue Verfolgung und Verhaftungswellen sind im Gange. Gegen das kurdische Volk wird ein offener Krieg geführt. Mit dem vor kurzem verabschiedeten Polizeigesetz, das der Polizei uneingeschränkte Machtbefugnisse gibt und praktisch das bestehende Kriegsrecht ersetzen soll, wird die nicht vorhandene Unabhängigkeit der Gerichte zum Gesetz erhoben...

Unsere Forderungen:

Abschaffung von Folter und Hinrichtungen

Freiheit für die politischen Gefangenen—Generalamnestie

Schluß mit dem Krieg und nationalen Unterdrückung des kurdischen Volkes

Keine Militär- und Wirtschaftshilfe an die Türkei

Solidarität mit den Demokraten in der Türkei und Türkisch-Kurdistan

1.8.1985

Birlik Yolu, Dibaf, Fidef, Gercek, ADK, KOMKAR, KKDK

Kontaktadresse: KOMKAR, Burgunder Str. 35-37, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/211932

Westberlin-Status: Ganz große Koalition wider Völkerrecht

Die Bundesregierung kündigte an, "den Vorfall" mit den Westmächten besprechen zu wollen. Regierungsmitglieder verlangten die sofortige Abreise der bundesdeutschen Delegation bei den Moskauer Weltjugendfestspielen. Innensenator Lummer bezichtigte im Namen des Senats die Westberliner Delegation, den "Lebensinteressen Berlins" geschadet zu haben. SPD und Grüne begrüßten die Entscheidung der westdeutschen Delegierten, vorübergehend nicht am offiziellen Programm der Festspiele teilzunehmen. Die Alternative Liste distanzierte

sich gar vom "sektiererischen Vorgehen der SEW-Vertreter". Die AL-Abgeordnete Ahme hatte ihre Teilnahme gleich abgesagt, nachdem bekannt geworden war, daß die Westberliner Delegation getrennt von der bundesdeutschen nach Moskau reisen wolle. Auch der Westberliner DGB-Vorsitzende Pagels fühlte sich bemüßigt zu klagen, daß die Hoffnungen auf eine Änderung der Außenpolitik der SU unter Gorbatschow durch "den Vorfall" "Schaden erlitten" hätten. Die Führung des Deutschen Sportbundes schließlich ließ publizieren, daß sie von den Spitzens Funktionären der Deutschen Sportjugend eine Erklärung verlange, warum die 23 DSJ-Mitglieder nicht umgehend abgereist seien.

"Der Vorfall" ist bekannt. Die Sensation dabei: die 75-köpfige Delegation aus Westberlin hatte geltendes Völkerrecht bezüglich des Status der Stadt respektiert, ein hierzulande zugegebenermaßen unübliches Verfahren. Das Viermächte-Abkommen von 1971 jedenfalls betont, daß die Westsektoren Berlins "so wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden". In einer Erklärung der Westberliner Delegation, die nach offiziellen Angaben der SEW nicht einmal mehrheitlich aus Mitgliedern von SEW oder Jugendverband SJV bestand, heißt es: "Es ist falsch, daß das öffentliche Zeigen der Berliner Flagge 'ausdrücklich dem Viermächteabkommen widerspricht'. Wer solche Behauptungen aufstellt, macht eine Politik gegen Entspannung und Völkerverständigung. Tatsache dagegen ist, daß die in unserer Stadt seit 1950 gültige Verfassung in Artikel 5 folgendes ausdrücklich feststellt: 'Berlin führt Flagge, Wappen und Siegel mit dem Bären, die Flagge mit den Farben Weiß-Rot'." — (doz)



Die GRÜNEN streben die Kündigung des Staatsvertrages über die evangelische Militärseelsorge an, nachdem Pfarrer für den Armeedienst freigestellt und vom Staat bezahlt werden. Der GRÜNE-Bundestagsabgeordnete Schierholz kündigte an, die Bundestagsfraktion würde die Streichung aller dafür vorgesehenen Gelder im nächsten Verteidigungshaushalt beantragen. — (uld)

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Kindergruppen, Kindergarten: Für Arbeiter zu teuer und eine Rarität 22

fuba: Mittel gegen Überstunden. . 22

NRW: Bundesratsantrag zum Arbeitsförderungsgesetz 23

Albrecht: Einkommen unter Sozialhilfe senken 23

Krankenpflegeschüler: Aktionen gegen die Senkung der Ausbildungsvergütungen 24

Automobil: Belegschaften schrumpfen 25

Ehrenprofessur: Keinen Ehrendoktor für Nazi! 25

Faschist Deckert: Im reaktionären Sumpf finden Neonazis und JU zusammen 26
JU Weinheim und Deckert 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Rassismus: Wissenschaftsfreiheit hat ihre Grenzen, wo Rassismus beginnt 29

Kultur und Wissenschaft—Diskussionsbeiträge

Selber schreiben: Bücher über Probleme der deutschen Sprache.. 30
Texte für den Unterricht 30
Tips für werdende FDGO-Journalisten 30
"Deutsche für Profis" und andere.. 30
Stilfragen in Sätzen und Texten... 30
"Krieg und Frieden in der Sprache" 30
Selber "dummdeutsch" 31
So deutsch wie möglich..... 31

EG: Imperialistische Weltmacht—Eine Studie der EG-Kommission .. 31

KPD-Programmentwurf: "Dschungelgesetze" beseitigt, Wertproduktion aber bleibt 32

Spezialberichte

Südafrika/Azania: Die Kolonialherrschaft wankt. Das azanische Volk kann den Sieg über seine Unterdrücker erringen 34
Die Landenteignung des azanischen Volkes ist Grundlage der nationalen Unterdrückung. 36

Arbeitsmarkt

Bangemann und Kohl räumen Rationalisierungshindernisse SPD-Glotz nennt's Qualifikationsoffensive

Schon im Juni bemerkte Kohl, wie immer absichtlich plump, mit den Arbeitslosenzahlen könne etwas nicht stimmen. Er wisse von einem Betrieb, der Arbeiter aus Polen habe einstellen müssen, weil qualifizierte Deutsche nicht zur Verfügung gestanden hätten. Im Juli suchte Lambsdorff die Öffentlichkeit, wie immer unverfroren. Die Wahrheit hinter den Arbeitslosenzahlen bestünde in: Leuten, die bloß Teilzeitarbeit suchen, Hausfrauen, die wegen der Fortzahlung der Rentenversicherung gemeldet wären und gar keine Arbeit suchten, Schwarzarbeiter, die neben ihrer Schwarzarbeit nur Nebeneinkünfte aus der Arbeitslosenversicherung suchten. Im August sagt jetzt der Regierungssprecher Ost, nicht die Arbeitslosenzahlen würden über das Schicksal der Regierung Kohl entscheiden, sondern, wenn schon, die Beschäftigtenzahlen, und die seien gestiegen und könnten noch weiter steigen. Auf all diese Äußerungen reagierten die Bürgerlichen mit mattem Unwillen, aber auch in Arbeiterkreisen regte man sich auf.

Das gegenwärtige Überangebot an Arbeitskräften wirkt sich günstig auf die Profitrate aus. Der Widerstand, mit dem die Kapitalisten bei Lohndrückerei und Rationalisierung rechnen müssen, ist geringer. Der einzelne Kapitalist freut sich und sackt ein. In der bürgerlichen Öffentlichkeit, wo man ans nationale Ganze denkt, nagen aber Zweifel. Da sind ca. zwei Millionen, bereit, sich ausbeuten zu lassen. Welch ein Nutzen für sie (und vor allem andere) geht da verloren. Der bür-

gerliche Ökonom (Parteibuch FDP/CDU) bemerkte dazu kühl, man könne nicht beides haben, Vollbeschäftigung bringe Kosten und Renitenz, das habe man ja gehabt. Die Kunst sei, ein hohes Überangebot an Arbeitskräften bei gleichzeitigem Wachstum der Beschäftigung zu erzielen.

Das ist möglich. Wenn nur die Löhne niedrig genug und die notwendigen Kosten für den Lebensunterhalt hoch sind, kann in einem Land wie der BRD eine Riesenmasse auf den Arbeitsmarkt getrieben werden, halbe und ganze Kinder, rüstige und hinfällige Greise, alle, die nicht reich sind. Und soviel ist an Lambsdorff schon wahr:

Wären Löhne, Renten, Bildungssti-



In den unteren Lohngruppen finden die Kapitalisten überreichlich Arbeitskräfte. Bild: Textilbeschäftigte

Zusätzliche Krankheiten bei Lohnabhängigen

Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen veröffentlicht demnächst eine Untersuchung über Krankmeldungen der etwa 3,2 Mio. Versicherten in den letzten sieben Jahren. Vorab teilt er u.a. im Handelsblatt vom 29.7. mit, der Krankenstand sei 1984 nach einem Rückgang im Jahr 1983 wieder um 10% angestiegen, als Ursache für Krankmeldungen würden weniger Herz-Kreislauferkrankungen angegeben, dafür sei "die Zahl der Skelett- und Muskelerkrankungen, darunter vor allen Dingen Rheuma, stark angestiegen" und "auch bei den Verdauungserkrankungen habe es einen deutlichen Anstieg gegeben", "veränderte Lebensweise" und "veränderte Arbeitsbedingungen" seien Schuld an dieser "Verschiebung". Herz- und Kreislauferkrankte verschwinden auf verschiedene Weise aus den Betrie-

ben, z.B. durch Entlassung der Älteren. Die weiter steigende Arbeitsintensität, völlig einseitige Belastungen bei sinkendem Lohn, d.h. bei schlechteren Erholungsbedingungen, insbesondere schlechterem Essen und schlechteren Wohnungen ruiniert zusätzliche Organe der Lohnabhängigen, auch der jüngeren.— (sul)

Otto Wiesheu (CSU) unzufrieden

Otto Wiesheu, ehemaliger Generalsekretär der CSU, hat gegen das Urteil des Landgerichts München auch Berufung eingelegt, nachdem die Staatsanwaltschaft jetzt das Bayerische Oberste Landesgericht angerufen hat. Die Staatsanwaltschaft verlangt eine 13-monatige Haftstrafe ohne Bewährung. Das Landgericht München verhängte 12 Monate mit Bewährung. Die Staatsanwaltschaft mußte diesen Schritt tun, da viel Empörung über das Urteil herrscht. Ver-

pendien höher, ginge das Angebot auf dem Arbeitsmarkt drastisch zurück. Aber das hat man zu vermeiden gewußt, obwohl die Beschäftigung zugenommen hat. Und auch, wenn sie weiter zunimmt, wird in der BRD eine industrielle Reservearmee, in Millionen zu zählen, bestehen bleiben.

Obwohl Politik, Ökonomie und freie Wirtschaft das so gut gekonnt haben, ergab sich in den letzten Monaten eine Verbesserung der Marktposition der Lohnarbeit. In vielen Branchen oder Berufen finden die Kapitalisten für ihre Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt weder Ersatz noch Ergänzung, oft lange Anlernzeiten wären nötig. Die Kapitalisten haben vor allem deswegen die gegenwärtige Investitionsgüterkonjunktur durch Überstunden und Sonderschichten abgefangen. Das bedeutet, daß die Nachfrage nach Arbeitskraft in umgrenzten Bereichen das Angebot überschreitet, und das regt die Fachleute auf der bürgerlichen Seite wirklich auf:

— Bangemann, FDP-Bundesminister: "... das Problem ... liegt darin, daß wir unter den zwei Millionen Arbeitlosen eine Million haben ohne abgeschlossene Berufsausbildung, also praktisch Nichtqualifizierte, und der Strukturwandel in der Bundesrepublik geht sehr rasch ... Die neuen Arbeitsplätze, die wir in der Maschinenindustrie, beim Fahrzeugbau, bei der Chemie und in anderen Bereichen geschaffen haben — Informatik usw. — stellen alle in der Regel höhere Anforderungen an denjenigen, der sich darum bewirbt ... (es gibt) eine Schere

schiedene Rechtsanwälte haben in der Münchner Presse den Vorwurf der "Rechtsbeugung" durch die Richter erhoben und die Freilassung ihrer Mandanten aus den Gefängnissen gefordert. Sie würden aus weitaus gerinem Anlaß als Wiesheu, der besoffen einen Menschen zu Tode gefahren hat, in Haft sein. Wiesheu dürfte sich bis zur Revisionsverhandlung sicherlich um weitere "neue" Überraschungszeugen bemühen, damit es bei der Bewährung bleibt.— (kag)

Bundeswehrhoffiziere bereisten Sperrzone in Namibia

Dies geht aus einer Kleinen Anfrage der GRÜNEN an die Bundesregierung hervor. Die reaktionäre "Deutsche Südwestafrika / Namibia-Vereinigung e. V." hatte angekündigt, daß "Hauptmann Dietmar Jeserich und Hauptmann Hans-Joachim Öhler, beide von der 1. Luftlandedivision in Bruchsal", einen Diavortrag halten würden über



Bangemann: "Während früher ... Fortbildungs- und Umschulungs- und Ausbildungsmaßnahmen mißbraucht werden konnten, wird das bei einer betrieblichen Ausbildung und Umschulung sicher nicht mehr möglich sein."

zwischen den Anforderungen neuer Arbeitsplätze und der Qualifikation der Arbeitslosen, jedenfalls eines Teiles der Arbeitslosen."

— Blüm, CDU-Bundesminister (er geht ganz selbsterklärt von der Möglichkeit aus, Überstunden zu versteuern):

"Was hindert die Tarifparteien eigentlich daran, Überstunden 'intern' zu verteuern, die daraus aufkommen den Mittel in einem Fonds anzusammeln und daraus Maßnahmen der Qualifizierung, Weiterbildung oder aber des Überstundenausgleichs und Freizeiten zu finanzieren, wenn sie nicht, wie ich mir wünsche, Überstunden noch stärker durch Neueinstellungen direkt abbauen."

— Heinemann, SPD-Landesminister in NRW schließlich: "Die Arbeitgeber haben kaum ein wirtschaftliches In-

teresse daran, Überstunden durch Neueinstellungen zu ersetzen. Für sie ist es nach geltenden tarifvertraglichen Regelungen in aller Regel kostengünstiger und weniger aufwendig, anfallende Mehrarbeit durch Überstunden der im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer erledigen zu lassen.

Die Gewerkschaften sind in einer Zwickmühle. Einerseits erkennen sie ihre Verantwortung für die Arbeitslosen und sind ohne Zweifel willens, zum Abbau der Überstunden beizutragen. Andererseits möchten viele Arbeitnehmer ungern auf den Zuverdienst verzichten ... Höhere Zuschläge für Überstunden würden den Anreiz für die Arbeitnehmer steigern. Andererseits führt aber eine drastische Versteuerung der Überstunden dazu, daß diese für den Arbeitgeber weniger attraktiv werden."

Heinemann plädiert im weiteren für sein Modell der Überstundenversteuerung, das in einer Sondersteuer auf nicht freizeitabgeltene besteht.

Ein Preisanstieg für Überstunden liegt in der Luft, der Bundesminister (CDU) will ihn in betriebliche Kassen spülen, der Landesminister NRW (SPD) in staatliche. Die qualifizierte Nachfrage der Kapitalisten wollen sie durch ein Überangebot an Qualifizierten befriedigen. Die Absicht ist schon als zugkräftiges Schlagwort formuliert: "Qualifikationsoffensive!"

Lohnabhängige, deren Kenntnisse und Fertigkeiten über Nacht nichts mehr zählen, deren Arbeitskraft unverkäuflich wird, können so ihrem harten Los entkommen? — Man höre lieber genau hin, was geplant wird.

— MIT, die CDU-Mittelstandsvereinigung, erläutert, daß der Fortfall von Leichtlohngruppen den Arbeitnehmern den Anreiz und den Unternehmern den Finanzspielraum zur betrieblichen Qualifikation genommen habe. Vor allem von der sofortigen Wiedereinführung von Leichtlohngruppen versprechen sie sich einen Qualifikationsschub. Zweiter Schuldiger am Qualifikationsmangel sei die Bundesanstalt für Arbeit. Die müsse auf neue gesetzliche Füße gestellt werden. Sie soll ein "auf Zukunft gerichtetes Leistungsrecht erhalten, welches dafür sorgt, daß ... die Arbeitsförderung nach Qualifikationsstufen erfolgt, die ein leistungsge rechtes Nebeneinander von Qualifikationsfähigkeit und finanzieller Leistung beinhaltet". Das bedeutet: Statt Arbeitslosengeld Weiterbildungsbeihilfen, und zwar in der Höhe nach der "Befähigung" gestaffelt. Mit solchen Plänen steht MIT nicht allein.

— Bangemann, über die richtigen Methoden der Qualifizierung: "Entweder ... diese Kurse werden von Bil-

ihre 1984 durchgeführte Rundreise durch Nord-Namibia. Die GRÜNEN vermuten "zwischen der Bundeswehr und der südafrikanischen Armee Kontakte im Hinblick auf einen möglichen späteren Einsatz der Bundeswehr". (BT-Drs. Nr. 10/3648 – uld)

Gestapo-Schergen freigesprochen

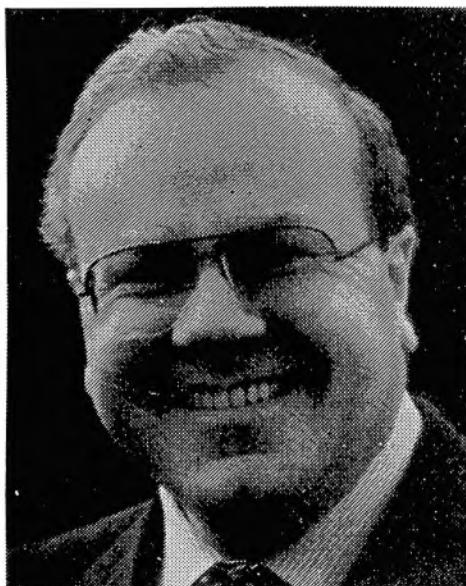
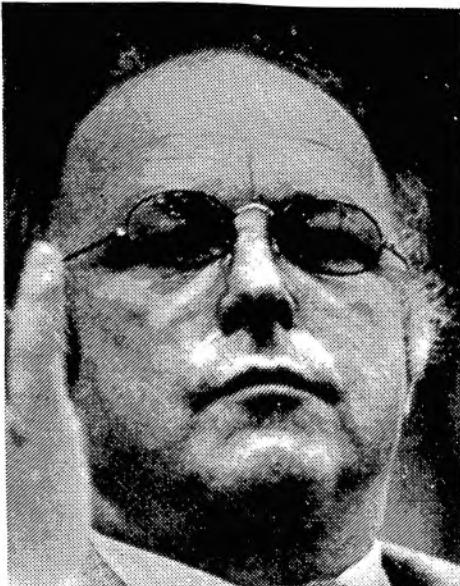
1984 endlich wurde dem Gestapo-Schergen H. Schulz nach 30jähriger Hinauszögerung in Hamburg der Prozeß gemacht. Die Staatsanwaltschaft warf ihm vor, mindestens drei Menschen eigenhändig getötet zu haben und für den Transport von 5000 Juden nach Auschwitz verantwortlich gewesen zu sein. Die Große Strafkammer des Landgerichtes Hamburg vermeinte, keine eindeutigen Beweise für die Untaten des Nazis gefunden zu haben. Kein Beweis war z.B.: Schulz hatte einen jüdischen Tischler, der sich geweigert hatte, sein Krankenhaus-

bett zu verlassen, um deportiert zu werden, erschossen. Dafür gibt es einen überlebenden Tatzeugen. Dem Gericht lagen Protokolle der israelischen Polizei von 1963 vor, in denen dieser Zeuge Schulz eindeutig als Täter bezeichnete. Heute leidet der Zeuge an der Parkinsonschen Krankheit, die mit Gedächtnisverlust einhergehen kann. Die heutige Krankheit des Zeugen nahm das Gericht zum Vorwand, den Mord als nicht eindeutig bewiesen zu bezeichnen. — Die Staatsanwaltschaft kündigte Revision an, worüber der nun 70jährige Schulz wohl nur lachen kann. — (wal)

BRD-Zins- und Dividenden-Interessen in Südafrika

Das "Handelsblatt" listete in seiner Ausgabe vom 26./27. Juli auf, welche Zins- und Dividendeninteressen von BRD-Banken und westdeutschen Besitzern von Anleihe-Scheinen und Bergwerksaktien durch den Befrei-

ungskampf des azanischen Volkes gefährdet sein könnten. Die Aktien aller großen Gold- und Kohlegesellschaften Südafrikas werden in der BRD gehandelt. Allein 36 Kredite von südafrikanischen Staats- und Privatunternehmen sind als Anleihen, d.h. zu zinssichereren Anteilsscheinen, in DM aufgelegt, davon 35 als Kredite an südafrikanische Staatsunternehmen oder Südafrika selbst. Darunter sind neun an den Energiekonzern Escom, fünf an den Stahlkonzern Iscor, sieben an das Transport- und Eisenbahnunternehmen SATS, vier an den Staat Südafrika sowie drei Anleihen an das Postministerium, alles Kredite für die militärische Sicherung der Siedlerherrschaft. Solche Absicherung lassen sich die westdeutschen Imperialisten mit Zins- und Zinseszins zahlen, die Zinssätze betragen zwischen 7% und 10 1/2%, der Gesamtumfang der DM-Kredite beträgt ca. 4,5 Mrd. DM. (Handelsblatt, 26./27.7. – uld)



Die Sozialpolitiker und Arbeitsmarktexperten der Nation, von links: Blüm (CDU), Bangemann (FDP) und Glotz (SPD)

dungsträgern oder von den Gewerkschaften oder von wem auch immer organisiert. Und es gibt die zweite Möglichkeit, daß in den Betrieben diese Qualifikation stattfindet. Ich ziehe den zweiten Weg eindeutig vor. Wir denken also daran, für die Betriebe Zuschüsse zu zahlen, wenn sie Arbeitslose ausbilden in dem Betriebsablauf ... Während früher solche Fortbildungs- und Umschulungs- und Ausbildungmaßnahmen mißbraucht werden konnten, wird das bei einer betrieblichen Ausbildung und Umbildung sicher nicht möglich sein." Für den Lehrlingsstatus wird immer angeführt, daß der junge Mensch erzieherisch geformt werden müsse. CDU und FDP wollen jetzt allen Jahrgängen ein Nachholen ermöglichen. Ist wenigstens die SPD dagegen?

—Glotz, im Zusammenspiel mit einem gut präparierten Stichwortgeber über die "entschiedene neue Offensive

im Bereich der Qualifikation": "Soll das in der Schule geschehen, also sozusagen durch staatliches Eingreifen, oder sollen auch die Unternehmer ihre Arbeitnehmer weiterqualifizieren, so daß sie mit den neuen Maschinen und den neuen Techniken, die angeschafft werden, zureckkommen?" — Darauf Glotz: "Ich bin ein überzeugter Vertreter des sogenannten dualen Systems in der Berufsbildung, d.h. also Betrieb und Schule ... Wir könnten in den Schulen gar nicht das ersetzen, was in den Betrieben an Qualifikationen geschaffen werden kann."

Glotz verdreht das Problem. Gerade weil die Kapitalisten so gnadenlos rationalisieren, den Arbeitsprozeß so zerstückeln, daß die Fertigkeiten, die im Arbeitsprozeß benötigt werden, in eben diesem Arbeitsprozeß kaum noch erworben werden können, entsteht das "Qualifikationsproblem", das nicht zu Tag treten würde, wenn in den individuellen

Arbeitszeiten Lücken wären, die ein Nachfragen ermöglichen, die Betriebe verpflichtet wären, innerhalb der Arbeitszeit Kurse für neue Techniken anzubieten usw.

Man rechnet dieses Jahr mit zwei Milliarden DM Überschüssen bei der Bundesanstalt für Arbeit. Dies Geld soll in ein Ausbildungsprogramm fließen, das die Kapitalisten weitgehend von den Ausbildungsnötigkeiten entlasten soll, die gegenwärtig eine Schranke für Rationalisierung bilden, und das gleichzeitig die industrielle Reservearmee für ein Bettelgeld unter Kontrolle hält, auf Trab bringt und in direkte Konkurrenz mit den Beschäftigten stellt.

Quellenhinweis: MIT-Pressemitteilung vom 17.7.85; Bundespresseamt, Rundfunkauswertung, Bangemann, 29.7.85; SPD-Pressedienst, Glotz, 14.7.85; Pol. Ber. 1/85, S. 34 — (alk, maf)

Tagung "Lehrer aus Kurdistan in der BRD"

Vom 13. bis 14.7.85 fand in München eine Tagung der "Lehrer aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland" statt. Eingeladen hatte der "Arbeitskreis der Lehrer aus Kurdistan in München". Die Tagung wurde unterstützt von der GEW und vom Bay. Roten Kreuz, Kreisverband München. In einem Schlußkommunikat schreiben die Teilnehmer, die aus der ganzen BRD gekommen waren: "Obwohl die Kurden mit mehr als 300000 viergrößte Ausländergruppe in der BRD sind, nach den Türken, Jugoslawen und Italienern, sind sie als eine nationale Gruppe mit eigener spezifischer Sprache und Kultur nicht anerkannt." Folgende Forderungen wurden u.a. beschlossen:

...
"3. Anerkennung des Kurdischen als Muttersprache in den Regelklassen

für Kinder aus kurdischen Familien, entsprechend den gleichen Prinzipien bei Kindern anderer Nationalitäten ...

5. Einführung von Sendezeiten in kurdischer Sprache in Radio und Fernsehen ...

10. Aufnahme von kurdischer Literatur in öffentlichen und Schulbibliotheken ..." — (eve)

Mehr Panzer, Fregatten und Tornados

Kriegsminister Wörner plant eine weitere Aufrüstung der Bundeswehr in Milliardenhöhe. Zu den 1800 in Auftrag gegebenen bzw. bereits ausgelieferten Leopard-2-Panzern, von denen die letzten 1987 ausgeliefert werden, kommen weitere 250 dazu. Diese sollen "im Gebiete südlich des Mains eingesetzt werden". Dies gab der Leiter der Stabsabteilung Heeresplanung, Brigadegeneral Bernhardt, bekannt, nachdem unmittelbar vor Verabschie-

dung des Haushaltsentwurfs für das kommende Jahr bekannt geworden war, daß die Marine nicht nur sechs, sondern acht Fregatten des Typs F-122 erhalten soll. Die Luftwaffe fordert zusätzlich 40 Tornados im Wert von 3,7 Milliarden DM. Damit wird nicht nur der Munitionsbestand schwerpunktmäßig erhöht, auch die Beschaffung von Großgerät wird ausgeweitet. Der Bundestag muß diese Pläne noch beschließen, womit allerdings zu rechnen ist. — (wop)

1984: Nur 860000 Arbeitslose bekamen Arbeitslosengeld

Am 1. August hat die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit ihren Geschäftsbericht 1984 vorgelegt. Aus dem Bericht geht hervor, wie weitgehend die Regierung Kohl und vorher schon die Regierung Schmidt durch die diversen Leistungskürzungen den Versicherungsschutz gegen Arbeitslosigkeit außer Kraft gesetzt haben. 1984 wa-

"Brokdorf-Urteil"**Wer Polizeibüttel spielt, soll Demonstrationsrecht genießen**

Mit Beschuß vom 14. Mai hat das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerden gegen das Demonstrationsverbot im Februar 1981 für die Wilster Marsch entschieden. Trotz großer Risiken, Polizeischikanen und Festnahmen schon an den Abfahrtsorten konnte damals das Verbot nicht durchgesetzt werden. Über 50000 demonstrierten gegen das Atomprogramm der Bundesregierung in Brokdorf. Der Bau des Kernkraftwerks Brokdorf wurde nicht verhindert, aber einer der Unterzeichner des Demonstrationsaufrufes zu Brokdorf ist heute Minister.

Für das Urteil aus Karlsruhe gibt es reichlich Beifall, "Nicht schlecht, Herr Herzog!", so die Verbeugung der "TAZ" vor dem ehemaligen baden-württembergischen CDU-Innenminister. Die "UZ" (DKP) würdigt, das Urteil sei eine "indirekte Kritik" an der Verschärfung des Demonstrationsrechts. Der Verfassungsgerichtsbeschuß ist der erste zum Versammlungsrecht (Art. 8 GG). Die Begeisterung läßt sich nur so begreifen, daß die das Demonstrationsrecht einschränkenden Interpretationen des Art. 8, wie sie die Verfassungsrichter liefern, längst akzeptiert werden, sonst könnten sie nicht so übersehen werden.

Das Urteil enthält nicht, wie die "TAZ" behauptet, daß das Demonstrationsverbot für die Wilster Marsch im Februar 1981 verfassungswidrig war. Den Verfassungsbeschwerden wird wegen richterlicher Kompetenzüberschreitung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg stattgegeben. Eine Beschwerde der Behörden gegen das

Urteil des Verwaltungsgerichts Schleswig war unzulässig. Dies hatte entschieden, daß die Grundlage für ein Demonstrationsverbot gegeben war, aber ein Umkreis von 4,5 bis 9 km um die Baustelle Brokdorf ausreiche. Dieses Urteil wurde vom Bundesverfassungsgericht jetzt ausdrücklich bestätigt. Ob das Oberverwaltungsgericht Lüneburg "im Zeitpunkt seiner Entscheidungen das Verbot bei summarischer Prüfung als rechtmäßig beurteilt hat, kann indessen offenbleiben". Die Karlsruher Richter schließen damit überhaupt nicht aus, daß auch das Demonstrationsverbot für das Gebiet des Amtes Wilster Marsch angebracht und verfassungsmäßig war.

Hoffnungen auf eine Anweisung aus Karlsruhe nach liberalerer Handhabung des Demonstrationsrechts widerlegen Passagen aus Urteil und Begründung:

Die §§ 14 und 15 Versammlungsgesetz (Anmeldepflicht, Verbot und Auflösung, Auflagen) sind nicht verfassungswidrig, wenn berücksichtigt wird daß: "die Anmeldepflicht bei Spontandemonstrationen nicht eingreift und ihre Verletzung nicht schematisch zur Auflösung oder zum Verbot berechtigt" und "Auflösung und Verbot nur zum Schutz gleichwertiger Rechtsgüter unter strikter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und nur bei einer unmittelbaren, aus erkennbaren Umständen herleitbaren Gefährdung dieser Rechtsgüter erfolgen dürfen". Die Pflicht zur Anmeldung auch bei Großdemonstrationen wird damit begründet, daß "der Erlaß von Auflagen ... Adressaten voraussetzt" und der Zwang zum Kontakt mit der Polizei einen "Dialog" ermöglicht, an dem auch die Veranstalter "im eigenen Interesse" interessiert sein müssen.

"Je mehr die Veranstalter ihrerseits

zu einseitigen vertrauensbildenden Maßnahmen oder zu einer demonstrationsfreundlichen Kooperation bereit sind, desto höher rückt die Schwelle für behördliches Eingreifen wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ... die Anordnung eines Versammlungsverbotes wirft verfassungsrechtlich auch bei Großdemonstrationen keine besonderen Probleme auf, wenn die Prognose mit hoher Wahrscheinlichkeit ergibt, daß der Veranstalter und sein Anhang Gewalttätigkeiten beabsichtigen oder ... zumindest billigen werden ... Ähnlich klar erscheint die Rechtslage, wenn sich ... der Veranstalter und sein Anhang friedlich verhalten und Störungen lediglich von Außenstehenden ... ausgehen ... behördliche Maßnahmen (müssen sich) primär gegen die Störer richten" (z.B. Antifaschisten).

Die Spaltung in Kritiker und Unbequeme, die sogar zum Regieren taugen, und in Feinde der Bourgeoisie will das Verfassungsgericht differenzierter betreiben.

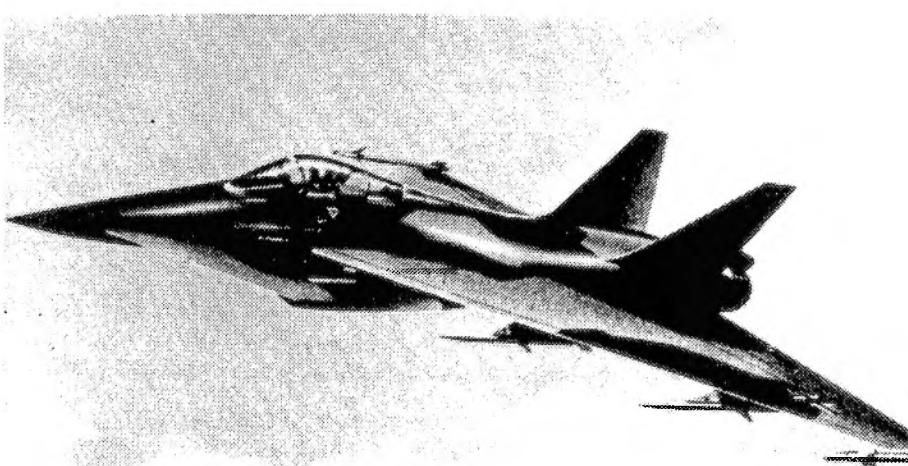
Quellenhinweis: BVerG, I BvR 233/81; I BvR 341/81 – (düb)

Politische Gefangene**Faschistoide Methoden
der Staatsorgane**

Am Morgen des 3.7.85 wurden Mareile Schmenger und Ingrid Barabass in Frankfurt von der Polizei überfallen. Gegen beide wurde Haftbefehl wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung beantragt.

Nach Angaben der bürgerlichen Presse sollen beide eine Wohnung in Offenbach unter falschem Namen gemietet haben. Dort sollen falsche Päs-

ren im Jahrsdurchschnitt 2,27 Mio. Lohnabhängige bei der BfA arbeitslos gemeldet. Nur 86000 davon bezogen auch Arbeitslosengeld. 60000 Arbeitslose erhielten nur noch Arbeitslosenhilfe, fast 800000 registrierte Arbeitslose bekamen weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. Diese weitgehende Beseitigung von Versicherungsansprüchen erlaubte der BfA, erstmals seit 1978 wieder die Auszahlungen unter die Versicherungseinnahmen zu senken. 3,2 Mrd. DM Versicherungsgelder wurden als "Rücklagen" bei Banken eingezahlt. Ausgedehnt hat die BfA dagegen ihre Zwangsarbeitsprogramme. Sie erhöhte die Zahl der "ABM-Stellen" von 44700 (1983) auf 71000. Immer mehr Arbeitslose, insbesondere Alte, Kranke und solche mit geringer Ausbildung, finden trotz größter Anstrengungen keinen Ausbeuter mehr: 700000 Arbeitslose waren 1984 länger als ein Jahr arbeitslos. – (rül)



Wenn schon Rüstungskooperation in Westeuropa, dann unter westdeutscher Führung. In Turin einigten sich Vertreter der Regierungen der BRD, Großbritanniens und Italiens auf das Projekt "Jäger 90" (Bild: Ein Modell). Der Versuch der französischen Regierung, die Projektführung zu gewinnen, scheiterte. Diese liegt bei dem 100 Mrd. DM-Projekt nun bei MBB in München. Auch technisch soll der Jäger auf Bedürfnisse des Ostfeldzuges zugeschnitten sein: Die "Gewinnung der Luftüberlegenheit" sei oberste Priorität. – (rül)

se, Waffen und Munition gefunden worden sein. I. Barabass, die schon bis 1984 gefangengehalten war, wird die Mitgliedschaft in der RAF ab 1983 vorgeworfen. M. Schmenger wurde mehrfach inhaftiert, u.a. anlässlich einer Besetzung des "Amerika-Haus" in Berlin 1980.

Innenminister Zimmermann, Justizminister Engelhard und Generalbundesanwalt Rebmann haben durchgesetzt, daß gegen jeden, der in solch schroffer Form gegen den Staatsapparat auftritt, halbfaschistische Methoden regelmäßig angewandt werden: M. Schmenger wurde nach Angaben ihres Anwalts im Polizeigewahrsam getreten, gewürgt und geschlagen. Bei der erkennungsdienstlichen Behandlung wurden ihr die Finger verstaucht. Sie wurde mit dem Gesicht auf den Betonfußboden gestoßen, daß die Hälfte eines Schneidezahns abbrach. I. Barabass war bei der Verhaftung unbekleidet. Ihr wurde erst nach einer halben Stunde gestattet, sich anzukleiden. Ihr und ihrer Schwester, die auch anwesend war, wurde eine Kapuze übergestülpt, die sie bis zum Eintreffen im Polizeipräsidium aufbehalten mußten. Beide Frauen befanden sich mehr als 36 Stunden im Gewahrsam des BKA. Eine solche Dauer unkontrollierten Polizeigewahrsams ist eine Voraussetzung dafür, politische Gefangene zu foltern und zu quälen.

Die Verwandten von I. Barabass haben bis heute Besuchsverbot, da sie – wegen ihres Eintretens gegen die Haftbedingungen politischer Gefangener – nach Auffassung des Generalbundesanwalts "in der Vergangenheit ihre Sympathie für die terroristische Vereinigung RAF bekundet und deren Ziele durch eigene Aktivitäten zu fördern versucht" hätten. I. Barabass wird gehindert, einen Verteidiger ihrer Wahl zu verpflichten, da sämtliche Verteidiger, die bereit waren, das Mandat zu übernehmen, bislang wegen "Mehrachverteidigung" ausgeschlossen wurden. Andere Rechtsanwälte können nicht ungehindert mit I. Barabass reden. Lediglich unter Aufsicht des LKA in der JVA Preungesheim wurde dies gestattet, was I. Barabass ablehnte.

Nach Ansicht des Anwalts von M. Schmenger weist das gesamte Verfahren darauf hin, die Konstruktion der "legalen RAF" auf die Angehörigen der politischen Gefangenen und auf alle, die gegen ihre Haftbedingungen protestieren, auszuweiten. Dagegen hat er sich in einer Presserklärung gewandt. Die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD fordern in einer Erklärung die Verhinderung eines dauernden Besuchsverbots für die Angehörigen von I. Barabass. Quellen: FAZ, 5.7.85; Presseerklärung von RA R. Koch, Frankfurt, 8.7.; Erklärung der Angehörigen, c/o RA Koch, Sandweg 50, 6 Frankfurt 1 – (wop)

Bundeserziehungsgeldgesetz

Weitgehende Beseitigung des Mutterschutzes nach der Geburt des Kindes

Mit großem demagogischen Aufwand hat das Bundeskabinett am 17. Juli 1985 den Geißlerschen Gesetzentwurf zum Erziehungsgeld verabschiedet. "Gleichberechtigung, Wahlfreiheit, Entlastung des Arbeitsmarktes ..." brächte Geißler, und links von der FDP stände er auch noch damit, las man in der Presse. Mit den gleichen Argumenten wurde von Blüm der Frauenarbeitsschutz reduziert, nun ist es der Mutterschutz.

Zunächst die bisherige Regelung: 1979 wird der Mutterschaftsurlaub von vier Monaten nach Ablauf der Mutterschutzfrist von zwei Monaten eingeführt, bei Zahlung von Lohnersatz in Höhe des Mutterschaftsgeldes, 750 DM pro Monat. 1984 beseitigt die Bundesregierung diese Lohnanbindung durch Kürzung auf 510 DM pro Monat sowie die Anrechnung des Mutterschaftsurlaubs in der Rentenversicherung. Dennoch blieb von der 79er Regelung ein achtmonatiger Kündigungsschutz ohne Ausnahmen und ein

1. Das Beschäftigungsverbot wird wieder auf zwei Monate reduziert: "Teilzeitarbeit bereits ab dem dritten Monat bis unter 20 Stunden ist in demselben Betrieb möglich." Die, die den Schutz am nötigsten hätten, werden nun 20 Stunden arbeiten gehen, weil sie gleichzeitig das geringste Einkommen haben.

2. Der achtmonatige Kündigungsschutz ohne Ausnahmen wird ersetzt durch einen zwölfmonatigen Kündigungsschutz mit weitgehenden Ausnahmen, die zudem noch per Verwaltungsvorschrift durch den Bundesarbeitsminister festgelegt werden können. Beispiel: "Stilllegung einer Betriebsabteilung, wenn eine Umsetzung nicht möglich ist", oder "... wenn eine zur Fortführung des Betriebes dringend erforderliche Ersatzkraft nicht gefunden werden kann, die bereit wäre, einen befristeten Vertrag abzuschließen."

3. Die Lohnanbindung verschwindet



"... 20 Stunden im Monat ... den Kontakt mit dem Betrieb aufrechterhalten." (Dr. Heiner Geißler)

sechsmonatiges absolutes Beschäftigungsverbot bei Inanspruchnahme des Mutterschaftsurlaubs. Ausdrücklich zum Zweck des Gesundheitsschutzes der Mutter gegenüber Belastungen am Arbeitsplatz, als Schonzeit, war der Mutterschaftsurlaub gedacht. Dies bestätigt das Bundesarbeitsgericht im Januar 1985 in einem Urteil. Wie notwendig diese Verlängerung des Mutterschutzes war, zeigt die Inanspruchnahme: Niedriglöhnerinnen machen zu 100% Mutterschaftsurlaub, Frauen mit höheren Verdiensten zu 70%.

Das Geißlersche Machwerk setzt genau an diesen Punkten das Mutterschutzgesetz außer Kraft:

völlig. Das Erziehungsgeld bekommen auch Hausfrauen und Selbständige, wer Mutterschaftsgeld bezieht (zwei Monate nach der Entbindung), bekommt es nicht. Für gewisse Kreise ist es also eine direkte Gebärprämie mit dem Zusatzbonbon, daß ihre privaten Krankenkassenbeiträge in voller Höhe vom Staat entrichtet werden. Vier Monate bekommt jeder 600 DM, die restlichen sechs Monate werden "... 40% das Erziehungsgeld in voller Höhe, weitere 40% entsprechend der gleitenden Einkommensgrenze ein ... gestaffeltes Erziehungsgeld erhalten. Ca. 20% werden ... kein Erziehungsgeld mehr be-

Dokumentiert:
ÖTV zum Erziehungsgeld

Folgende Kritik übt das Bundesfrauensekretariat der ÖTV in einer Sonderinformation vom Juni am Erziehungsgeld:

"... Alarmieren muß es uns jedoch, daß mit Einführung des Erziehungsgeldes der viermonatige Mutterschaftsurlaub und das Mutterschaftsurlaubsgeld wegfallen sollen. Damit wird wieder eine Arbeitnehmerschutzbestimmung gestrichen. Das Mutterschaftsgeld für die zweimonatige Schutzfrist nach der Entbindung geht dem Erziehungsgeld vor! Erwerbstätige Mütter erhalten also Erziehungsgeld erst vom dritten Lebensmonat des Kindes an ... Damit erwerbstätige Mütter oder Väter überhaupt Erziehungsgeld erhalten können, muß die Arbeitszeit mindestens auf die Hälfte der tariflichen Arbeitszeit reduziert werden (Förderung der Teilzeitarbeit!). Wer seine Arbeit nicht reduziert und voll arbeitet, geht leer aus. Für die gleiche Zeit (zehn bzw. zwölf Monate nach der Geburt) wird ein Erziehungsurlaub eingeführt. Der Arbeitgeber soll das Arbeitsverhältnis während des Erziehungsurlaubs und bis zum Ablauf von zwei Monaten danach nicht kündigen können. Aber diese Vorschrift ist noch umstritten und wird besonders vom Koalitionspartner FDP in der Bundesregierung heftig bekämpft. Nach den Beschlüssen des CDU-Parteitages in Essen ist ohnehin nur noch eine 'Beschäftigungsgarantie' zu erwarten ... Vor allen Dingen ist zu kritisieren, daß der Mutterschaftsurlaub aus dem Mutterschutzgesetz herausgelöst werden soll. Der Mutterschaftsur-

laub ist ein arbeitsrechtliches Schutzgesetz. Das Mutterschaftsurlaubsgeld hat Lohnersatzfunktion. Insofern besteht ein erheblicher Unterschied zwischen Mutterschaftsgeld und Erziehungsgeld. Nunmehr soll ein arbeitsrechtliches Schutzgesetz in eine familienrechtliche Leistung umgewandelt werden. Dagegen müssen wir uns wehren. Die Lohnersatzfunktion muß auf jeden Fall erhalten bleiben. Erwerbstätige Mütter müssen ihre Erwerbsarbeit auf Grund der Geburt unterbrechen. Daher muß ihr Lebensunterhalt während dieser Zeit gesichert werden ... Der Mutterschaftsurlaub ist – wie in der Gesetzesbegründung nachzulesen ist und auch Ende Januar 1985 noch einmal durch das Bundesarbeitsgericht bestätigt wurde – nicht zum Zwecke der Kinderbetreuung eingeführt worden, sondern aus Gründen des Gesundheitsschutzes der Mutter gegenüber Belastungen am Arbeitsplatz. Außerdem war er als Schonzeit gedacht. Insofern soll der Erziehungsurlaub in den ersten sechs Monaten auch ausschließlich der Mutter gewährt werden. Erst danach sollte eine Wahlmöglichkeit zwischen Vater und Mutter bestehen ... Nichterwerbstätige Mütter müssen keine Erwerbsarbeit unterbrechen und haben keinen Lohnausfall. Sie müssen daher auch nicht in die Lage versetzt werden, ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können und sie müssen nicht vor Erschwernissen des Arbeitslebens geschützt werden. Deswegen erhalten sie auch kein Mutterschaftsgeld. Das Erziehungsgeld ist also kein Lohnersatz. Es soll auch denen gewährt werden, die keinen Lohnausfall haben. Folglich wird das Erziehungsgeld für die Erziehung des Kindes bezahlt. Nun leisten aber auch er-

werbstätige Eltern Erziehungsaufgaben. Selbst wenn sie während ihrer Arbeitszeit einer anderen Person oder einer Kinderkrippe die Betreuung des Kindes überlassen, fallen dennoch Erziehungsaufgaben an. Hinzu kommt, daß für die zeitweise 'Fremdbetreuung' nicht unerhebliche Kosten aufgewandt werden müssen. Daher darf das Erziehungsgeld nicht gegen das Mutterschaftsgeld aufgerechnet werden. Es muß neben dem Mutterschaftsgeld gezahlt werden. Die jetzigen Pläne der Bundesregierung richten sich gegen die erwerbstätigen Mütter. Das Erziehungsgeld ist im Grunde eine 'Rücktrittsprämie vom Arbeitsplatz' und ein 'Zuschuß zur Abdängung in Teilzeitarbeit'. Das Recht auf Rückkehr an einen Vollzeitarbeitsplatz ist nicht vorgesehen. Außerdem ist die Anrechnung des Mutterschaftsgeldes ungerecht. Vor allem sind die Frauen benachteiligt, die im ersten Lebensjahr des Kindes an ihren Vollzeitarbeitsplatz zurückkehren müssen, weil das Erziehungsgeld zum Leben nicht reicht. Sie gehen dann leer aus..."

Folgende Forderungen werden am Ende aufgestellt:

"Der Mutterschaftsurlaub muß als Schutzgesetz erhalten bleiben. Die Streichungen beim Mutterschaftsurlaub müssen zurückgenommen werden. Das Erziehungsgeld darf nicht mit dem Mutterschaftsgeld aufgerechnet werden. Es ist – um Ungerechtigkeiten zu vermeiden – allen Eltern zu gewähren. Dabei darf es keine Rolle spielen, ob und wie beide Elternteile erwerbstätig sind und ob die Erziehung selbst übernommen wird oder nicht."

kommen."

Aber damit nicht genug. "Befristete Arbeitsverträge mit Ersatzkräften werden durch das Gesetz ausdrücklich ermöglicht. Diese Regelung gilt unabhängig vom Beschäftigungsförderungsgesetz und auf Dauer, also über die im BFG vorgesehene Geltungsdauer für die dortige Regelung hinaus." Geißler geht dabei für 1986 von 300000 solcher Zeitverträge aus. Hier hat er es überhaupt nicht mehr mit der Gleichberechtigung, denn in der ganzen Berechnung werden nur Frauen genannt. Er geht davon aus, daß 50% nach dem Erziehungsurlaub kündigen, in der Regel, weil sie ihr Kind nicht unterbringen können. Für Zeitverträge gilt aber weder das Mutterschutzgesetz noch das Erziehungsgeldgesetz, was Kündigungsschutz oder Lohnfortzahlung angeht. Dazu kommt, daß, wer den Erziehungsurlaub in Anspruch nimmt, bei Rückkehr

keinen Anspruch auf einen Vollzeitarbeitsplatz hat.

Man hat also bei Geltung dieses Gesetzes mit einer rasanten Zunahme von ungeschützten Arbeitsverhältnissen und einer ebenso rasanten Abnahme von Frauenlöhnen zu rechnen. Daß Männer den Erziehungsurlaub häufig in Anspruch nehmen, davon geht sowieso niemand aus. Geißler führt zwar immer das Modell Schweden an, wo 20% Männer den Erziehungsurlaub nehmen, nur gibt es hier den kleinen Unterschied, daß in Schweden 18 Monate lang 90% des Gehalts weitergezahlt werden. Die Aufgabe der Kindererziehung wird wieder stärker zu Lasten der Frauen gehen bei der vom Kabinett beschlossenen Regelung, zumal begleitend dazu Kinderkrippen entweder unbezahlbar werden oder gar nicht vorhanden sind. Da haben die meisten Familien keine "Wahlfreiheit", wer zu Hause bleibt, entschei-

det der Geldbeutel. Die Reduzierung des Mutterschutzes auf den Stand von 1978 wird außerdem auf den Gesundheitszustand der weiblichen Arbeiterbevölkerung nicht ohne Auswirkungen bleiben.

Und noch eine weitere Absicht hegt die Bundesregierung mit ihrem Erziehungsgeldgesetz: Eine "... wirtschaftliche Notlage kann nun als Abtriebungsgrund nicht mehr vorgebracht werden" (Geißler). Den § 218 per Bundesverfassungsgericht zu ändern, ist nicht mehr nötig, die soziale Indikation wird kalt beseitigt. Quellenhinweis: alle Zitate aus dem Pressedienst des Familienministeriums vom 17.7.85; Kittner: Arbeits- und Sozialordnung, Schriftenreihe IG Metall, Bd. 100; Bericht Landesfrauenkonferenz DGB Bayern, Dokumentation Zukunft der Frauenarbeit – (rec, heg, DK-Arbeitskreis Frauen)

EWS-Neuordnung und Dollarkrise**Pöhl und die Deutsche Bundesbank
als europäische Notenbank-Gendarmen?**

"Der Export bleibt in Schwung", meldete am 29.7. frohlockend das "Handelsblatt". Bis Ende Juni hätten die Kapitalisten ihre Exporte um 14% gesteigert und für 32,1 Mrd. DM mehr Waren exportiert als importiert (siehe Kasten). Wenn den westdeutschen Kapitalisten gelingt, ihr Exportgeschäft weiter so zu steigern, werden sie bis Jahresende mit einem Ausfuhrüberschuss von ca. 70 Mrd. DM alle bisherigen Exporterfolge in ihrer Geschichte übertreffen. Die Grundlage dafür haben die Kapitalisten mit den Lohnsenkungen der letzten Jahre gelegt. Seit Ende 1982 konnten sie ihre Lohnstückkosten um 3% verringern. Keine andere Bourgeoisie in Westeuropa konnte die Ausbeutung "ihrer" Lohnabhängigen so steigern.

Diesen "Stabilitätsvorsprung" durch Steigerung der Ausbeutung nutzen die BRD-Imperialisten nun, um zusätzlich zu ihrer Exportoffensive in die USA ihre wirtschaftliche Vormacht in der EG zügig auszubauen. Seit Januar erzielten sie in die EG-Länder einen Exportüberschuss von knapp 25 Mrd. DM. Wachsende Exportüberschüsse in die anderen EG-Staaten aber bedeuten wachsende Schulden dieser Bourgeoisien bei westdeutschen Banken. Im März dieses Jahres waren Kapitalisten und Regierungen aus anderen EG-Staaten bei westdeutschen Banken – ohne die Bundesbank – mit netto 29,6 Mrd. DM verschuldet. Wachsende Schulden der anderen EG-Staaten bei westdeutschen Banken wiederum bedeuten: Wachsende Einmischungsmöglichkeiten und Erpressungsmöglichkeiten der BRD gegenüber den anderen EG-Staaten.

Am 21. Juli hat dieses "schwunghafte Exportgeschäft" der westdeutschen Kapitalisten ein neues Opfer gefunden: Die italienische Regierung mußte einer Abwertung der Lira um 6% und einer Aufwertung aller anderen Währungen im Europäischen Währungssystem (EWS) um 2% zustimmen. Zwei Tage zuvor war bekannt geworden, daß die italienische Handelsbilanz im ersten Halbjahr 1985 ein Defizit von 23 Mrd. DM aufweist.

"Die italienische Regierung verspricht wieder einmal einen harten Spar- und Sanierungskurs", höhnte das "Handelsblatt" nach der Abwertungsnachricht, um dann weitere Abwertungskandidaten auszumachen: "Auch Frankreich und Belgien haben ihren Kaufkraftschwund noch nicht an den der Bundesrepublik angepasst können. So bleiben sie weiterhin gezwungen, Stabilitätseinbußen ihrer Währungen durch höhere Zinsen auszugleichen, damit die Spekulation die beiden

Franc-Valuten nicht massiv auf den Markt wirft." Das soll die Regierungen dieser Länder zu neuen Angriffen auf den Lebensstandard der Lohnabhängigen anstacheln.

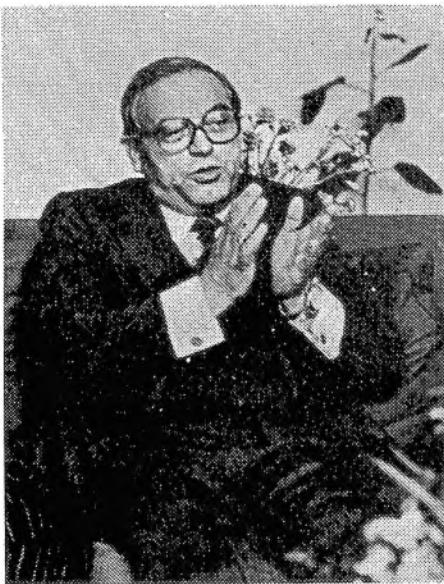
Mit zwei weiteren Maßnahmen wollen die BRD-Imperialisten ihre Vorherrschaft in Westeuropa – wo sie über 50% ihrer Ausfuhren absetzen – ausbauen. Am 10.6. vereinbarten die Notenbankpräsidenten der am EWS beteiligten Länder – BRD, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Dänemark und Irland – ab 1. Juli einen "neuen Mobilisierungsmechanismus". Dieser soll allen am EWS beteiligten Zentralbanken erleichtern, für Interventionen am Devisenmarkt Dollars von den anderen Notenbanken zu leihen. "Die so zur Verfügung gestellten Dollars können mit Zustimmung der die betreffenden

bank Dollars verleihen, und andere müssen leihen – gegen teuren Zins und wirtschaftliche Auflagen.

Schon bei Gründung des EWS 1978 hatte die BRD versucht, sich zum "westeuropäischen IWF" aufzuschwingen. Mit der damals vereinbarten Verpflichtung aller EWS-Mitglieder, die Kurse ihrer Währungen zueinander stabil zu halten, sowie mit der daran geknüpften Vollmacht, "mittelfristige Beistandskredite" einer Notenbank an andere Notenbanken mit Auflagen verbinden zu können, kam die BRD allerdings nie zum Zuge. Die anderen Imperialisten – durch die Drohung solcher Sanktionen zusätzlich angestachelt – gingen ihrerseits zu schweren Angriffen auf die Lohnabhängigen in ihren Ländern über und konnten so bis heute vermeiden, von der Bundesbank "mittelfristige" Kredite leihen zu müssen. Dies könnte sich, so die Spekulation der BRD, im Fall einer großen Devisenkrise rasch ändern.

Bedingung für ein solches Währungsdiktat der Bundesbank gegenüber den anderen Notenbanken im EWS ist aber, daß bei einer solchen Devisenkrise ein großer Teil des jetzt noch in US-Staatspapieren angelegten Kapitals in die BRD strömt. Dieses Ziel verfolgen die BRD-Imperialisten deshalb nicht minder entschlossen. Zahlreiche Vorhaben, um die "Anziehungskraft des deutschen Kapitalmarktes" zu steigern, werden unter westdeutschen Bankern diskutiert. Die Abschaffung der Kuponsteuer durch die Bundesregierung im letzten August war ein erster Schritt, um ausländische Vermögen vermehrt zur Anlage in die BRD zu locken. Bundesbankchef Pöhl verkündete im März vor dem "Deutschen Bankentag", es gelte nun, zahlreiche bislang über Luxemburger Filialen westdeutscher Banken abgewickelte "Euro-Geschäfte" zu "repatriieren". Die Vorschläge, die dazu inzwischen im Umlauf sind, umfassen: Abschaffung der Mindestreservepflicht für internationale Geschäfte, "Freihandelszonen" für westdeutsche Banken in der BRD, die Zulassung neuer und risikanterer Anleiheformen und die Abschaffung weiterer Steuern auf Bank- und Börsengeschäfte. Zudem lassen westdeutsche Politiker keine Gelegenheit aus, um die BRD als "Hort der Stabilität" und damit als idealen Ort für fremde Vermögensanlage zu preisen. Daß all diese Vorschläge auch die Gefahr für westdeutsche Banken erhöhen, bei Kursstürzen am Devisenmarkt mit zu fallen – was macht das schon angeichts der Aussicht, einen großen Teil der auf 800 Mrd. Dollar geschätzten privaten Vermögen, die derzeit in US-Papieren angelegt sind, in die eigenen Kassen zu bekommen und dann europaweit ordnend tätig zu werden!

Quellenhinweis: Handelsblatt, 20.7. bis 2.8.85; Presseauszüge der Bundesbank, 1.3. bis 1.8.1985 – (rül)



Bundesbank-Chef Pöhl

Währungen emittierenden Zentralbanken in EG-Währungen umgetauscht werden", heißt es in der Presseerklärung der Notenbanken. Sieht sich eine der am EWS beteiligten Notenbanken einer Spekulation gegen die eigene Währung ausgesetzt, so kann sie künftig über den EWS von den anderen Notenbanken zusätzliche Dollars leihen, um die eigene Währung zu stützen – eine Art gegenseitiger Beistandspakt der EWS-Notenbanken gegen unerwünschte Kursstürze des Dollars, aber auch der eigenen Währungen im Gefolge einer Krise auf den Devisenmärkten. Der Gewinner dieses Beistandspaktes steht schon jetzt fest: die Deutsche Bundesbank. Diese besitzt nämlich mehr Dollars als alle anderen EWS-Notenbanken zusammen. Im Krisenfall wird also die Bundes-

Die Deutsche Bundesbank von der Währungsfront

Währungsreserven auf 80 Mrd. DM, Zinsgeschäft blüht

"Die Währungsreserven der Bundesbank (Aktiva Ziff. 1) erhöhten sich in der Berichtswoche – vornehmlich unter dem Einfluß von Zinseinnahmen – um 1,0 Mrd. DM auf 80,0 Mrd. DM."

(Pressenotiz der Bundesbank, 26.7.85)

"Export bleibt in Schwung"

"Frankfurt. Der deutsche Export hat im 1. Halbjahr 1985 kräftig zugelegt. Die Ausfuhren stiegen um 14% auf 267,8 Mrd. DM und im Juni allein um 19% auf 42,1 Mrd. DM. Den deutschen Exporten standen ... Einfuhren im Wert von 235,7 Mrd. DM (plus 9,5%) ... gegenüber ... Damit ergibt sich für die ersten sechs Monate des Jahres 1985 ein Ausfuhrüberschuß von 32,1 Mrd. DM. In der Vergleichsperiode des Vorjahres hatte der Saldo 20 Mrd. DM ausgemacht."

(Handelsblatt, 29.7.85)

Die USA werden "dauerhaftes Schuldnerland", und der Dollarkurs muß fallen

"Auch in den USA wächst offenbar das Unbehagen über die Auswirkungen des derzeitigen Dollarkurses für die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft. Die US-Märkte werden von Importen geradezu überflutet, was zu immer lauterem Rufen nach protektionistischen Maßnahmen führt. Die Importflut hat u.a. inzwischen sogar das Paradeperd der amerikanischen Wirtschaft, den 'high-tech'-Sektor getroffen. In der Datenverarbeitung stieg der Einfuhrwert im Jahre 1984 um 56%, bei elektronischen Bauteilen um 58% und bei Ausrüstungen für die Nachrichtenübermittlung um 41%. Ein Ergebnis dieser Entwicklung ist ein Leistungsbilanzdefizit von mehr als 100 Mrd. Dollar im vorigen Jahr ... Es wäre verwunderlich, wenn die Entwicklung der USA zum dauerhaften Defizit- und Schuldnerland, die fast unvermeidlich erscheint, sich nicht früher oder später auf die Bewertung des Dollars auswirken würde. Man kann nur hoffen, daß dies nicht in einer abrupten Weise erfolgt."

(Bundesbankpräsident Pöhl am 26.3.85 vor dem Deutschen Banktag in Bochum)

DM stark wegen "moderater Lohnabschlüsse": "Wir können nur hoffen, daß das so bleibt."

"Frage: Herr Dr. Gleske, der Dollar ist international etwas schwächer geworden. Ist die Bundesbank mit dieser Entwicklung im Interesse der deutschen Volkswirtschaft zufrieden?

Antwort: Nimmt man alles in allem, können wir mit der Entwicklung der vergangenen Wochen ganz zufrieden sein. Eine moderate Abschwächung des Dollarkurses wäre aus Stabilitätsgründen aber sicher wünschenswert. Wir müssen deutlich sehen, daß der hohe Dollarkurs auf die Dauer für unser inneres Preisgefüge Rückwirkungen haben könnte. Bisher haben andere Faktoren, unter anderem auch die moderaten Lohnerhöhungen, dem entgegengewirkt. Wir können nur hoffen, daß das so bleibt."

(Saarbrücker Zeitung, Interview mit dem Mitglied des Bundesbank-Direktoriums Dr. Gleske, 20.6.85)

Pöhl: Das EWS sichert den Absatzmarkt für die "deutsche Wirtschaft" ...

"Das Europäische Währungssystem ... In einer turbulenten Währungswelt kann die Bundesrepublik beispielsweise 40% ihres Außenhandels auf der Basis fester Wechselkurse abwickeln. Rechnet man die Länder außerhalb des

EWS, mit denen wir seit Jahren ebenso stabile Wechselkurse haben (Schweiz, Österreich u.a.) dazu, erhöht sich dieser Anteil auf fast 50%."

(Bundesbankpräsident Pöhl am 1.7. in Paris vor dem Französischen Bankenverband)

... ist eine Peitsche für "Stabilitätspolitik" in ganz Westeuropa ...

"Nach unserer Auffassung ist die Vereinbarung über feste, wenn auch von Zeit zu Zeit zu adjustierende (anzupassende, d. Verf.) Wechselkurse das Kernstück des EWS. Dieses Festkurssystem funktioniert seit einigen Jahren recht zufriedenstellend ... In allen EG-Ländern, auch in denen, die nicht dem Wechselkurssystem angehören, besitzt die Verringerung der Inflationsraten und der Budgetdefizite inzwischen einen hohen Stellenwert. Dabei hat die Mitgliedschaft im EWS in dem einen oder anderen Land sicherlich geholfen, eine derartige Politik einzuleiten und durchzusetzen. Die Erfolge sind aber in den einzelnen Mitgliedsländern weiterhin unterschiedlich ... Während die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik seit März 1983 ... bis Ende 1984 im Industriesektor um ca. 2% gesunken sind, stiegen sie in Frankreich um fast 4%, in Italien sogar um mehr als 6% ... In diesen Stabilitätsunterschieden liegt ein wachsendes Spannungspotential für das EWS. Es führt bei festen Wechselkursen zu Wettbewerbsverzerrungen und Ungleichgewichten der Handels- und Leistungsbilanzen."

(Pöhl, ebenda)

"D-Mark, D-Mark über alles!"

"Die D-Mark ist nicht nur eine europäische, sondern auch eine international verbreitete Währung. Allein die offiziellen DM-Anlagen stiegen im letzten Jahr um nicht weniger als 30 Mrd. DM auf 118 Mrd. DM; vor allem europäische Notenbanken haben beim Management ihrer Währungsreserven eine Vorliebe für die D-Mark gezeigt. Ein Fünftel des Wachstums der Weltdevisenreserven entfiel im vorigen Jahr auf die D-Mark. Der Anteil der D-Mark an den globalen Devisenreserven erreichte 12%. Auch im internationalen Banken- und Euro-Anleihegeschäft steht die D-Mark – nach dem Dollar – an zweiter Stelle ... Insgesamt beträgt das Volumen an DM-Anlagen außerhalb der Bundesrepublik schätzungsweise etwa 400 Mrd. DM."

(Pöhl, ebenda)

Die BRD "Währungsgendarm" in Westeuropa und Pöhl als europäischer Notenbankchef?

"Bei der Entstehung des EWS hatte man wohl zunächst daran gedacht, den Europäischen Währungsfonds (EWF) als eine Art 'europäischen IWF' zu konstruieren, der nicht nur kurzfristige, sondern auch mittelfristige Zahlungsbilanzkredite zur Verfügung stellen sollte, ähnlich den IWF-Krediten mit wirtschaftspolitischen Auflagen versehen. Um dieses Konzept ist es inzwischen recht ruhig geworden ... Ein völlig anderes Konzept als das eben erwähnte geht davon aus, einem Europäischen Währungsfonds schrittweise Notenbankfunktionen zu übertragen ... Ein Europäischer Währungsfonds, der mit derart weitreichenden Kompetenzen ausgestattet sein soll, müßte beispielsweise über einen beträchtlichen Teil der Währungsreserven der beteiligten Länder definitiv verfügen können ... Diese Fragen werden sicher im Zusammenhang mit der Diskussion über eine Europäische Union erörtert werden ... Die Diskussion über die politischen, rechtlichen und ökonomischen Voraussetzungen einer Fortentwicklung des EWS mit dem Ziel einer Europäischen Währungsunion hat gerade erst begonnen."

(Pöhl, ebenda)

Quellenhinweis: Presseauszüge der Bundesbank, Ausgaben März bis Juli 1985

Italien

PCI-Parteitag vorzeitig einberufen – Diskussion über Gründe für Niederlagen

Die beiden herben Niederlagen, die die Kommunistische Partei Italiens (PCI) bei den Kommunal- und Regionalwahlen am 12. Mai und dann erneut beim Volksentscheid über die Inflationszuschläge zum Lohn am 9. Juni hat einstecken müssen, haben in der Partei eine lebhafte Diskussion über den künftigen Kurs ausgelöst. Auf Vorschlag von Generalsekretär Natta hat das Zentralkomitee Ende Juli beschlossen, den nächsten Parteitag ein Jahr früher als vorgesehen bereits im Frühjahr 1986 durchzuführen. Mit der Vorbereitung des Kongresses und der Ausarbeitung der Dokumente wurde – eine Neuerung – eine besondere 77-köpfige Kommission aus ZK-Mitgliedern und einigen kommunistischen Gewerkschaftsführern (die aufgrund von Gewerkschaftsbeschlüssen keinen Parteileitungen angehören dürfen) beauftragt.

An guten Ratschlägen von bürgerlicher Seite besteht jedenfalls kein Mangel. Die PCI müsse endlich ihr "Godesberg" veranstalten, wenn sie je zur Regierung kommen wolle, raten etliche Kommentatoren. Oft übrigens dieselben, die eben noch begeistert verkündet hatten, mit der Abstimmungsniederlage sei die "kommunistische Frage" vom Tisch und die PCI solle sich gefälligst in eine ohnmächtige Opposition trollen.

Die Lage der Partei ist tatsächlich ziemlich schwierig. Durch das Wahlergebnis und – mehr noch – durch die Orientierung der Sozialistischen Partei PSI auf den Fünferblock der Regierungsparteien ist die PCI außer in ihren größten Hochburgen fast überall aus den Stadtverwaltungen verdrängt worden. Von den fünf größten Städten – Rom, Mailand, Neapel, Turin, Genua –, wo 1975/76 überall Linkskoalitionen in die Rathäuser eingezogen waren, wird voraussichtlich demnächst keine mehr unter PCI-Beteiligung regiert werden.

Und mit dem Erfolg im Volksentscheid hat die Regierung sich zum ersten Mal seit Jahren in einer wichtigen sozialen Frage gegen die Arbeiterbewegung durchgesetzt, ohne eine Verständigung mit der PCI und dem größten Gewerkschaftsbund CGIL auch nur versucht zu haben. Mit einem Wort: Die Kommunisten sind isoliert, und ihre Aussichten, mit anderen Parteien der Linken und der Mitte eine Koalition der "demokratischen Alternative" bilden zu können, sind in weite Ferne gerückt.

Die Meinungen über die Ursache der Niederlage und – vor allem – über die Folgerungen, die aus ihr zu ziehen wären, gehen weit auseinander. Einen

Grund hatte Natta bereits gleich nach den Wahlen genannt: Der Vorschlag einer "demokratischen Alternative", also einer Frontbildung gegen die christdemokratische Reaktion, sei vielen Wählern unrealistisch, ja abenteuerlich erschienen, da die Sozialisten am Regierungsbündnis mit den Christdemokraten festhalten wollten und eine Koalition mit der PCI weit von sich wiesen. Ohne die PSI, die sich gegenwärtig zur Vorkämpferin einer kapitalistischen Modernisierung Italiens aufwirft, ist aber eine Mehrheitsbildung gegen die DC ganz undenkbar. Seltener war das Verhältnis zwischen der PCI und der PSI, die immerhin in den dunkelsten Jahren des "kalten Krieges" als einzige sozialistische Partei Westeuropas mit den Kommunisten in einer Volksfront zusammengearbeitet hatten, so schlecht wie heute.

Natta selbst und viele andere ziehen daraus den Schluß, die Kräfte, die schließlich auch die PSI zu einer An-

spielt die kapitalistische Reorganisierung: Mit den sich daraus ergebenden zerstörerischen Phänomenen der Zersplitterung, der ständischen Aufspaltung und der Atomisierung haben Parteimaschinen operiert, die sich inzwischen darauf verstehen, zwei Instrumente zugleich bis in die Verästelungen zu nutzen: die Manipulation der "Wechselwähler" (die modernen Klientelwirtschaft) und die Wiederbelebung aufpolierter ideologischer Versatzstücke."

Aus einer solchen Analyse würde die Aufgabe folgen, in dem stürmischen Umwälzungsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft neue Ansatzpunkte für den Zusammenschluß der arbeitenden Massen aufzufinden. Die Vorstellungen, die Natta dazu in seinem Bericht vor dem letzten ZK entwickelt hat (s. Kasten), sind freilich noch arg allgemein. Und zum Teil ist die Gefahr unverkennbar, aus Furcht, die Arbeiterbewegung könne gegenüber der technologischen Umwälzung als "altmodisch" und konservativ erscheinen, wohlbegündete, wenn auch "alte" Grundsätze aufzugeben.

Die innerparteiliche "Rechte" zieht dagegen aus der Wahlniederlage den Schluß, die PCI müsse im Interesse einer Koalitionsbildung Zugeständnisse



Der XVI. Parteitag der PCI im März 1983 in Mailand hat den zwei Jahre zuvor eingeschlagenen Kurs der demokratischen Alternative gebilligt.

derung ihres Kurses verlassen könnten, müßten in außerparlamentarischen Kämpfen gesammelt werden. So erklärte ZK-Mitglied Pietro Ingrao, traditionell ein "Linker": "Wir haben Stimmen nicht deshalb verloren, weil wir die PSI-Führung und die Fünferkoalition zuviel kritisiert haben, sondern im Gegenteil, weil unsere reale Kritik und unser konkreter Kampf gegen die von der Fünferkoalition und der PSI-Führung durchgeführte Politik schwach waren. Die Hauptrolle bei diesem Wahlergebnis

machen. So der Fraktionsvorsitzende Giorgio Napolitano: "Die neue Regierungsperspektive, die das Land braucht, um seine drängendsten Probleme zu lösen und voranzuschreiten, muß in politisch konkreter Weise verfolgt werden. Das erfordert, daß die Partei systematisch... einen komplizierten Kampf und ein Aufbauwerk durchführt, ohne sich Spekulationen über eine Neubegründung des ganzen politischen Spektrums hinzugeben, die dazu führen würden, die Alternative in eine unbestimmte Zukunft zu ver-

schieben ... Eine soziale und politische Alternative wird nur aus einer Begegnung verschiedener Herangehensweisen und programmatischer Beiträge entstehen können, nicht aus einer Sammlung anderer Kräfte auf der Linie, die wir für die richtigste und fortgeschrittenste halten..."

Der Ökonom Napoleone Colajanni, ebenfalls ZK-Mitglied, hat noch eins draufgesattelt und behauptet, mit dem Volksentscheid gegen die Streichung der Inflationszuschläge habe sich die Partei auf die "Verteidigung von Interessen beschränkt, die sicher legitim sind, aber nicht mehr an der vordersten Front der gesellschaftlichen Umwälzung stehen". Gemeint ist das altmodische Interesse der Lohnarbeiter am - Lohn. Derselbe Colajanni wirft seiner Partei vor, sie habe seit dem Bruch mit der Linie des "historischen Kompromisses" 1980 "vorrangig eine Beziehung zwischen der PCI und den spontanen Bewegungen, die in der Gesellschaft aufsprießen", ange-

strebt, "um einen mehrheitsfähigen Block zu bilden". "Ich bin dagegen von der Notwendigkeit überzeugt, konsequent für ein Regierungsbündnis zu arbeiten."

Zwar (noch?) nicht von der Tribüne des ZK, wohl aber innerhalb der Partei wird die - ohnehin vage - Orientierung auf den "Sozialismus" oder - wie Berlinguer zu sagen pflegte - den "Ausstieg aus dem Kapitalismus" als Hindernis für eine "realistische" Regierungspolitik angegriffen. Der Direktor des parteieigenen Istituto Gramsci, Schiavone, hat eben ein Buch veröffentlicht, in dem er vorschlägt, mit dem Sozialismus gleich den ganzen Marxismus über Bord zu werfen. Die gelegentlich unternommenen Versuche, statt bei Karl Marx nun bei Peter Glotz und seiner "Zweidrittelgesellschaft" theoretische Anleihen zu machen, reizen freilich nicht zur Nachahmung.

Von den reformistischen Arbeiterparteien sozialdemokratischer Prä-



Alessandro Natta

gung hat sich die PCI bisher - sehr zu ihrem Vorteil - dadurch unterschieden, daß sie sich die Verwertung des Kapitals nicht als einzigen Maßstab realistischer Politik hat aufdrängen lassen. Ob es dabei bleibt, muß sich bei dem kommenden Parteitag entscheiden.

Quellenhinweis: *I'Unità*, bes. 24.-26.5. und 23.-25.7.85 (ZK-Sitzungen); Schiavone, *Per il nuovo PCI*, Rom-Bari 1985; Pol. Ber. 26/84-.(ulg)

Natta: Für die Alternative

Wir dokumentieren Auszüge aus dem Bericht, den PCI-Generalsekretär Alessandro Natta auf der ZK-Sitzung am 22. Juli 1985 vorgetragen hat:

"In den letzten Jahren ist in unserer Gesellschaft versucht worden, auf die Krise der kapitalistischen Entwicklung ... mit einer Linie zu antworten, die ... darauf abzielt, die Einkommen der Werktätigen zu senken ..., grundlegende soziale Rechte und Errungenschaften in Frage zu stellen und abzubauen, die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften und die demokratischen Freiräume einzuschränken ... Wir müssen versuchen, unseren politischen und programmatischen Vorschlag für eine demokratische Entwicklung der Gesellschaft, für einen Prozeß wirklichen Wandels, für eine Alternative in der politischen Führung und Richtung stärker und ... überzeugender zu machen..."

Möglicherweise ist auch durch andauernde Wachstumsraten Vollbeschäftigung nicht zu erreichen. Daraus ist eine aktive Beschäftigungs-politik notwendig. Es wird erforderlich, den Einsatz der Arbeit in der Industrie, im Dienstleistungssektor, bei der Produktion neuer immaterieller Güter, bei der Durchführung sozialer Aktivitäten, in der gesamten Lebenszeit neu zu definieren. Es geht dabei nicht nur darum, die Arbeit neu zu verteilen, sondern darum, sie als konstitutiven Bestandteil einer neuen Qualität der Entwicklung neu zu bewerten...

Wir müssen sehen: Während das liberalistische Rezept wegen seines

hohen Preises nichts taugt, ist auch der alte, bürokratische und verschwenderische Sozialstaat nicht mehr haltbar. Es geht daher darum, ein soziales Modell zu konzipieren und umzusetzen, das der neuen Komplexität, Mobilität, Daseins- und Denkweise großer Massen entspricht. Man muß sich das Problem einer sozialen und kulturellen Bewegung stellen, die nicht bloß Arbeit fordert, sondern sich konkret das Problem einer neuen möglichen Be- wirtschaftung und Nutzung der Ressourcen stellt und sich bemüht, die Bedingungen einer neuen Entwicklung zu schaffen.

In Wirklichkeit ist die Ressource Arbeit nicht an sich überschüssig, wohl aber in einer durch die Arbeitsverhältnisse und die alten Konsummodelle verhärteten Struktur. Die Arbeit ist dagegen nicht überschüssig, wenn man sie in Beziehung zu der enormen Masse neuer Bedürfnisse setzt, deren Befriedigung eine solche Nutzung der Ressourcen erfordert, daß sie in effektive Nachfrage verwandelt werden...

Die Physiognomie, die grundlegenden Charakteristika unserer Partei liegen vor allem in den Werten und großen Idealen begründet, die sie besetzen, ohne ihr ausschließlicher Besitz zu sein: Ideen der Freiheit und Befreiung, der Gerechtigkeit und der Gleichheit, der Solidarität. Und der Idee, daß die von den kapitalistischen Strukturen bestimmten Produktionsverhältnisse nicht die Vollendung der menschlichen Geschichte oder eine Anwendung von Naturgesetzen sind...

Quellenhinweis: *I'Unità* 23.7.85, eigene Übersetzung

Großbritannien

Mindestlöhne für junge Arbeiter aufgehoben

Die britische Regierung setzte in der letzten Woche die Mindestlohnregelung für etwa 500000 junge Arbeiter und Arbeiterinnen unter 21 Jahren außer Kraft. Arbeitsminister King sagte vor dem Parlament, das "gegenwärtige System verhindert die Schaffung neuer Arbeitsplätze, vor allem für junge Leute".

Das "gegenwärtige System" sind die Wage Councils, die Lohnkommissionen, die von der Regierung eingesetzt sind und die Mindestlöhne für etwa 3 Millionen Arbeiter festlegen. Diese Kommissionen wurden 1909 als Ergebnis einer öffentlichen Kampagne gegen die ungeheure Ausbeutung in den Klein- und Mittelbetrieben, den "sweatshops", eingerichtet.

Die Wage Councils sind für Bereiche zuständig, in denen es aufgrund niedriger gewerkschaftlicher Organisierung keine Tarifverträge gibt, zum Beispiel im Gaststättengesetz, bei Friseuren etc. Die Regierung hat die Effektivität der Mindestlohn-Festsetzung bereits praktisch dadurch eingeschränkt, daß immer weniger Inspektoren beschäftigt werden. Trotz der 7058 festgestellten Ver-

stöße gegen die Mindestlöhne wurden 1983 gerade zwei Kapitalisten angezeigt. Sie mußten jeder 1450 DM Strafe zahlen. Die Inspektoren stellten fest, daß bei den erfaßten Verstößen die Kapitalisten insgesamt Lohnkosten von 2,4 Millionen DM "einsparten".

Dabei sind die von den Wage Councils festgelegten Mindestlöhne keineswegs hoch. Für Jugendliche betragen sie zwischen 700 DM und 1250 DM im Monat. Die Einkommensstatistik aus Branchen mit Mindestlöhnen weist z.B. aus, daß die untere Lohngruppe für Männer über 21 in Restaurants unter 60 Pfund pro Woche brutto, das sind 1000 DM im Monat, liegt. Friseuren in der untersten Gruppe verdienen 40 Pfund pro Woche, 670 DM im Monat.

Die Löhne der Jugendlichen liegen noch darunter. Trotzdem hat Thatcher ein tatsächliches Problem – traditionell haben die Gewerkschaften durchgesetzt, daß Lehrlingslöhne vergleichsweise hoch sind und etwa 50% des Facharbeiterlohns betragen. Entsprechend sind die Löhne junger Arbeiter insgesamt relativ höher als bei imperialistischen Konkurrenten. Das will Thatcher ändern.

Ein Hindernis ist noch die Konvention Nr. 26 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die die Unterzeichnerstaaten zur Festlegung von Mindestlöhnen verpflichtet. King erklärte im Parlament, Großbritannien werde in den nächsten Tagen seine Ratifizierung zurückziehen.

Quellenhinweis: Financial Times, 18.7., Labour Research 2/85, New Earnings Survey 1984, Part A – (hef)

MLPD zu Zimbabwe

Europäische Besserwisserei statt Internationalismus?

In der "Roten Fahne" 29/85 kam die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) zu dem bündigen Urteil: In Zimbabwe wurden "die Werktätigen um die Früchte ihres jahrelangen Kampfes" betrogen. Schon vor der Unabhängigkeit habe sich der ZANU-Präsident und heutige Ministerpräsident Mugabe als "Vertreter der aufstrebenden einheimischen Bourgeoisie" erwiesen, der "mehr und mehr den Interessen der westlichen Imperialisten entgegenkam". Für die MLPD ist klar: "Einheimische Bourgeoisie übernimmt Erbe des Kolonialismus" – so die Überschrift eines Reiseberichts aus Zimbabwe.

Als Beweis wird angeführt, daß sich die Patriotische Front im Lancaster-house-Abkommen 1979 auf ein Verbot entschädigungsloser Enteignungen habe festlegen lassen. Für die starken Behauptungen ist das allerdings ein

dürftiger Beweis. Unbestritten war das Abkommen über die Unabhängigkeit Zimbabwes ein Kompromiß. Aber rechtfertigt das die Theorie vom "Betrug"? Hat denn die Befreiungsbewegung am Verhandlungstisch preisgegeben, was sie im bewaffneten Befreiungskampf erreicht hat? Oder drückte sich in dem Kompromiß nicht vielmehr das reale Kräfteverhältnis aus zwischen den Kolonialherren, die die Kolonialherrschaft gegen den bewaffneten Befreiungskampf nicht mehr hatten halten können, und der Befreiungsbewegung, die ihre Feinde militärisch nicht geschlagen hatte?

Zweitens spricht gerade der Hinweis auf die Zimbabwe aufgezwungene Eigentumsgarantie gegen die Behauptung, daß die einheimische Bourgeoisie das "Erbe des Kolonialismus" angetreten habe.

Tatsächlich muß sich Zimbabwe imperialistischer Kontrolle und Einflussnahme erwehren. Nach wie vor befindet sich ein großer Teil des Bergbaus und auch der Industrie in den Händen imperialistischer Monopole und wird die Landwirtschaft von den weißen Farmbesitzern dominiert. Die Kolonialherrschaft hat dem Land schwere Burden hinterlassen, die nicht durch einen Federstrich beseitigt werden können: einen einseitigen Außenhandel zum Beispiel. Die Preise der Rohstoffe, Hauptexportprodukt Zimbabwes, fallen seit Jahren. Dazu verschärft groÙe Trockenheit die Handelsbilanzprobleme: Zimbabwe muÙte Nahrungsmittel importieren. Die Auslandsverschuldung stieg, und die Gläubiger legten der Regierung verschiedene Diktate auf, so die Streichung der Nahrungsmittelsubventionen mitten im Dürrejahr 1983 – für die "Rote Fahne" ist das nicht einmal der Rede wert. Auch nicht, daß der Aufbau Zimbabwes im Schatten der aggressiven südafrikanischen Siedlerrepublik vonstatten gehen muÙ, die seit der Erklärung der Unabhängigkeit nur auf die Gelegenheit auch zu militärischer Intervention lauert.

Auf kurzem Platz kann die Rolle des Imperialismus in Zimbabwe nur angedeutet werden. Wer sie – aus nationalistischer Verantwortung – kritisiert, wird schwerlich umhin können, in Zimbabwe jede Politik zu unterstützen, die in einer sehr schwierigen Situation die Einheitsfront der verschiedenen vom Imperialismus unterdrückten Klassen gegen den Imperialismus fördert. Unangenehm ist die europäische Besserwisserei der "Roten Fahne" deshalb, weil sie mitten in eine Krise der Einheitsfront in Zimbabwe platzt, die durch die Konflikte zwischen ZANU und ZAPU, überlagert durch Stammeswidersprüche, verursacht ist und die Gefahr eines Bürgerkrieges beinhaltet.

Quellenhinweis: informationsdienst südliches afrika, v.a., 3/84: Gespräch mit Minister Makoni – (scc)

Notstandsprogramm in Israel Palästinenser und arme Israeli am härtesten betroffen

Ein eintägiger Generalstreik am 2. Juli, zahlreiche längere Streiks in verschiedenen Betrieben, Demonstrationen, Straßenschlachten und die Drohung mit einem unbefristeten Generalstreik waren die Reaktionen auf den Versuch der Regierung, per Notstandsrecht ein drittes einschneidendes Sparprogramm durchzusetzen. Peres drohte mit Rücktritt und Bruch der Koalition, wenn sein Wirtschaftsprogramm nicht durchgezogen würde. Nach 14-tägigen Verhandlungen zwischen Regierung, Gewerkschaft und Arbeitgebervereinigung wendete in buchstäblich letzter Stunde ein Kom-



Proteste gegen die Haushaltsskürzungen, Juli 1985

promiß den Generalstreik ab. Danach sollen auf Löhne und Gehälter weiterhin Inflationszulagen gezahlt werden, entgegen dem Plan der Regierung, die Löhne mit einem Schlag auf den Stand von vor 1980 zurückzuschrauben. Die Realeinkommen sind in den letzten acht Monaten bereits um 10% gesunken. Staatsausgaben werden vor allem in den für die arme Bevölkerung empfindlichen Bereichen gekürzt, wie Subventionen für Grundnahrungsmittel, Sozialversicherungsleistungen, Gesundheits- und Erziehungswesen. Die riesigen Ausgaben für Siedlungsprojekte wurden überhaupt nicht angetastet, der Militärhaushalt nur kosmetisch. Die US-Regierung hat das Programm begrüßt und sofort eine weitere Hilfe in Höhe der Einsparungen zugesagt.

Bürgerliche Ökonomen geben dem Notstandsprogramm jetzt kaum eine Chance mehr. Die Inflation werde weiter wachsen. Außerdem sei es völlig ungewiß, ob es überhaupt durchgesetzt werden könne: einmal wegen der nur ungenügend kaschierten Schwäche der Regierung; das Verhältnis der Bürger zu "ihrem" Staat verändere sich.

Zum anderen wird bezweifelt, ob die Histadrut, Israels Gewerkschaft und größter Unternehmer im Land, wilde Streiks verhindern und auch den militärischen Flügel der Gewerkschaft zur Staatsräson überzeugen könne. Ein Gesetzentwurf der Regierung belegt das Abschalten der Stromversorgung in einem wilden Streik mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr. Aber noch gibt man sich nicht beunruhigt: "Eine Wirtschaftskrise im akademischen Sinn hat Israel – noch – nicht. Es gibt nach europäischen Maßstäben gerechnet, keine Arbeitslosigkeit, und es gibt keine massenhaften Firmenzusammenbrüche" (D.Rosen, Jüd. All. Wochenzeitung).

Arbeitslosigkeit und Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft herrscht in den besetzten Gebieten. Die Palästinenser in den besetzten Gebieten, von denen viele in Israel den Lebensunterhalt verdienen müssen, erhalten zu den ohnehin niedrigeren Löhnen keine staatlichen Zulagen, keine Arbeitslosenunterstützung, keine Krankenversicherung, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall usw. Sie zahlen aber die gleichen hohen Steuern (40 bis 50%). Durch das im Westjordanland herrschende Währungssystem (Lohn in israelischen Schekel und Lebenshaltung in jordanischen Dinar) werden die Löhne weiter entwertet. Es gibt auch keine durch Israel anerkannten Institutionen, wie Gewerkschaften, Verbände, Verbraucherschutzorganisationen o.ä., die die Interessen der palästinensischen Arbeiter effizient vertreten könnten. "Palästinenser in den besetzten Gebieten, das unsichtbare Rückgrat der israelischen Ökonomie, werden nicht mehr lange unsichtbar bleiben. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie revoltierend auf die Straße gehen. Die Situation ist unerträglich geworden" (Al-Fajr, 12.7.85).

Quellenhinweis: Jüdische Allgemeine Wochenzeitung, div. Ausgaben; Palästina Bulletin – (bar)

Österreich

Weinskandal: Ruin für kleine Bauern

Die Weinregale in den Supermärkten stehen leer. Die Besucherzahlen in den Heurigenstuben gehen drastisch zurück. Die "schwarze Liste" der mit Diäthylenglykol gepanschten Weine wird täglich länger. Eine "weiße Liste" unverfälschter Weine aber will die Regierung vorerst nicht veröffentlichen. Auf dem "Krisengipfel" am 29.7. kündigte Kanzler Sinowatz zwar Hilfsmaßnahmen für die Winzer an, gleichzeitig schränkte Agrarminister Haiden ein, über eine Entschädigung für die beschlagnahmten 5

Millionen Liter Wein erst nach einem Gerichtsbeschuß entscheiden zu können.

"Das Wort Glykol habe ich vor Wochen zum ersten Mal gehört", erklärt ein Winzer aus dem Burgenland. "Für uns kleine Weinbauern wäre heute in Anbetracht eines Produzentenpreises von rund 3 S pro Liter Wein und 14 S pro Kilo Zucker selbst das klassische Aufzuckern unwirtschaftlich." Die kleinen Winzer erhalten vertraglich von den Händlerketten feste Kilopreise, unbeschadet der Sorte und der Qualität. Sie sind gezwungen, auch schlechte Lagen zu bebauen, die ertragreichsten Sorten anzupflanzen und die Weinstöcke möglichst wenig zu beschneiden, da das zwar die Qualität heben, aber die Erntemenge drücken würde. 94 Winzer aus Rust am Neusiedler See sahen sich jetzt sogar genötigt, eidesstattlich die Reinheit ihres Weines zu versichern. "Wir hier auf der Westseite haben uns schon seit langem gewundert, woher die 'Drüberen' solche Mengen Prädikatswein hernahmen... Jeder, der sich nur ein wenig mit Wein auskennt, mußte doch wissen, daß man keinen Auslesewein

für Groschen haben kann. Den Winzer kostet ein Liter Auslese mindestens 49 S (ca. 7 DM). Wie konnten da deutsche Importeure guten Glaubens Prädikatsweine weit unter diesen Preisen abkaufen?" empört sich ein Winzer.

Es war weniger guter Glaube als schlichte Profitgier. Die "Drüberen", das sind u.a. die derzeit inhaftierten Weinhändler Sautner, Tschida, Steiner usw. Sie lieferten seit Jahren über die Schweiz gepanschte Normalweine an westdeutsche Kellereien, u.a. an den Weinlieferanten von Aldi, die mittels gefälschter Papiere als Prädikatsweine deklariert wurden. Die Differenz von ca. 2 DM pro Liter wurde brüderlich geteilt.

Die Familie des Westberliner Wirtschaftssenators Pieroth brauchte nicht einmal teilen. Sie bezieht ihren gepanschten Wein, unter anderem den auf der Schwarzen Liste stehenden "Andauer Kaisergarten", direkt von ihrem österreichischen Weingut Soltener Hof.

Quellenhinweis: Profil 31, 32/85; Salzburger Nachrichten, 3.8.85; Kölner Stadtanzeiger, 30.7.85; UZ, 3.8.85 – (rua)

VR China

Eine Million Soldaten werden entlassen – Reform der Volksbefreiungsmiliz

Die Bilder von den Soldaten der chinesischen Volksbefreiungsmiliz, die auf den Feldern um ihre Kasernen Reis pflanzen oder Gemüse ziehen, die bei Großprojekten im ganzen Land im Einsatz sind oder die neue Eisenbahnen in Wüstengebieten oder dem tibetischen Hochland anlegen, werden wohl bald der Vergangenheit angehören. Denn wie die chinesische Staatsführung jetzt aus Anlaß des Armeeta-

ges, des 1. August, erneut bekräftigte: Die chinesische Volksbefreiungsmiliz soll von ihrer jetzigen Personalstärke von 4 Millionen Soldaten auf 3 Millionen Soldaten verkleinert werden, und zwar innerhalb der nächsten zwei Jahre. Die Kampffähigkeit soll nicht darunter leiden, im Gegenteil durch den Personalabbau und die gleichzeitig forcierte Professionalisierung verstärkt werden. Die Redu-



Auf Beschuß der zentralen Militärikommission führt die Volksbefreiungsmiliz die 1959 abgeschafften Rangabzeichen an den Uniformen (Bild) wieder ein. Begründet wird das u.a. damit, daß sich im Krieg gegen Vietnam gezeigt hätte, daß ohne solche Rangabzeichen die Befehls- und Anordnungsbefugnisse für die einfachen Soldaten nicht erkennlich seien.



Am letzten Mittwoch, wenige Stunden vor Beginn des unbefristeten Generalstreiks in Israel, einigten sich die israelische Regierung und die Gewerkschaften über den von der Regierung beschlossenen Sozialabbau. Die Kürzungen der Subventionen für Grundnahrungsmittel und das Abkoppeln der Löhne von der Inflationsrate (1984: fast 400%) sollen durch Ausgleichszahlungen vor allem an Niedriglöhner gemildert werden. Sofort sollen 14 bzw. 12% (im öffentlichen Dienst) auf alle Löhne gezahlt werden. Von August bis März 1986 sind weitere Ausgleichszahlungen vorgesehen. Ministerpräsident Peres zeigte sich zufrieden über die Einigung. — (wom)

Vereinbarung zwischen indischer Regierung und Sikh

Am 30. Juli hat der Führer der Sikh-Partei Akali Dal im Punjab ein Abkommen mit dem indischen Ministerpräsidenten geschlossen. Die Initiative dazu war von der indischen Regierung ausgegangen. In dem Elf-Punkte-Abkommen hat die Regierung insbesondere in der lange umstrittenen Bewässerungsfrage Zugeständnisse gemacht, ebenso im Bereich der Religionsausübung und des Abzugs bewaffneter Kräfte aus der für die Sikhs heiligen Stadt Amritsar. Bei der Erstürmung des Tempels hatte Rajiv Gandhi seine Amtsvorgängerin Indira beraten. Innerhalb der Akali Dal, wie auch bei den Sikhs ist das Abkommen

äußerst umstritten, da einige Zugeständnisse nicht über die Indira Gandhis hinausgehen. — (cog)

Kanadische Prärien: große Dürreschäden

Bereits im letzten Winter ist in erheblichen Teilen der kanadischen Prärieprovinzen Alberta, Saskatchewan und Manitoba zu wenig Schnee gefallen. Zwischen Mai und Mitte Juli fielen im Gebiet von Lethbridge, Alberta, nur 33 mm Regen, ein Negativrekord seit 83 Jahren. Viele Farmer müssen die Getreideernte abschreiben; Viehzüchter machen Notverkäufe angesichts der hohen Futtermittelpreise und niedrigen Erlöse für Rinder. EG-Rindfleischimporte drücken die Preise zusätzlich. — (mfr)

Peru verringert Schuldenrückzahlung

Der neue peruanische Staatspräsident hat am 29.7. vor dem Kongress ein Wirtschaftsprogramm angekündigt: U.a. wurde ein Preis- und Mietenstopp verhängt, die Löhne wurden durchschnittlich um 18% angehoben. Der Mindestlohn von gegenwärtig umgerechnet ca. 85 DM, von dem rund 1,2 Millionen Peruaner leben müssen, wurde verdoppelt. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes streiken seit 45 Tagen. Die dieses Jahr fälligen Schulden und Zinsen von ca. 3,7 Milliarden Dollar will die Regierung nur in Höhe von 10% der Exporterlöse zahlen, dies wären ca. 300 Millionen Dollar. Die nationale Bourgeoisie Petus versucht zu verhindern, daß sie



Staatspräsident Garcia

zwischen den Forderungen der Imperialisten und der revolutionären Bewegung zerrieben wird. BRD-Entwicklungsminister Warnke drohte am 2.8. in Peru, die Probleme müßten in Verhandlungen gelöst werden. Ein Frankfurter Bankenvorstand erklärte: "Peru wird sich nicht aus der Weltwirtschaft ausklinken." — (wop)

zierung der Truppenstärke soll vor allem durch folgende Maßnahmen erreicht werden: Ausgliederung aller Einheiten, deren Hauptaufgabe die Produktion ist – Eisenbahnkorps; Einheiten, die im Flugzeugbau arbeiten; Bautruppen der VBA etc. –, und Überführung unter zivile Kontrolle; Pensionierung eines großen Teils der Generalität und des Offizierskorps; Auflösung solcher Einheiten, die in den letzten Jahren weder produktive noch Kampf- oder logistische Aufgaben hatten.

Da die chinesische Volksbefreiungsarmee bislang zum erheblichen Teil produktiv eingesetzt war, die VBA ihre Versorgung zudem wesentlich selbst sichergestellt hatte, kann jetzt die chinesische Staatsführung eine einschneidende Truppenreduzierung vornehmen ohne Gefahr für die Kampffähigkeit der Volksbefreiungsarmee – allerdings mit den Folgen, die die kasernenmäßige Ausgrenzung der

VBA und ihrer künftig hochprofessionisierten Soldaten aus der Gesellschaft mit sich bringt. Doch diese Folgen der Absonderung eines stehenden Heeres gegenüber der Gesellschaft sind gewollt, gehören zu der seit Jahren insbesondere von Deng Xiaoping immer wieder geforderten "militärischen Modernisierung". Die "militärische Modernisierung" wird beschrieben als a): "Professionalisierung": Anstelle des heroischen Kämpfers aus den Befreiungskriegen und dem Koreakrieg ist heute der technisch geschulte Experte gefragt, der moderne Waffensysteme handhaben kann; b) "kombinierte Kriegsführung" aller drei Waffengattungen anstelle der Betonung der Rolle der Infanterie, wie zunächst noch im Grenzkrieg gegen Vietnam geschehen; c) "Regularisierung" der Armee durch Festlegung genauer Regeln, präziser Ausbildungsgänge, eines formalen Rangsystems und entsprechender Uniformen, durch

Disziplinargerichtsbarkeit; d) Verjüngung des Offizierskaders und Verbesserung der Ausbildung als "strategische Aufgaben"; die neuen Offizieranwärter werden entweder direkt von den Hochschulen rekrutiert oder aber in den über 100 Akademien der Volksbefreiungsarmee herangezogen.

Teil der "militärischen Modernisierung" ist auch die Umwälzung der inneren Organisation der VBA: Die Zahl der Militärregionen wird gegenwärtig drastisch verkleinert, überflüssige Stäbe werden aufgelöst, und vor allem: Die Volksbefreiungsarmee muß den Übergang von den Kompanien zu größeren, aus allen Waffengattungen zusammengesetzten Einheiten als Kampfverbänden bewältigen. Die Kompaniestruktur der VBA hatte sich im Volkskrieg gegen die japanischen Besatzer und anschließend gegen die Guomindang bewährt; die Kompanien sind quasi große Familien, in denen die Soldaten lebten und in denen sie bis-

China schließt Nuklearabkommen mit den USA

Bei seinem kürzlichen Besuch in den USA hat der chinesische Staatspräsident Li Xiannian ein Abkommen über nukleare Zusammenarbeit unterzeichnet, das den US-Kraftwerksbauern angeblich den Bau von zwölf Kernkraftwerken in der Volksrepublik China sichert. Das schon seit Jahren ausgehandelte Abkommen war für den US-Kongress erst akzeptabel, nachdem die Volksrepublik China die Nichtweitergabe von nuklearem Know How an Pakistan zugesagt hatte. – (wom)

Südafrika/Azania: Bergarbeiter beschließen Streik

500 Delegierte der Gewerkschaft der schwarzen Bergarbeiter (NUM) haben am 4.8. die über 60000 schwarzen Bergarbeiter in allen Gold- und Kohlegruben in Südafrika/Azania ab 25. August zu einem unbefristeten Streik aufgerufen. Gleichzeitig unterstrichen die Delegierten der über 100000 Mitglieder starken NUM ihre Forderung nach sofortiger Aufhebung des Ausnahmezustands. Sollte das Kolonialregime bis zum 25.8. den Ausnahmezustand nicht aufheben, so wollen die Bergarbeiter ihren Streik um Boykottaktionen gegen alle Geschäfte im Besitz von Weißen ergänzen. Die Bergarbeiter fordern eine Erhöhung ihrer elenden Löhne (1983: ca. 377 DM im Monat) um 40%, eine Gefahrenzulage und die Abschaffung der "job reservation", nach der qualifizierte und besser bezahlte Arbeiten Weißen vorbehalten sind. Vor zwei Wochen hatte die Bergarbeitergewerkschaft eine Urabstimmung unter ihren Mitgliedern durchgeführt, bei der sich eine große Mehrheit für einen Streik ausgesprochen hatte. Kurz darauf hatte

das Regime den Ausnahmezustand verhängt. – Auf einem Bundesjugentreffen hat die Jugend der IG Bergbau und Energie einen Spendenauftrag zur Unterstützung der NUM beschlossen. – (rül)

Indonesien: KP-Kämpfer hingerichtet

Nach 17 Jahren Haft hat das indonesische Militärregime, das 1965 unter tatkräftiger Mithilfe des US-Imperialismus die nationalistische Sukarno-Regierung stürzte und dabei hunderttausende Arbeiter und Bauern vor allem chinesischer Abstammung sowie

zahlreiche Mitglieder der KP Indonesiens abschlachten und Zehntausende inhaftieren ließ, den Gewerkschaftsführer Mohammed Munir, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI), hingerichtet. Ebenfalls längst zum Tode verurteilt und jetzt plötzlich von der Hinrichtung bedroht sind die PKI-Führer Sutardjo, Rustomo und Djoko Untung sowie weitere PKI-Kader, darunter ein Jugendführer. Sie alle waren 1968 in Ost-Java verhaftet worden, als die Armee einen Versuch der PKI-Kämpfer zerschlug, sich im Dschungel wieder zu formieren. – (wom)



Aus Protest gegen die offensichtliche Zensur eines Fernsehfilms über Nordirland aufgrund des Drucks der britischen Regierung haben die Journalisten beim BBC-Fernsehen beschlossen, am 7. August – dem geplanten Sendetag – zu streiken. Die Techniker sowie die Journalisten des Privatsenders ITN schlossen sich dem Streikaufruf an. Der BBC-Vorstand hatte, nach Protesten von Innenminister Brittain, einen Film abgesetzt, der unter anderem ein Interview mit Sinn-Fein-Mitglied Martin McGuinness enthält, aber auch Stellungnahmen pro-britischer Loyalisten aus Nordirland. Bei Redaktionsschluß war noch nicht über einen Kompromißvorschlag entschieden, den Film mit Zusätzen "über die Konsequenzen der IRA-Gewalttaten" (Financial Times) zu zeigen. Bild: Belfaster Innenstadt nach einem Bombenangriff der IRA. – (hef)

lang vor allem als Einzelkämpfer ausgebildet wurden. Über die Kompanien stellte sich eine enge Beziehung zu den Bauern oder Arbeitern in den umliegenden Siedlungen her. Mit dem forcierten Einsatz neuer Waffensysteme, den kombinierten Operationen aller Waffengattungen ist die Kompaniestruktur obsolet, wird die Rolle spezialisierter Offiziere und Experten gegenüber den einfachen Soldaten gestärkt. Diese Änderungen im Gefüge der Volksbefreiungsarmee müssen zu Widersprüchen führen.

Bislang war das Selbstverständnis der VBA durch die Erfahrungen der revolutionären Kriege geprägt; die Organisationsstruktur, die Ausbildung der Soldaten und der Offiziere, die politische Erziehung entsprachen der strategischen Konzeption vom Volkskrieg und deckten sich mit den Erfahrungen aus den revolutionären Kriegen. Schlagworte wie "Dem Volke dienen" entsprachen durchaus dem

Selbstverständnis der Volksbefreiungsarmee und ihrem Ansehen unter den Massen, auch wenn es immer wieder Korruptionsfälle etc. in der Volksbefreiungsarmee gegeben hatte. In der Auseinandersetzung mit Peng Dehuai, bis 1959 Verteidigungsminister, hatten Mao Zedong und Lin Biao an der VBA als Volkskriegsarmee festgehalten, die eingeführten Rangabzeichen wieder abgeschafft und in der Kulturrevolution die Produktions- und Verteidigungsaufgaben der Volksbefreiungsarmee betont. Jetzt steht die Volksbefreiungsarmee mit ihrem bisherigen Verständnis, ihren bisherigen Schwerpunkten zur Disposition. Die "militärische Modernisierung" beinhaltet zwangsläufig, daß das Offizierskorps eine abgesonderte Elite von militärischen Spezialisten wird – mit Kasinos und anderen, aus stehenden Heeren bekannten Einrichtungen. Der einfache Soldat versteht sich nicht mehr als "revolutionärer Kämpfer", sondern bestenfalls als Spezialist an einem Waffensystem, dem außerdem noch ein in seinen Privilegien gestärktes Offizierskorps im Nacken sitzt. Schließlich hat die modernisierte VBA keine Zeit mehr zur produktiven Tätigkeit; aus der Massenlinie wird die Kasernenlinie.

Bislang offen in der Debatte um die "militärische Modernisierung" ist die künftige Stellung der Volksmiliz neben einer derart professionalisierten VBA. In seiner Rede vor dem Nationalen Volkskongress im letzten Herbst betonte Ministerpräsident Zhao Ziyang die Notwendigkeit der Volksmiliz. Unklar sind ihre Aufgaben: Handelt es sich um Polizeiaufgaben, oder soll sie tatsächlich die Massen zum Volkskrieg erziehen – neben einer ultramodernen Volksbefreiungsarmee?

Quellenhinweis: China aktuell, 3/84, 4/85; Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; Süddeutsche Zeitung, div. Ausgaben – (wom)

* Veröffentlichungen *

Friedensarbeit im Betrieb

Unter diesem Titel ist im Hamburger VSA-Verlag ein lesenswertes Buch erschienen. Neben Erfahrungsberichten von betrieblichen Friedensinitiativen (Hösch, VW Kassel, Salzgitter) enthält das Buch eine nützliche Untersuchung der Rechtsprobleme gewerkschaftlicher Friedensaktivitäten und politischer Betätigung im Betrieb.

Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit dem Thema "Sozialabbau und Aufrüstung". Anhand einer Untersuchung der Bundeshaushalte seit 1980 werden die ökonomischen, sozialen und politischen Zusammenhänge von Sozialabbau und Aufrüstung dokumentiert. Es wird aufgezeigt, wie die von der Bundesregierung vorgenommenen Verschiebungen im Haushalt die massive Expansionspolitik der westdeutschen Kapitalisten befördern und militärisch absichern. Die enorme Aufrüstungspolitik der Bundesregierung läßt sich jedoch nicht allein mit der Notwendigkeit militärischer Sicherung westdeutscher Investitionen im Ausland begründen, wie in diesem Kapitel dargestellt. Die Kriegsvorbereitungen der Bundesregierung und die regierungsoffizielle Wiedervereinigungskampagne finden keine Erwähnung.

Ein ausführliches Kapitel ist der westdeutschen Rüstungsindustrie gewidmet, insbesondere werden die Entstehung und Bedeutung der beiden großen Rüstungskonzerne MBB und Daimler-Benz untersucht. Jedes Kapitel ist mit einem ausführlichen Quellennachweis versehen. (Friedensarbeit im Betrieb – Handbuch für gewerkschaftliche Friedenspolitik, VSA-Verlag Hamburg, 16,80 DM –ano)

Militärgeistlichkeit im Gleichschritt

Anlässlich der Überreichung des Buches "De officio – Zu den ethischen Herausforderungen des Offizierberufs", herausgegeben vom Ev. Kirchenamt für die Bundeswehr im Luth. Verlagshaus Hannover, schimpfte Wörner über Kräfte in der evangelischen Kirche, die sich für die Verweigerung des Kriegsdienstes einsetzen: "Was sich hier an doktrinärer Einseitigkeit, Intoleranz und Selbstgerechtigkeit breit macht, ist kaum mit den Geboten christlicher Brüderlichkeit, Toleranz und Nächstenliebe zu vereinbaren. Wir dürfen diesen Stimmen nicht das Feld überlassen ..." Keinesfalls, so auch die evangelische Militärseelsorge, indem sie beweist, daß sie fest an der Seite der Generalität steht. Das Buch "De officio" (lateinisch, etwa "von Pflichts wegen") läßt in 43 Beiträgen die aktuelle Führungs-

elite der Bundeswehr und der Militärgeistlichkeit zu Wort kommen. Adressaten sind vor allem junge Offiziere.

Ministerium und Truppenführung arbeiten schon länger an der Heranzüchtung eines Offiziertyps, der sich auf die "ethischen Werte" seines Daseins als führender Soldat bezieht und deshalb auf den Gefechtseinsatz brennt. Dies geschieht in Abgrenzung zu dem aus der SPD/FDP-Regierungszeit stammenden Offiziersbild des "Technokraten", der seinen Job erledigt und ansonsten das angenehme Leben seiner Dienstgradstellung genießt. Mit diesem Buch springt die Seelsorge den militärischen Führern hilfreich zur Seite.



Militärbischof Lehning überreicht Wörner das im Juni erschienene Buch.

Der Nachwuchsoffizier erfährt, daß die Leistungsfähigkeit des Offiziers kriegsentscheidend ist wie auch seine persönliche Haltung ("Beim Waschen der Erste, beim Essen der Letzte" und "Im Einsatz der Tapferste"), daß er Verantwortung über das Leben vieler wie auch für das "Ganze" hat (und auch vor Gott, fügt der Pfaffe hinzu), daß er sich gegenüber Verfassung und Vorgesetzten loyal verhalten muß, daß er einer freien Gesellschaft dient, daß es bei der Ausbildung Untergebener auf Drill ankommt und dieser auch noch aus "Einsicht" befolgt werden soll und schließlich, daß er "Mut zur Erziehung" braucht, indem er alle Tätigkeiten immer an der "Realität des Gefechts" ausrichtet.

Es ist wirklich bemerkenswert, wie unisono Generäle und hohe Militärgeistliche das Offizierskorps ermahnen, skrupellos und entschlossen, die Soldatentugenden hochhaltend, sich und ihre Einheiten auf jederzeitigen Kriegseinsatz einzustellen. Ein solcher Offizier hat dann die ethischen Herausforderungen seines Berufes erkannt und entspricht dem Willen Gottes. – (jok)

Gewerkschaftsbeschlüsse gegen Faschismus

"40 Jahre danach – Gewerkschaften kontra Faschismus und Krieg" heißt eine Broschüre, in der Positionen der Gewerkschaften dokumentiert werden. Das Bändchen enthält Beschlüsse von Gewerkschaftstagen der Jahre 1982-84, die zumeist Forderungen zu Frieden, Entspannung und Abrüstung aufstellen. Mehrere Beschlüsse enthalten die Forderung "Keine Frauen in die Bundeswehr". Die geringe Be- fassung mit sozialen Fragen in diesem Zusammenhang offenbart eine Schwäche der Gewerkschaften, wenn sie die Position der Arbeiterbewegung gegen die Kriegsvorbereitungen der Kapitalisten zu bestimmen suchen. Der Band wird ergänzt durch Reden, Aufrufe, Kommentare von Gewerkschaftsfunktionären und Journalisten. Abgedruckt ist der gemeinsame Appell der Schriftstellerverbände in der BRD und der DDR zum 1. September 1983, die feststellen, daß mit den neuen Atomraketen "zum erstenmal von deutschem Boden aus Ziele in der Sowjetunion direkt angegriffen werden" können. (40 Jahre danach – Gewerkschaften kontra Faschismus und Krieg, Nachrichten-Reihe 34, Nachrichten-Verlags-Gesellschaft, März 1985, 6,00 DM – anl)

Tagung gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen

Ende letzten Jahres fand die erste bundesweite Arbeitstagung gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen statt. Jetzt ist eine Dokumentation darüber erschienen. Sie ist sehr lebenswert für alle, die sich um die Organisierung von Arbeitslosen bemühen, drückt sie doch die Widerstände aus, die es von Gewerkschaftsseite her gibt und auch die Forderungen, die die Arbeitslosengruppen an gewerkschaftliche Mitarbeit stellen und die Forderungen zur Verbesserung ihrer Lage als Arbeitslose.

Vertreter von ca. 50 gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen nahmen an der Konferenz teil, über die Hälfte der Teilnehmer waren ehemalige Vertragsleute, Betriebs- oder Personalräte. Breiten Raum nahm die Diskussion der aufzustellenden Forderungen ein. Verabschiedet wurden u.a.: Arbeitslosengeld von 80% während der gesamten Dauer der Arbeitslosigkeit bzw. ein bedarfsorientierter Grundbetrag (mind. 1000 DM); vollständige Finanzierung der Arbeitslosenversicherung durch die Unternehmen; Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch Organe der Arbeitnehmer und Arbeitslosen; Abschaffung der Zwangsarbeit; generelle Abschaffung von ABM. Diese Forderung war am meisten umstritten.

Der zweite Teil der Tagung war bestimmt von der Frage, welche Arbeits- und Vertretungsmöglichkeiten

es für Arbeitslose in den Gewerkschaften gibt. Die Teilnehmer beschlossen einen umfangreichen organisationspolitischen Forderungskatalog. Die Vorbehalte, die in vielen Gewerkschaften gegen die Organisierung von Arbeitslosen bestehen, werden in der Broschüre breit dokumentiert, ebenso die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten der Arbeitslosen, wie sie in den Satzungen der Einzelgewerkschaften vorhanden bzw. nicht vorhanden sind. Am Ende wurde beschlossen, einen bundesweiten Koordinationsausschuß zu bilden, der das nächste Treffen vorbereitet. (Dokumentation, Erste bundesweite Arbeitstagung gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Arbeitsloseninitiative Lage-Lippe e.V., Schulstr. 12a, 4937 Lage/Lippe, 5,00 DM – mpu)

IMSF-Strategiedebatte wenig hilfreich

Das Buch enthält die Materialien einer Tagung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), die von diesem zum Thema: "Situation und Perspektive der Gewerkschaftsbewegung" am 10./11. November 1984 durchgeführt wurde. Eingangs sind je zwei Referate und Koreferate zur Bilanz des Arbeitskampfes um die 35-Stunden-Woche und "Zukunftsfelder der Gewerkschaftspolitik" abgedruckt. Danach folgen die Einstiegsbeiträge zu drei Arbeitsgruppen und die anschließende Berichterstattung. Neben dem IMSF waren u.a. Redakteure wie "Revier", "Probleme des Klassenkampfes", "Sozialismus", Gewerkschaftsfunktionäre und Hochschullehrer beteiligt. Kontroversen, z.B. in der Beurteilung des Ergebnisses der letzten Arbeitskämpfe, den Möglichkeiten gewerkschaftlicher Kämpfe gegen die Angriffe der Kapitalisten vor allem mit der "Flexibilisierung", werden deutlich. Die Probleme und worauf eine Einigung möglich ist, bleiben aber sehr allgemein. So zur Absicht des Kapitals, die Gewerkschaft als kollektiven Kampfverband auszuhöhlen, Abschlüsse je nach Branche, Betriebsgröße und Kampfkraft der Belegschaft zu vereinbaren. Oder zum Interesse der Reaktion an stärkerer Differenzierung des Arbeiterkörpers. Die Bedeutung der "technischen Intelligenz" und des Angestelltentbereichs im Zusammenhang mit der "Neuen Technik" wird stark diskutiert, hingegen findet die Differenzierung nach unten nach Einkommen und Verschleiß und die Aufgaben einer Bündnispolitik zu diesem Problem wenig Beachtung. Der Versuch, den Begriff "Linkskräfte" im Zusammenhang mit Aufgaben der Bündnispolitik zu klären, bleibt inhaltsleer. (Zur Zukunft der Gewerkschaften, Hrsg. IMSF, Ffm, Verlag Marxistische Blätter 1985; 260 Seiten, 10,80 DM – düb)

Gesundheitswesen

Blüm will "Selbstbeteiligung" schon ab Herbst 1985

Blüms "Überlegungen" in der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen im Frühjahr konzentrierten sich im wesentlichen auf folgende Punkte: Der Leistungskatalog der Krankenversicherungen sollte bis Herbst 1985 durchforstet und "sachfremde Leistungen" (z.B. "Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein") genannt werden, um sie in Zukunft von der Versicherungsleistung auszuschließen. Für die Arzneimittel sollten Preisvergleichslisten eingeführt und zugleich die Kontrolle der Verordnungsweise der Ärzte verschärft werden. Der wesentlichste Punkt in Blüms zehn Thesen zur Gesundheitspolitik waren jedoch seine Ausführungen bzw. Festlegungen zur Einführung einer "Selbstbeteiligung" in den gesetzlichen Krankenversicherungen durch die Versicherten.

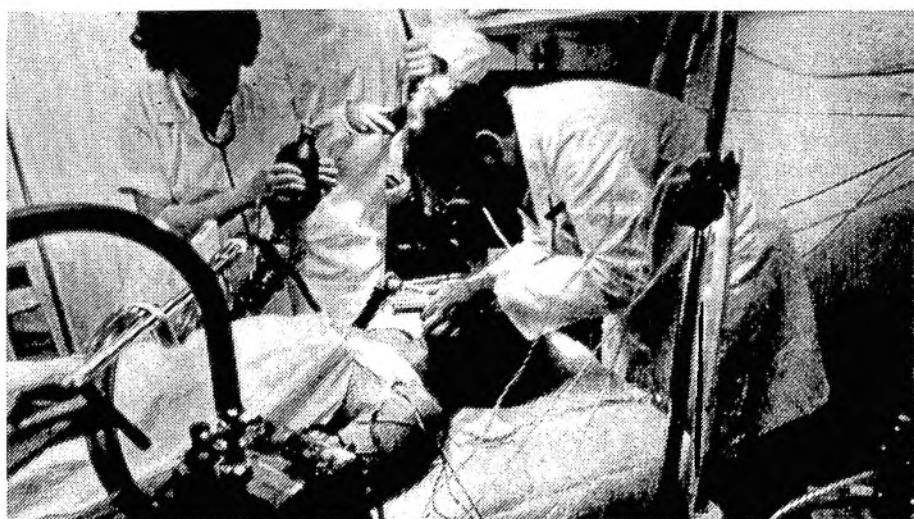
Bereits in der Frühjahrssitzung wurde in der Diskussion um die "Selbstbeteiligung" eine neue Stufe erreicht und zwar deshalb, weil das erste Mal seit Gründung der BRD von Regierungsseite hier eine eindeutig "positive" Stellungnahme zur Selbstbeteiligung vorliegt. Der CDU-Arbeitsminister will eine "Selbstbeteiligung", wenn folgende Voraussetzungen durch sie erfüllt werden:

"1. Das Inanspruchnahmeverhalten der Versicherten wird gesteuert. 2. Die Selbstbeteiligung muß sozial verträglich und gesundheitspolitisch unbedenklich sein und 3. den Krankenkassen oder dem Staat sollen darüber keine zusätzlichen Einnahmequellen verschafft werden."

Die Selbstbeteiligung wird schon seit gut einem Jahrzehnt mit Unter-

stützung verschiedener "wissenschaftlicher Gutachten" aus den Kreisen der Reaktion von den Kapitalistenverbänden und vor allem den Kapitalisten in der Pharmaindustrie lauthals gefordert. Sowohl die gesetzlichen Krankenversicherungen nach der RVO als auch die Ersatzkassen hatten sich in den vergangenen Jahren immer strikt dagegen ausgesprochen, ebenso verschiedene ärztliche Verbände. Seit Blüms Thesen im Frühjahr hat sich die Lage aber ziemlich geändert. Die Kapitalisten haben Blüms These über ihren "Bundesverband der Arbeitgeber" in die Forderung nach sofortiger Einführung der "Selbstbeteiligung" einmünden lassen. Die bisherigen Gegner einer "Selbstbeteiligung" lassen plötzlich verlauten, man müsse sie zumindest überdenken. Karl Kaula, Vorsitzender des Verbands der Angestelltenkrankenkassen, hat auf einer Tagung des Verbandes im Juni in Nürnberg sinngemäß erklärt: Unter den genannten Blümschen Voraussetzungen wäre eine Selbstbeteiligung zu akzeptieren. Wenn sich alle, die eine Ausweitung von Selbstbeteiligungen fordern, an Blüm orientieren würden, drücke das einen breiten sozialpolitischen Konsens aus. Die Vorbehalte der Angestelltenkrankenkassen gegen Eigenbeteiligungen seien jedenfalls mit Blüms Eckpunkten ausgeräumt.

Die Landesärztekammer Bayerns fordert schon seit Jahren, in den Krankenkassen "den Festbetrag durch eine an den Kosten orientierte Beteiligung abzulösen", und hat jetzt im Juli diese Forderungen erneut publiziert. Die Bundesärztekammer hat durch ihren Präsidenten Vilmar ebenfalls im



Für ambulante Behandlung anstelle der stationären soll der Arzt zukünftig eine "Kopfprämie" erhalten.

Juli in der "Wirtschaftswoche" erklären lassen: "Statt Negativisten wäre es redlicher, man würde durchgehend eine prozentuale Selbstbeteiligung einführen für Arznei- wie für Heil- und Hilfsmittel". Der Landesverband der Allgemeinen Ortskrankenkassen in Bayern hält zwar die "Selbstbeteiligung" immer noch für etwas "bedenklich", lehnt sie aber nicht mehr prinzipiell ab wie in den vergangenen Jahren. Die AOKs haben ebenfalls in den letzten Monaten darauf hingewiesen, daß auf 50 Prozent der Rezepte 85 Prozent der Gesamtkosten entfallen. Diese wiederum kommen aber nur von 20 Prozent aller Versicherten, die zum jetzigen Zeitpunkt bereits bezüglich der Rezeptgebühren zum großen Teil als Härtefälle von der Eigenzahlung befreit werden mußten. Allerdings das sogar soll kein Hindernis sein, alle Leistungsbereiche darauf zu überprüfen, wo "Selbstbeteiligung" sinnvoll und kostensparend sein könnte. Hans Sitzmann, Geschäftsführer der AOKs in Bayern, hat die Sache noch weiter getrieben und gefordert, man solle sich überlegen, ob es nicht sinnvoll sei, Ärzte quasi zu "belohnen", die a) weniger Arzneimittel und billigere als bisher verschreiben und b) ihre Patienten nicht stationär einweisen, sondern ambulant behandeln.

Hinzukommt, daß die Bourgeoisie die "Ergebnisse einer Studie" in die Verbände ausstreut. Die Studie läuft seit 1974 in den USA unter dem Namen "Krankenversicherungsstudie der Rand Corporation". 8000 Personen nehmen daran teil und sind in 4 Gruppen eingeteilt. Dabei zahlt die eine Gruppe keinen Zuschuß zu den Krankheitskosten, die übrigen einen Anteil von 25, 50 oder 95 Prozent. Ergebnis: Die Ausgaben der Gruppe ohne Kostenbeteiligung sind angeblich um 16 Prozent höher als die Ausgaben der Gruppe mit 25 Prozent Kostenbeteiligung und etwa 60 Prozent höher als diejenigen der Gruppe mit einem 95 Prozentanteil. Die bourgeois Wissenschaftler ziehen daraus für die BRD den Schluß, daß eine 25prozentige Selbstbeteiligung den Kassen runde zwölf Prozent Ausgaben sparen würden. Verschwiegen wird dabei, daß in dieser Studie Personen über 62 Jahre ganz fehlen und vor allen Dingen auch, daß in der Gruppe der hohen Eigenbeteiligung eindeutig medizinisch gefährliche Unterversorgung eingetreten ist.

Es dürfte keine Spekulation sein, wenn man davon ausgeht, daß sich im Vorfeld der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen für den Herbst die bourgeois Propaganda zur Durchsetzung einer weiteren Eigenbeteiligung der Lohnabhängigen an den entstehenden Krankheitskosten weiter verstärken wird. Dabei dürfte es sich im wesentlichen um zwei Punkte handeln, auf die das Augenmerk zu legen ist.

Eine weitere Eigenbeteiligung der Lohnabhängigen an den entstehenden Krankheitskosten, die "sozial verträglich" ist, gibt es nicht. Blüm will auch damit im wesentlichen einen "Verlagerungs- und Lenkungseffekt" erzielen. Dieser Effekt besteht letztlich darin, daß der Kranke wegen der sonst fällig werdenden Zahlung medizinisch nötige Versorgung gar nicht mehr in Anspruch nehmen kann. Der von der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung durchgesetzte Beitragsschlüssel zwischen Lohnabhängigen und Kapitalisten mit Halbierung der Beitragssummen entfällt. Die Kosten werden von den Kapitalisten weggenommen, komplett auf die Lohnabhängigen gewälzt und dort wiederum dann von den Gesunden auf die Kranken. Analysen der gesetzlichen Krankenversicherungen haben aber unzweifelhaft ergeben, daß in den letzten Jahren in der BRD nur 17 Prozent der Versicherten

gangen wird. Jemand doch, der sich krank fühlt, wird letzten Endes den Arzt aufsuchen, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, ob er eine "bagatellierte" oder "ernsthafte" Krankheit hat. Wie schwer die Krankheit ist, stellt sich in der Regel sowieso erst später heraus. Der Kranke wird allerdings dann nicht mehr den Arzt aufsuchen, wenn es seine materielle Lage nicht mehr zuläßt.

Insofern wird – gelingt es der Bourgeoisie, gegen den Widerstand der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften, diese Eigenbeteiligung durchzusetzen – ein ziemlich brutaler Vorgang einsetzen: Die Lebenschancen kranker Menschen werden drastisch sinken, insbesondere die Alten und die Lohnabhängigen mit Einkommen aus den Niedriglohngruppen werden am einschneidendsten davon betroffen sein. Genau das ist auch das Ziel der Bourgeoisie, da diese Gruppen



Durch eine weitere Eigenbeteiligung sollen große Teile der Rentner aus den Krankenversicherungen herausgelöst werden.

76 Prozent aller Aufwendungen verursachten. Das deutet eindeutig darauf hin, daß ausschließlich Kranke die Leistungen in Anspruch nehmen müssen. Nachdem das Blüm auch bekannt sein durfte, zielt die Eigenbeteiligung für die Lohnabhängigen nicht nur darauf ab, den Kapitalisten Kosten sparen zu helfen, sondern über diese "Kostendämpfung" ganze Teile der Arbeiter und Lohnabhängigen, vor allen Dingen die Rentner, aus den Versicherungen und deren Leistungen herauszulösen.

Und damit gibt es auch keine "gesundheitspolitisch unbedenkliche" weitere Eigenbeteiligung an den Versicherungen. Die Bourgeoisie gibt in ihrer Propaganda immer das ehrwürdige Ziel vor: Man müsse natürlich "schwere Krankheitsfälle" nach wie vor versorgen, die "Selbstbeteiligung" soll bloß gewährleisten, daß nicht mit jeder "Bagatelle" gleich zum Arzt ge-

diejenigen sind, die viel medizinische Leistung in Anspruch nehmen müssen. Die Alten, weil sie durch die Arbeit verschlissen wurden, die Arbeiterinnen und Arbeiter aus den Niedriglohngruppen, weil sie die schweißigste und anstrengendste Arbeit verrichten müssen. Man kann für die Konzertierte Aktion im Herbst davon ausgehen, daß Blüm versuchen wird, über eine Einigung über prozentuale Beteiligung in einzelnen Leistungsbereichen, der prozentualen pauschalen Eigenbeteiligung näher zu kommen.

Quellenhinweis: Bayerisches Ärzteblatt 7/85; Wirtschaftswoche 29/85; Rede Karl Kaula auf der Mitgliederversammlung des Verbands der Angestellten-Krankenkassen, Nürnberg 13.6.85; Wirtschaftliche Orientierungsdaten für die Empfehlungen zur Konzertierten Aktion des Bundesministers für Arbeit und Soziales vom 8.3.85. – (kag)

Aktionsbündnis gegen "Hindenburger"-Treffen

Essen. 6000 nahmen nach offiziellen Angaben am 3./4. August am 17. "Hindenburger Heimattreffen" in Essen teil, das alle zwei Jahre von der Stadt Essen in enger Zusammenarbeit mit dem landsmannschaftlichen "Vertretungsausschuß Hindenburg" organisiert wird. Essen ist "Patenstadt" über "Hindenburg", wie die polnische Stadt Zabrze von 1915 bis 1945 hieß. Nachdem ein Antrag der Grün-Alternativen Liste (GAL) auf Kündigung der Patenschaft vom Stadtrat bereits zweimal vertagt wurde, haben u.a. das Essener Friedensforum, die VVN/BdA, DKP, GAL, Humanistische Union und Volksfront diese Forderung in einem gemeinsamen Flugblatt bekräftigt, das auch an die Teilnehmer des Treffens verteilt wurde. NRW-Arbeitsminister Heinemann (SPD), der die revanchistische Veranstaltung durch seine Teilnahme unterstützte, brach seine Rede vorzeitig ab, weil er von reaktionären und faschistischen Kräften ständig unterbrochen wurde. Der Vertreter der Stadt ließ es dennoch bei seiner Erklärung: "Die Stadt steht zu der Patenschaft." Der "Heimatkreisvertrauensmann" bedankte sich: "Man muß Gönner haben." – (wof)

Schülerunion und "Schlesier": "Volk ohne Raum" in der BRD

Göttingen. In der Zeitung der Schülerunion "SU-Feder" Mitte Juli wird eine Rede von einer Veranstaltung der "Oberschlesischen" und "Schlesischen Landsmannschaft" abgedruckt und als "hervorragend" bezeichnet, in der die Nazi-Parole "Volk ohne Raum" für gültig erklärt wird. "Den nötigen Lebensraum aber können wir nur im menschenarmen deutschen Osten finden." Der Artikel endet mit der NPD-Parole für das Schlesiertreffen in Hannover: "Auf Kohl verzichten wir gerne, auf Schlesien nie!" Als Redakteure der Schülerunion erscheinen jetzt jahrelange Redakteure der NPD-nahen Schülerzeitung "Komet". Ende Juli fährt im Schützenumzug ein Wagen der "Landsmannschaft Schlesien" mit, auf dem Mitglieder der Schülerunion / Redakteure des "Komet" im Wuchs der Schülerburschenschaft "Hansea" die schwarz-weiß-rote Fahne zeigen, die Fahne des großdeutschen Kaiserreichs, in der Weimarer Republik Sinnbild für die Revision der Ergebnisse des ersten Weltkriegs und für die Errichtung einer faschistischen Diktatur. Die CDU kann und will sich inhaltlich nicht distanzieren, sondern verweist auf Kohls Rede beim "Schlesier"treffen und droht den Neonazis mit Ausschluß aus der CDU, was aber auch in der Absicht der Neonazis liegt. Ein Antifaschistisches Komitee bemüht sich um eine Kampagne gegen CDU und NPD zu Schuljahresbeginn. – (kek)



München. Die Ensembles von Resi und Kammerspielen protestierten wie die Mitglieder der Anti-Apartheid-Bewegung und "Frauen für Südafrika gegen Apartheid" vor dem südafrikanischen Generalkonsulat. Die Polizei beschlagnahmte dieses Transparent. Für den 4./5.10.85 ist eine Flugblattverteilung vor Siemens-Betrieben sowie eine Demonstration zur Siemens-Hauptverwaltung geplant. – (dil)

Stadt will BeschFöG nicht anwenden

Mannheim. Der Gemeinderat der Stadt Mannheim hat "zustimmend zur Kenntnis" genommen, daß das Beschäftigungsförderungsgesetz bei der Stadtverwaltung und den städtischen Gesellschaften nicht angewandt wird. Der Beschuß, der gegen die Stimmen der CDU von SPD, Grünen und DKP herbeigeführt wurde, ging auf eine Initiative der Grünen zurück. Diese hatten beantragt: "Die Verwaltung der Stadt Mannheim wird angewiesen, das Entlassungsförderungsgesetz – von der Bundesregierung und der Bundestagsmehrheit 'Beschäftigungsförderungsgesetz' genannt – im Bereich der Stadtverwaltung nicht anzuwenden." Die Antragsteller erinnerten gleichzeitig die SPD an ihr Abstimmungsverhalten im Bundestag zu diesem Gesetz. OB Widder umging die Abstimmung dieses Antrags, indem er sich die Bestätigung der "ohnehin geplanten" Nichtanwendung des Gesetzes einholte. In der Presse ließ er dann verlauten, man könne mit dem Beschuß gut leben. – (tht)

Berufsverbot aufgehoben, CSU läuft Sturm

München. Zum 1. Juli 1985 wurde das DKP-Mitglied Luise Poblotzki nach achtjährigem Rechtsstreit – und daraus resultierendem Berufsverbot – beim Allgemeinen Sozialdienst der Stadt München als Sozialarbeiterin eingestellt. Nach Abschaffung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz ist dies die erste Revidierung eines Berufsverbots, das in der Amtszeit des CSU-OB Kiesl verhängt wurde. Der SPD-OB Kronawitter steht jetzt unter starkem Beschluß durch die CSU, die "aufsichtsrechtliche Schritte" durch die Regierung von Oberbayern gegen ihn einleiten möchte. Kronawitter hat in einer Erklärung

"Neuer Kurs der Stadtpolitik" daran erinnert, daß er den "Vollzug des Radikalenerlasses" zwar liberalisiert habe, jedoch "Verfassungsfeinde nach wie vor bei der Stadt abgewiesen" werden. Die DKP sucht weiter die Aktionseinheit mit der SPD zum Schutz der Bayerischen Verfassung vor der CSU. – (dil)

Polizeigroßeinsatz gegen selbstverwaltetes Zentrum

Paderborn. In der Nacht zum Samstag, den 27.7.85, führte die Polizei einen Großeinsatz gegen das alternative Kultur- und Kommunikationszentrum (KuKoz) durch. Ausgangspunkt waren angeblich Beschwerden von Anwohnern über zu laute Musik. Die Polizei nahm den Discjockey und mehrere weitere Personen in diesem Zusammenhang fest. Daraufhin führten etwa 60 KuKoz-Besucher eine Demonstration zum Polizeigebäude durch, um die sofortige Freilassung der Festgenommenen zu fordern. Der Einsatzleiter gab nun Großalarm für den Regierungsbezirk Detmold aus. Die Festgenommenen wurden wieder freigelassen. Zwei Stunden später, um 2.30 Uhr, durchsuchten dann ca. 80 Polizisten ohne Hausdurchsuchungsbefehl "wegen Gefahr im Verzug" die Räume des Zentrums. Ein Handsprechfunkgerät war ihnen angeblich bei den Festnahmen verlorengegangen. Die Polizei fand nichts. Im Durchsuchungsprotokoll war von der Suche nach einem Funkgerät gar nicht die Rede. Wahllos sind auch die Personalien von den Besuchern und Mitarbeitern des KuKoz aufgenommen worden. Die Gewerkschaft der Polizei hat die sofortige Schließung des KuKoz gefordert. Inzwischen sind Strafanträge gegen eine ganze Reihe von Leuten gestellt worden, wegen Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Diebstahl, Körperverletzung und Gefangenbefreiung. – (rav)

Kinderkrippen, Kindergärten

Kommunale Dienstleistung für Arbeiter zu teuer und eine Rarität

München. Der SPD-OB Kronawitter hat kürzlich den "neuen Kurs der Stadtpolitik" nach einer Ära der CSU-Herrschaft unter dem OB Kiesl wie folgt umschrieben: "Die neue Stadtpolitik ist gekennzeichnet durch folgende Merkmale:

- Die Gleichbehandlung aller Bürger wird praktiziert – gegen die Bevorzugung einzelner.
- Die Liberalität wird wieder in den Vordergrund gerückt – gegen die Bevorzugung einzelner.
- Überfälliges wird angepackt und auf den Weg gebracht – heiße Eisen werden nicht mehr liegen gelassen."

Die Erziehung von Kleinkindern und Vorschulkindern taucht bei Kronawitters Sommerpausenüberblick nicht auf und dies dürfte mehrere Gründe haben. In München gibt es zur Zeit

dürfte bei niedrigeren Gebühren noch steigen. Das Bayerische Kindergartengesetz regelt die Finanzierung mit derzeit jeweils ein Drittel der Kosten für Träger, Kommune und Land. Für die betroffenen Eltern ist dies "ein heißes Eisen", das die SPD leider noch nicht angepackt hat.

Ein weiterer Grund dürfte die im Juni dieses Jahres im Münchener Gemeinderat stattgefundene Neufestsetzung der Kindergartengebühren gewesen sein. Bislang bestand beim Elternbeitrag die Regelung, daß bei einem Jahresbruttoeinkommen der Familie unter 18000 DM der Kindergarten beitragsfrei war. Berücksichtigt werden muß, daß bei diesen 18000 DM das 13. Monatsgehalt, Urlaubs-, Weihnachtsgeld, Zuschläge mit einbezogen sind. Bis zum jährlichen Brutto-

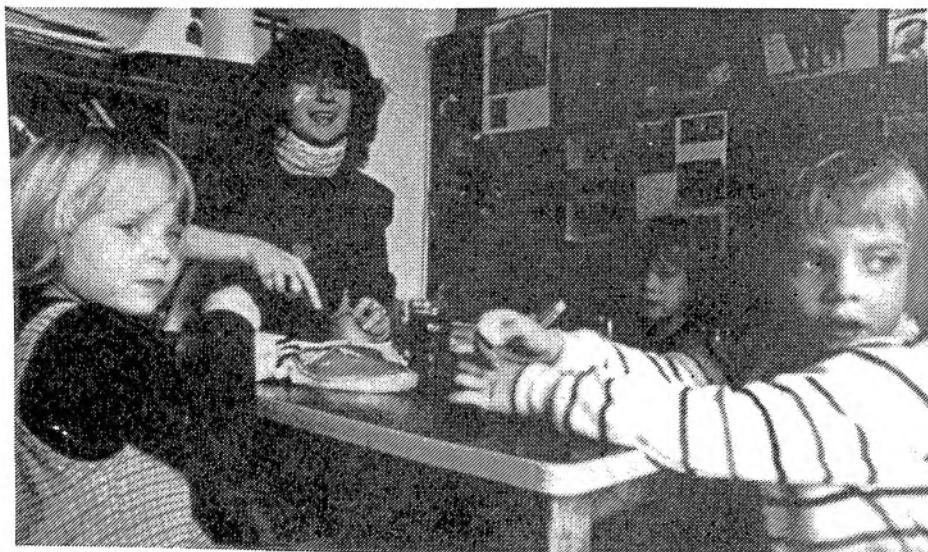
ten vom Tisch" wären. Die CSU konnte bei dieser Auseinandersetzung um die Kindergartengebühren durch Kronawitters Gebührenerhöhungsvorschlag ihr "soziales Image" für Kinder und Familie leicht aufbessern und als Gegner von Gebührenerhöhungen profilieren. Die FDP nahm die knallharte "Wirtschaftsposition" ein und verlangte, daß die Kostendeckung auf 14% festgelegt wird.

Die Grünen/ALM vertraten die "Position:

– ein Kindergarten ist keine Wirtschaftseinrichtung, die auch nur annähernd kostendeckend arbeiten kann und muß. Ein Kindergarten ist eine Bildungseinrichtung. Und eine Bildungseinrichtung hat kostenlos zu sein. Schulgeld ist abgeschafft in der BRD. Deshalb ist eine unserer langfristigen Forderungen ein Nulltarif für Kindergärten, wie ihn die Gemeinde Unterföhring bereits seit 1984 hat. Andere Großstädte in Bayern haben zumindest um 20 bis 30% niedrigere Höchstsätze."

Ein Antrag mit dieser Position würde jedoch mindestens die Auseinandersetzung mit dem Bayerischen Kindergartengesetz notwendig machen. Über die Finanzierung haben sich die Grünen/ALM noch nicht geäußert – und dies bei 1986 stattfindenden Landtagswahlen in Bayern.

Quellenhinweis: SZ vom 26.6.85; Münchner Statistik 1/85; DGB-Broschüre – (dil)



Die GRÜNEN/ALM fordern langfristig den Nulltarif für Kindergärten

8759 städtische Kindergartenplätze. Dieses Jahr betrug die Anmeldung 4442 Kinder. Mangels Kindergartenplätzen kann über 1400 Kindern dieses Jahr kein Kindergartenplatz zugewiesen werden. Insgesamt (mit kirchlichen Trägern, Arbeiterwohlfahrt, Paritätischem Wohlfahrtsverband und Privaten sowie Elterninitiativen) betrug 1983 das Kindergartenangebot bei insgesamt 64292 Kindern unter sechs Jahren 18823 Kindergartenplätze (hinzukommen 2353 Kinderkrippenplätze), wobei von 21078 betreuten Kindern 12194 Kinder nur halbtags versorgt wurden. Betriebskindergärten gibt es gerade drei mit 73 Plätzen und Betriebskinderkrippen ebenfalls drei mit 81 Plätzen.

Trotz der eher hohen Kindergartengebühren ist die Nachfrage nach einem Kindergartenplatz hoch und diese

einkommen von 30001 DM und mehr erfolgte dann eine Staffelung von 20 DM bis zu 100 DM Höchstbetrag. Das Essensgeld beträgt pro Tag 3 DM, beim Spielgeld werden Spenden erwartet.

OB Kronawitter und sein Stadtkämmerer kamen nun mit dem Vorschlag zum Gemeinderat, daß die unterste Einkommensgrenze, wo der Nulltarif zur Geltung kommt, bei 21000 DM gesetzt wird und die Staffelung die niedrigeren Einkommen begünstigt. Die Finanzierung sollte "kostenneutral" durch eine 35%ige Erhöhung von 100 DM auf 135 DM bei Jahreseinkommen von 54000 DM aufwärts bewerkstelligt werden. Im Gemeinderat gab es für diesen Vorschlag keine einzige Stimme. Die örtliche Presse versuchte den Eindruck zu erwecken, daß damit die "höheren Kindergartengebüh-

Betriebsversammlung fuba

Antrittsgelder und Freizeit: Mittel gegen Überstunden

Hildesheim. Am 19.7. eröffnete der Betriebsrat die dritte Betriebsversammlung dieses Jahres bei fuba. Die Berichtspalette des Quartals reichte von Entlassungen, Sonderabschichten, Überstunden und Ausfallzeiten bis hin zu Einstellungen, Höhergruppierungen und erkämpften Zulagen.

Die Auseinandersetzungen des Betriebsrates und der Belegschaft mit der Geschäftsleitung waren und sind geprägt von "Expansionsstimmung" und Betriebsgemeinschaftsduseleien. Die Auftragslage sei sehr angespannt, so der Vertreter der Geschäftsleitung, und hinke mindestens 20% hinter den Erwartungen her. Das läge am ungeklärten Investitionsgefahren des Hauptauftraggebers, der Bundespost. Die Richtung des Technologieeinsatzes unterliege einer noch nicht abgeschlossenen Diskussion, Folgeaufträge für 1985/86 ließen auf sich warten.

Die fuba-Kapitalisten hatten 1984/85 ihr bestes Geschäftsjahr seit 15 Jahren, die Investitionen für Rationalisierungsmaßnahmen, Mechanisierung der Fertigung und Computerein-

satz stiegen um 130% auf über acht Mio. DM an – darin enthalten ist auch eine neue Fertigungshalle mit etwa vier Millionen DM Kosten.

Scharf kritisierte ein Sprecher der Vertrauenskörperleitung (VKL) die Gebahren des neuen Fertigungsleiters Keller. Der jungdynamische Diplomingenieur hatte im Mai 20 Frauen in der Antennenmontage doppelte Schicht fahren lassen und sich anschließend lapidar "entschuldigt". Außerdem ließ er Überstunden anordnen, nachdem in der Fertigung über 30 Entlassungen ausgesprochen wurden. Die VKL schlug vor, in Zukunft Überstunden durch Freizeit abzugelten (innerhalb von vier bis sechs Wochen) und die Prozente auszuzahlen. Die wiederholt gefahrenen Samstagssonder schichten müßten abgebaut werden. Dagegen könnten zusätzliche pauschale Antrittsgelder, z.B. 50 DM für die üblichen sechs Stunden, gefordert werden. Der Betriebsrat arbeite an so einer Betriebsvereinbarungsvorlage, die VKL werde nach dem Urlaub eine Umfrage starten, welche Beträge der Belegschaft vorschwebten.

Ein anderes Mitglied der VKL rief die Belegschaft zur weiteren Unterstützung der südafrikanischen Gewerkschaften auf und gab bekannt, daß bis zum Antikriegstag weiter gesammelt werden soll. Die VKL werde einen Brief für totalen Wirtschaftsboykott Südafrikas an Bundesregierung und Bundestag senden. – (mal)

Landesregierung NRW

Bundesratsantrag zum Arbeitsförderungsgesetz

Düsseldorf. Am 14.6.1985 wurde im Bundesrat von der Mehrheit der CDU/CSU-regierten Länder ein von der SPD-Landesregierung NRW eingebrachter "Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Arbeitslosen vor sozialem Abstieg" niedergestimmt. Der Entwurf hat die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeitslosen zum Ziel. Er bietet Anhaltspunkte für gewerkschaftlichen Kampf, ganz im Gegenteil zu dem sonst von Ministerpräsident Rau gepredigten "Solidarpakt mit Arbeitslosen" unter der Lösung "Arbeit für alle". Auch Leistungskürzungen, die die SPD-Bundesregierung vorgenommen hatte, sollen zurückgenommen werden.

Ausdrücklich wird die Ausgrenzung von immer mehr Arbeitslosen aus der Versicherung und die Kürzung von Versicherungsleistungen kritisiert, die dazu führen, daß immer mehr Arbeitslose auf Sozialhilfe angewiesen sind. "Das ... selbstverständ lichste Ziel ... Absicherung bei Arbeitslosigkeit ... muß wieder in den Mittelpunkt ... gerückt werden ..." (Begründung der Landesregierung)

Gefordert wird die Rücknahme der Kürzung von Lohnersatzleistungen von 68% auf 63% für Arbeitslose ohne Kinder, bzw. von 58% auf 56% bei Arbeitslosenhilfe. Weiter sollen 180 Tage Beschäftigung nötig sein (bisher 360), um einen Mindestanspruch auf Arbeitslosengeld zu erhalten, bei Ausdehnung der Bezugsdauer auf eineinhalb Jahre (jetzt ein Jahr). Diese Vorschläge finden ihre Begründung in der Ausdehnung von kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen.

Der Bezug von Arbeitslosenhilfe soll für einige Personengruppen ohne vorherige Beitragszeiten möglich sein: Absolventen von berufsbildenden Schulen, Fachhoch- und Hochschulen; Partner einer aufgelösten Ehe; Selbständige. Bei der Bedürftigkeitsprüfung soll künftig ein Freibetrag von 225 DM pro Woche gelten, seit 1969 waren es unverändert 75 DM. Die Herabminderung bei längerer Bezugsdauer von Arbeitslosenhilfe soll ausgeschlossen sein.

Die Sperrzeit soll wieder auf vier Wochen gekürzt werden, nachdem die SPD-Bundesregierung sie auf acht Wochen erhöht hatte und die jetzige Regierung auf zwölf. Unterhalts geld bei Umschulungsmaßnahmen kann auch wieder an Arbeitslose gezahlt werden, die keine Beiträge gezahlt haben.

Allerdings sieht der Entwurf auch eine Ausweitung des Personenkreises vor, der in AB-Maßnahmen gesteckt werden soll: neben Beziehern von Arbeitslosengeld oder -hilfe auch Sozial hilfeempfänger. Die Kosten der Änderungen, nach Berechnungen der Landesregierung rd. 5,1 Mio. DM, soll zunächst der Bund übernehmen, mittelfristig ist aber an eine "allgemeine Sonderabgabe" gedacht, statt die Kapitalisten zur Kasse zu bitten.

Die Landesregierung hat noch nicht entschieden, wie und ob der Entwurf weiter verfolgt wird. Nach Auskunft der Pressestelle wird er evtl. von der SPD-Bundestagsfraktion aufgegriffen.

Quellenhinweis: Bundesratsdrucksache 177/85 – (syb)

Albrecht-Politik

Die Einkommen unter die Sozialhilfe senken

Hannover. Die niedersächsische CDU-Landesregierung hat ein 220 Mio. DM schweres "Beschäftigungs programm" beschlossen. Einen Schwerpunkt dieses Programms bildet ein brutaler Angriff auf den Einkommensstandard der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Bereits seit 1984 werden in Niedersachsen Lehrer neu nur noch auf 3/4-Stellen eingestellt. Die geringe gewerkschaftliche Ge genwehr gegen die damit verbundene

Absenkung der Lehrerbesoldung hat die Albrecht-Regierung ermuntert, jetzt alle in den öffentlichen Dienst Einzustellenden dieser Maßnahme zu unterwerfen; ausgenommen davon werden nur Polizei- und Steuerbeamte. Erst nach zwei bis fünf Jahren Teilzeitbeschäftigung (20 bis 30 Stunden) erwerben Beamte einen Anspruch auf eine volle Planstelle. Angestellte und Arbeiter, die sowieso nur zum Teil unbefristete Teilzeitarbeitsverträge bekommen, sollen sich mit der Zusicherung zufriedengeben, daß ein Vollzeitarbeitsplatz für sie ange strebt wird.



Gartenarbeiter LG III, verheiratet, 2 Kinder für 1 421 DM netto

Zum 1. August wurden 960 junge Be amte und Angestellte auf 640 Stellen in den Landesdienst eingestellt. Die Kommunen sind aufgefordert, entsprechend zu verfahren. Ein 18-jähriger unverheirateter Regierungsassistent verdient nach der neuen Regelung nicht mehr wie bisher 1900 DM brutto, sondern lediglich 1400 DM. Die Absenkung der Einkommen unter den Sozialhilfesatz wird möglich: Ein 30-jähriger verheirateter Zeitsoldat mit zwei Kindern, der als Stadtassistent anfängt, würde als "Dreiviertelkraft" 1708 DM verdienen; der Sozial hilfebedarfssatz bei 600 DM Miet belastung liegt bei 2014 DM. Ein Gartenarbeiter der Lohngruppe III im selben Familienstand würde ganze 1 421 DM erhalten.

Die Bezirksverwaltungen Niedersachsen und Weser-Ems der ÖTV haben sich gegen diese "Beschäftigungsinitiative" ausgesprochen und wenden sich insbesondere gegen die zwangs weise Einführung von Teilzeitarbeit und die damit verbundene Einkommenssenkung. Sie kritisieren die steigende Arbeitsbelastung bei Teilzeit arbeit und fordern Vollarbeitsplätze auf tarifvertraglicher Grundlage im öffentlichen Dienst. Die "Grünen im Landtag", die das "Beschäftigungsprogramm" anfangs als "Windei" ver harmlost hatten, sprechen inzwischen von "Ausbeutermethoden". – (kar)

Krankenpflegeschüler

Aktionen gegen die Senkung der Ausbildungsvergütung

Westberlin. Seit Bekanntwerden der Pläne der Bundesregierung, die Ausbildungsvergütung für die Schüler in der Krankenpflege/-hilfe und Hebammenausbildung ab 1.9. drastisch zu senken (siehe Politische Berichte 13/85), finden Aktionen von Krankenpflegeschülern statt. Neben vereinzelten Protesten von Unterrichtskursen verschiedener Krankenhäuser fanden am 18.7. in neun städtischen Krankenhäusern und drei Universitätskliniken Teilpersonalversammlungen statt, an denen sich insgesamt 1500 Schüler beteiligten. Etwa 500 davon demonstrierten anschließend zum Sitz des Innensenators Lummer (CDU) und überreichten dort eine Protestresolution. Am 23.7. erreichten

SPD hat sich gegen die Vergütungssenkung ausgesprochen und will aktiv werden.

Am 31.7. und 1.8. haben neue Verhandlungen über den Manteltarifvertrag für Krankenpflegeschüler in Stuttgart stattgefunden, über deren Ergebnis bei Redaktionsschluß noch nichts bekannt war.

Bereits im letzten Jahr hatte der Dienstherr in den Tarifverhandlungen versucht, von der ÖTV die Zustimmung zur Senkung der Ausbildungsvergütung in der Krankenpflege um 25% zu erzwingen. Dies wurde abgewehrt. Jedoch wurde bereits 1977 die Ausbildungsvergütung für Krankenpflegeschüler von ursprünglich 75 auf 66 2/3% der Bemessungsgrundlage ge-

nennt der Dienstherr u.a. die im neuen Gesetz zur Krankenpflege vorgesehene Erhöhung der theoretischen Unterrichtsstunden von 1200 auf 1600 (in Westberlin werden schon seit 1980 1600 Unterrichtsstunden erteilt). Der Streit um dieses Gesetz dauert jedoch schon mehr als zehn Jahre und ist auf ein europäisches Übereinkommen zur Angleichung der Ausbildung im Krankenpflegebereich zurückzuführen. Inhaltlich geht es vor allem um die Frage, ob die Ausbildung der Krankenpflegeschüler mehr einen schulrechtlichen oder arbeitsrechtlichen Charakter trägt. 1974/75 lagen Gesetzentwürfe vor, die eine Einbeziehung in das Schulrecht vorsahen. Dies hätte wesentliche Verschlechterungen für die Krankenpflegeschüler zur Folge, und die Ausbildungsbedingungen könnten nicht mehr tarifvertraglich geregelt werden. Die ÖTV protestierte energisch dagegen und erreichte – nachdem auch das Bundesarbeitsgericht 1976 urteilte, daß es sich um ein arbeitsrechtliches Verhältnis handle, auf das das Berufsbildungsgesetz (BBiG) anzuwenden sei –, daß ein Entwurf 1978 in diesem Sinne abgeändert wurde. Im Laufe der nächsten Jahre wurde diese Position ständig verwässert, und das jetzige Gesetz schließt die Anwendung des BBiG ganz aus. Ferner soll es keine Anwendung auf die Krankenpflegeschulen der Kirchen finden, die einen wesentlichen Teil der Ausbildungskapazitäten haben.

Die Senkung der Ausbildungsvergütung hat unmittelbar mit dem neuen Krankenhausfinanzierungsgesetz (ab 1.1.85) und der neuen Bundespflegesatzverordnung zu tun. Da jetzt Krankenkassen und Krankenhäuser im voraus die Pflegesätze aushandeln und nicht mehr nach dem Selbstkosten-deckungsprinzip verfahren, sondern für die Krankenhäuser das sog. Gewinnshöpfungsprinzip eingeführt ist (Gewinne können die Krankenhäuser behalten, Verluste müssen sie selbst tragen), versuchen die Verwaltungsleiter der Krankenhäuser verstärkt, Personalkosten einzusparen. In Westberlin ergäbe sich bei rund 3500 Krankenpflegeschüler pro Jahr eine Einsparung von 15 Mio. Mark, für das gesamte Bundesgebiet hat die ÖTV 1 Mrd. DM errechnet.

Der Dienstherr verspricht als "Gegenleistung" die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Die Erfahrungen von 1977 haben gezeigt, daß der Anteil der Krankenpflegeschüler am Pflegepersonal sogar gesunken ist. Da die Krankenpflegeschüler nach dem neuen Gesetz auf das Personal angerechnet werden (was bereits jetzt fast überall geschieht, aber in keinem anderen Ausbildungsberuf), kann auch gar keine Erhöhung der Ausbildungsplätze erfolgen, es sei denn, man erhöht auch die Zahl der Pflegekräfte, und das ist ja wohl nicht beabsichtigt. – (har)



Schüler demonstrieren gegen die Senkung der Ausbildungsvergütung, zuletzt fand eine Demonstration am 31.7. statt.

Schülerdelegierte aus zehn Westberliner Krankenhäusern ein Gespräch mit Lummer und trugen ihm ihre Forderungen vor. Auch bezirklich "besuchten" Delegationen die Gesundheitsstadträte und forderten die Zurücknahme der Senkungsabsichten.

Die Westberliner ÖTV hat sich sofort hinter die Proteste der Krankenpflegeschüler gestellt und vor allem die Mitglieder in der Abteilung Krankenhäuser mobilisiert. Auf einer Pressekonferenz am 22.7. versicherte der ÖTV-Bezirksvorsitzende Hackbarth, daß die ÖTV den Kürzungsplänen nicht zustimmen werde. Mittlerweile haben sich auch die Hauptjugendvertretung und der Hauptpersonalrat der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegen die beabsichtigte Kürzung ausgesprochen und Senator Lummer aufgefordert, die Richtlinien nicht zu übernehmen. Auch die Westberliner

kürzt.

Eine wesentliche Besonderheit dieser Berufsausbildung besteht darin, daß Krankenpflegeschüler im 18. Lebensjahr sein müssen, bevor sie in die Schule aufgenommen werden. In diesem Alter sind bereits die meisten Jugendlichen von zu Hause ausgezogen und haben einen eigenen Haushalt mit entsprechend hohen Reproduktionskosten. Ein nicht unwesentlicher Teil der Krankenpflegeschüler ist sogar wesentlich älter, zum Beispiel die Umschüler. Indirekt wird hier also auch ein Stück konservativer Familienpolitik betrieben. Im neuen Krankenpflegegesetz ist außerdem die Residenzpflicht (Kasernierung) vorgesehen. Eine Sache, die gut in die Militarisierung des Gesundheitswesens paßt.

Zur Begründung für die geplante Senkung der Ausbildungsvergütung

Automobilbranche**IGM-Studie:
Belegschaften schrumpfen**

Heilbronn. Ende 1984 hat die IG Metall eine Schrift "Vorschläge der IG Metall zur Beschäftigungssicherung und zur Strukturpolitik" für den Bereich der Automobilindustrie vorgelegt.

Eine Studie des PROGNOS-Instituts, Basel, von 1980 kommt zum Ergebnis, daß von 1983 bis 1990 im Bereich der Autokonzerne ein Belegschaftsabbau um 7,6% stattfinden wird. 64% der insgesamt 762 366 Beschäftigten in der Automobilindustrie sind in diesem Bereich tätig. Diese Entwicklung wird vor allem durch eine Rationalisierung, die alle betrieblichen Abläufe zusammen und das Verhältnis zu den Zulieferern zum Ziel hat, bestätigt. Einsparungen bis zu 40% werden von den Autokonzernen in der Entwicklung, bis zu 30% in Rohbau, Preßwerk und Montage gesehen. Neue Technologien verändern nach Ansicht der IG Metall auch die Auswirkungen auf die Arbeitsinhalte. Nicht mehr weitere Zerstückelung sei möglich, sondern gefragt sei der "Durchblick im Kopf des Produktionsarbeiters". Zur Gliederung der Belegschaft kommt z.B. eine AUDI-interne Studie zu dem Schluß, daß sich bis 1990 das Verhältnis von Angelernten zu Facharbeitern von derzeit 75:25 auf 50:50 ändern wird, wobei die Zahl der Angelernten stark abnehmen wird, die Zahl der Facharbeiter bestensfalls gleichbleibt. Die "Maßnahmen zur Beschäftigungsstabilisierung in der Autoindustrie" der IGM beschwören unter Strich eine Notgemeinschaft: Kern der Vorstellungen zur Strukturpolitik ist die Einsetzung eines Branchenausschusses durch die Bundesregierung. "Eine Zukunft nämlich, die nur aus Konfrontation, Beschäftigungs- und Lohnkürzungen sowie wirtschaftlichem Nationalismus bestünde, wäre für uns alle schädlich." Tariflich sollen laufende Überschüsse aus Produktivitätssteigerungen für Investitionen in Humanisierung der Arbeit und in eine Bildungsoffensive zur besseren Qualifikation eingesetzt werden. Schließlich wird das DGB-Beschäftigungsprogramm als Gesamtkonzept unterstrichen. Es fällt auf, daß die voll im Gang befindliche Flexibilisierungskampagne mit keinem Wort erwähnt wird. Genausowenig fand Beachtung die Neufassung der Arbeitszeitordnung und das Beschäftigungsförderungsgesetz. Die Funktionärzeitschrift "Der Gewerkschafter" 7-8/85 behandelt die Auswirkungen der Flexi-Kampagne mit Arbeit rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche. Jedoch wird auch hier das Problem den Betriebsräten und Tarifkommissionen aufgehalst, die die Flexibili-



Automobilmontage: noch vorwiegend Handarbeit.

lisierung eindämmen sollen. Da das Beschäftigungsförderungsgesetz nach dem Flexi-Durchbruch im Tarifkampf 1984 eingeleitet wurde und inzwischen z.B. Baden-Württemberg aus den bisherigen Erfahrungen neue Gesetzesvorstöße bis Ende dieses Jahres ankündigt, muß sich die IG Metall auf der "politischen Ebene" deutlich mehr und anderes vornehmen, um den kollektiven Schutz von Gesetzen und Tarifen gegen schrankenlose Ausbeutung (wieder)herzustellen. Einschränkende Zwangsgesetze zur Arbeitszeit sind nötig.

Quellenhinweis: Beschäftigungsrisiken in der Autoindustrie, Frankfurt, 1984; Der Gewerkschafter, 7-8/85; versch. Audi-Broschüren. — (bes)

Ehrenprofessur**Studenten: Keinen Ehrendoktor für Nazi-Professor!**

Hamburg. Im Wintersemester 1984/85 wurde dem Krebsforscher Prof. Druckrey die Ehrendoktorwürde der Universität Hamburg durch den Fachbereich Medizin verliehen. Zuvor waren einige Studenten des Fachbereichs Medizin dem Wirken von Druckrey im Faschismus auf die Spur gekommen und beantragten deshalb im Fachbereichsrat, die Ehrung zumindest solange zu verschieben, bis durch weitere Recherchen totale Klarheit über Druckreys Vergangenheit bestehe. So war vor der Verleihung schon bekannt, daß Druckrey seit 1931 Mitglied der NSDAP und Mitglied der SA als Oberführer war. Der Fachbereichsrat lehnte ab und ehrte Druckrey aufgrund der Proteste der Studenten im Oktober 1984 heimlich und im kleinsten Kreise. Seit Frühjahr 1985 liegen dem Fachschaftsrat und dem Fachbereichsrat weitere Dokumente über Druckrey vor. Der Fachbereichsrat hat bis jetzt aber immer noch nicht Abstand von der Ehrung genommen. Der Fachschaftsrat Medizin hat hin-

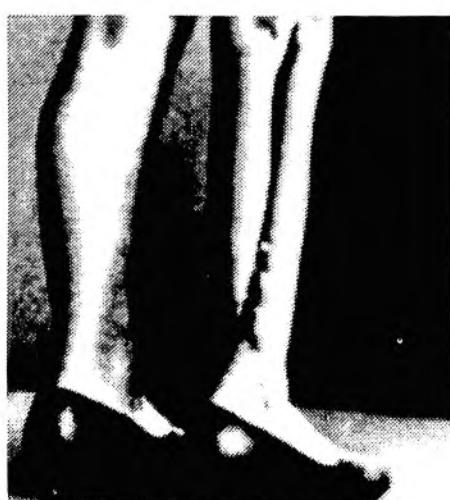
gegen eine "Dokumentation über den SS-Kriegsforscher Prof. H. Druckrey" erstellt mit der Forderung, Druckrey sofort den Ehrendoktor abzuerkennen.

Stationen Druckreys im Faschismus waren:

1937-1942 führende Position im NS-Dozentenbund. Träger des Ehrenzeichens des NS-Studentenbundes. 1943 wurde Druckrey freiwillig SS-Arzt eines Regiments. Im Jahre 1944 erfolgte dann die Berufung zum Leiter eines pharmakologischen Instituts der Polizei in Wien. Direkter Dienstherr von Druckrey war der Chef des Sanitätswesens der Ordnungspolizei Prof. Brandt (Generalleutnant der Waffen-SS und Hitlers Leibarzt). Druckrey sollte in diesem Institut, wie er in seinem Lebenslauf schreibt, "eine Forschungsstelle für kriegswichtige Fragen" einrichten. Dabei gehörten Versuche, die der Entwicklung von Kampfgasen dienlich waren, genauso zu Druckreys Tätigkeiten wie die Zusammenarbeit z.B. mit dem Entomologischen Institut der SS und der Polizei in Dachau (Entomologie ist Insektenkunde). Im KZ Dachau fanden Versuche an Menschen mit Malariaerkrankungen statt. Malaria wird von einer bestimmten Mückenart übertragen).

Druckrey gehörte also zu der Sorte "Wissenschaftler", auch Elite genannt, die die barbarische Herrschaft des Faschismus rechtfertigten und propagierten. Viele Professoren des Universitätskrankenhauses Eppendorf hält all dies jedoch nicht von einer Ehrung ab. Es bezeugt ihre Bereitschaft, sich Staat und Kapital bedingungslos zu verpflichten. Als besonders patientenfreundlich gilt so mancher von ihnen nicht.

Quellenhinweis: Dokumentation zur Person des SS-Kriegsforschers Druckrey (3 DM). Bezug: Fachschaftsrat Medizin, Uni-Klinik Eppendorf, Martinistr. 52, 2000 Hamburg 20. — (stg)



Medizin im Faschismus: Grausame Menschenversuche waren an der Tagesordnung. (Bild: KZ Ravensbrück)

Faschist Deckert "in kritischer Solidarität zur CDU":

Im reaktionären Sumpf finden Neonazis und Junge Union zusammen

Weinheim. Die 42000-Einwohner-Stadt umfaßt mehrere industrielle Großbetriebe mit großem Einzugsbereich. Besessen und im Griff gehalten wird Weinheim von der Familie Freudenberg. Sie beutet noch ca. 8000 Beschäftigte (1/3 der Gesamtzahl der Arbeitsplätze Weinheims) am Ort selbst aus, weltweit inzwischen rund 22000 – mit 3 Mrd. DM Umsatz ein doch stattliches Familien-Imperium.

Mitglieder des Familienclan spielen in allen bürgerlichen Parteien eine Rolle. Natürlich sitzt ein Freudenberg auch im Stadtrat – als stv. Fraktionsvorsitzender seiner "Freien-Wähler-Vereinigung" (FWV; in Weinheim gemeinhin unter "Freudenberg-Wahl-Verein" laufend). Die FWV ist, wie in Baden-Württemberg üblich, politisches Sammelbecken und v.a. Bündnis des großen und mittleren ansässigen Geldes.

So wird denn die Stadt auch durch ihr Kleinbürgertum, die Handwerksbetriebe und deren Besitzer geprägt; der Konzern läßt ihrer Geschäftigkeit in punkto "Lokalkolorit" den Vortritt. Sie pflegen, was bodenständig und heimatverbunden ist. Deutsches wird allseits geehrt. Die Stadt ist voll gepflastert mit reaktionären und revanchistischen Denkmälern und Denkstätten: die Wachenburg, von den schlagenden Verbindungen des "Weinheimer Senioren Convent" (ca. 60 Verbindungen, ca. 1600 "Aktive" und 11000 "Alte Herren") als "Convent-Stätte" hoch über der Stadt erbaut, die Jahr für Jahr an Himmelfahrt von den Corps regelrecht besetzt wird; einige kleinere und zwei monströse Kriegerdenkmäler inmitten der Innenstadt: Weltkrieg I und 1870/71.

In diesem Weinheim wird seit ca. 1970 der Neonazi Günter Deckert politisch groß, wird Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten, befiehlt vor Ort deren Bandentätigkeit gegen Antifaschisten im ganzen Rhein-Neckar-Raum, gegen Jugendzentren, gegen den Stadtjugendring. Ende der siebziger Jahre macht er sich auf (als "Garant der kämpferischen Position" der "nationalen Bewegung"), der alten, "laschen" Parteiführung das Fürchten zu lehren, sie zu stürzen; scheitert damit auf dem NPD-Parteitag in Ketsch 1979.

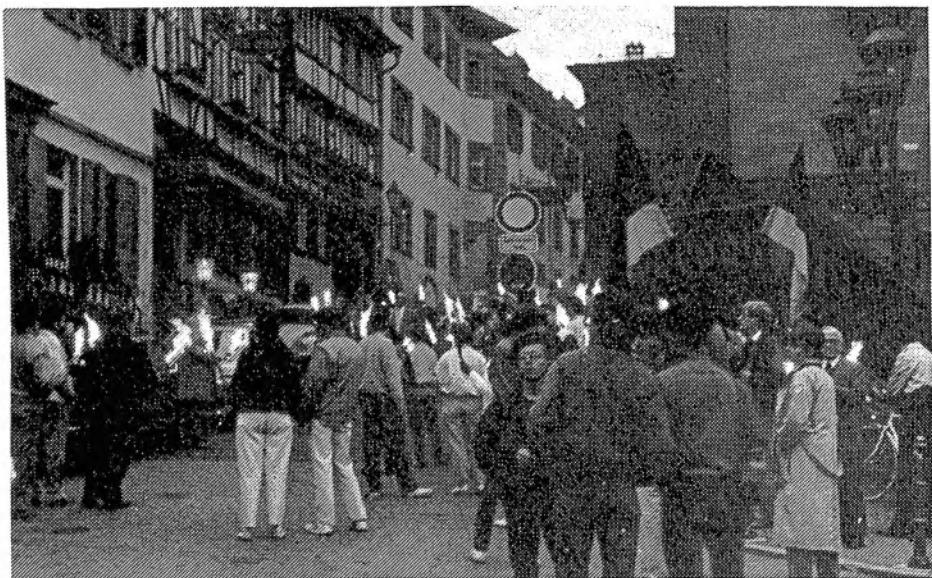
Seit 1975 aber sitzt er schon im Stadtrat in Weinheim, 1974 hatte er (als einziger Gegenkandidat gegen den Freudenberg-Allparteien-Kandidat Giebelmann – FWV) 25% der Stimmen bei der OB-Wahl (bei 50% Wahlbeteiligung) erhalten; 1980 wird er als NPD-Stadtrat wiedergewählt.

Etwa 1982 macht ihn der Odenwald-

Klub (dessen Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien angehört und in dieser Funktion bei JU-Veranstaltungen hetzt) zum Jugendwart. Hier macht er als Wanderführer, mit Vorträgen über "die Heimat in Mitteldeutschland", über Sonnwendfeuer und altes Brauchtum von sich reden.

1982 tritt Deckert aus der NPD aus, widmet sich bundesweit der Begründung von Ausländerhetze, veröffentlicht in mehreren reaktionären und faschistischen Zeitschriften (u.a. Nation Europa), schreibt u.a. sein "Handbuch Ausländerstopp gegen Über-

die Grünen behauptet, daß die Wahlzulassungs-Unterschriftenlisten bei CDU-Teilen, insbesondere der JU gekreist seien. Die JU hatte auf die Aufstellung einer eigenen Liste nach einer Klausurtagung verzichtet, jedoch ein eigenes Programm zu den Kommunalwahlen veröffentlicht. Die JU Oberflockenbach distanziert sich öffentlich von der "rot-schwarzen Kungelei", als CDU und SPD in der Vorortgemeinde Hochsachsen den "Wahlsieger FWV ausgebootet" und die Ortsvorsteherposten unter sich ausgemacht hatten.



Ca. 50 beteiligen sich am Fackelzug am 17.6.; an der Kundgebung nimmt auch Neo-Nazi Deckert teil.

fremdung". 1984 schließlich gründet er die "Deutsche Liste", kandidiert erneut zum Stadtrat "für eine wohnliche Deutsche Gemeinde," und wird erneut wiedergewählt.

Schon die ganzen Jahre hat Deckert in der örtlichen Reaktion keine Feinde. Auch nicht bei seinem Dienstherrn, dem Kultusministerium von Baden-Württemberg: Er bleibt mit Unterbrechungen als Studienrat im Schuldienst und in Bezügen. Im Stadtrat findet er schon das eine oder andere Mal eine Mehrheit, wenngleich er sich dort auch gelegentlich gegenüber den Mehrheitsparteien als Volkstrieben probiert (z.B. gegen Müllgebühren-Erhöhung). Aber: Seine NPD und JN sind zu dieser Zeit doch nicht gerade hoffähig, einfach zu umstritten, mit zu vielen Prozessen behaftet. Und heute? Auf Deckerts "Deutscher Liste", die "seine bisherige erfolgreiche Arbeit fortsetzen" soll, kandidieren nachgewiesenermaßen zwei bisherige Mitglieder der Jungen Union Oberflockenbach. Unwidersprochen haben

Für die Wahl der Jugendverbands-Mitglieder des Jugendwohlfahrtsausschusses weicht der Gemeinderat auf Antrag Deckerts erstmals davon ab, diese Sitze dem Stadtjugendring zuzubilligen. Junge Union, Junge Freie Wähler und Deckerts Odenwaldklub-Jugend bilden daraufhin eine gemeinsame Gegenliste gegen den StJ.R. Deckert, CDU und FWV sorgen gegen SPD und GAL für Stimmenpatt im Gemeinderat; nur durch Los werden zwei Stadtjugendring-Vertreter bestimmt sowie der JU-Vorsitzende. Der SPD-Fraktionsvorsitzende qualifiziert den Vorgang als Kampfliste von Deckert und wird hierfür von Dieter Freudenberg (FWV) heftig der Ehrverletzung bezichtigt.

Die JU führt zum 17.Juni 1985 eine "Deutschlandwoche" durch unter dem Titel: "Teilung für immer – NIE-MALs". Das Plakat der JU (Bild im Kasten) stellt Deutschland in den Grenzen von 1937 dar, jedoch gleich inkusive des ehemaligen "Memellandes" und Danzig. Über die Veranstal-

tungen und v.a. über die Ortspresse wird nationalistische und revanchistische Hetze propagiert (siehe Kasten). Die JU kritisiert die Bundesregierung, die den Verband der Schlesier bezüglich des Mottos "massiv unter Druck gesetzt", "sich in seine Angelegenheiten eingemischt" habe. Sie besucht das Bundestreffen der Ostpreußen-Landsmannschaften an Pfingsten in Düsseldorf, vereinbart kontinuierliche Zusammenarbeit mit der "Gemeinschaft Junges Ostpreußen". Beide Ortsverbände mobilisieren zum Besuch des Schlesier-Treffens am 16.Juni – übrigens ebenso wie Deckert mit seinem "Deutschen Kreis", der im gleichen Zeitraum gleichfalls einige revanchistische Veranstaltungen durchführt.

Am 17. Juni führt die Weinheimer CDU gemeinsam mit der JU einen Fackelzug (Bild) vom einen zum anderen Kriegerdenkmal durch; Deckert nimmt an der Kundgebung teil. Erst nach dem Absingen des Deutschlandliedes entfernen er und seine Anhänger sich und stellen am "Berlin-Denkmal" ("Berlin: 617 km") Plakate

und "Mahnfackeln" auf (die allerdings nach kurzer Zeit verschwunden sind).

Gewiß: Deckert und JU haben sich nicht vereint. Aber das Ganze gibt doch einen Eindruck davon, wie Faschisten und Reaktion an der Herstellung ihrer Front für Rassismus, Reaktion und Krieg schmieden – und wie weit die JU bereits zum neuen Sammelbecken der "nationalen Bewegung" geworden ist.

Und die Gegenseite in Weinheim? Deckert hatte schon immer Antifaschisten, vor allem aus der Jugendbewegung, gegen sich. Große Demonstrationen und Kämpfe hat es früher gegen JN-Parteitage und Ähnliches gegeben. An mehreren Schulen, zuletzt am Carl-Benz-Gymnasium in Ladenburg haben Schüler, Eltern und Lehrer seine Entlassung (erfolglos) gefordert. Gegen Deckerts Ausländerhetze fand zum 30.1.85 eine Aktionwoche statt – die Aktionseinheit umfaßte DKP, GAL, Volksfront, JuSos, Friedensinitiative, VVN, Stadtjugendring u.a.

Gegen die jetzige revanchistische JU-Aktivitäten fand dagegen nicht

viel, vor allem nichts Gemeinsames statt: Die JU-Plakate wurden von der Volksfront vielfach mit Aufklebern verziert: "Revanchismus führt zum Krieg! Polen bleibt polnisch! Anerkennung aller Grenzen!" Die JuSos nahmen gegen "die immer stärker werdenden revanchistischen Bestrebungen in der BRD" Stellung, es sei "bedauerlich, daß genau dieses revanchistische Gerede, das Zweifel an der Unverletzbarkeit der heutigen Grenzen läßt, von der Jungen Union Weinheim und Oberflockenbach aufgegriffen wird". Sogar die Junge Union Lützelsachsen (Vorort Weinheims) äußert sich immerhin gegen "bedenkliche... Eigentumsansprüche auf polnischen Boden östlich der Oder-Neiße-Linie".

Die Möglichkeit, gegen diesen Revanchismus und gegen die Vereinheitlichung von Faschisten und JU darin bündnismäßig tätig zu werden, besteht jedenfalls offensichtlich. Dabei wird es nur von Nutzen sein, sich über die "Taten" Deckerts hinaus intensiv mit seinem Programm zu befassen. – (bef)

Dokumentation: JU Weinheim und Deckert

Junge Union

Thema: Revanchismus
"Für die Junge Union Oberflockenbach kommt eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Westgrenze Polens nicht in Frage ..."

"Die Junge Union Weinheim sieht sich als eigenständige jugendpolitische Kraft, die entschieden für die freiheitliche Grundordnung und darüberhinaus für mehr Nationalbewußtsein und eine stärkere Orientierung an christlich-abendländischen Grundwerten eintrete."

"Millionen von Menschen hätten aber auch nach dem (8.Mai 1945) noch ihr Leben, zumindest aber ihre Heimat sowie Hab und Gut verloren. Das schlimmste Los habe die Bevölkerung in den deutschen Ostgebieten getroffen, die aus ihrer über 700 Jahre angestammten Heimat vertrieben wurden ... Eine einseitige Schuldzuweisung (am WK II) könne nicht aufrechterhalten werden..."

Thema: Ausländerhetze
"Als Wanderarbeiter gehörten diese (Ausländer) nicht zum Volk und könnten deshalb auch nicht über dessen Schicksal mitentscheiden."

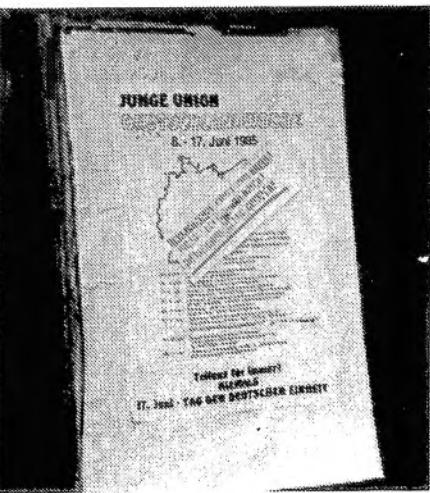
(Zuzugsstopp und Rückkehrförderung sei) "notwendig, da durch den bereits jetzt schon sehr hohen Ausländeranteil in Weinheim (Gefahr der Gettobildung) die Grenzen der Belastbarkeit erreicht sind."

Thema: Kommunales

"In 'kritischer Solidarität' zur CDU: Jahreshauptversammlung bei der

Jungen Union/Weinheim bestätigte Vorstandskurs. – Im Mittelpunkt stand ein umfassender Rechenschaftsbericht über die Arbeit in den vergangenen 15 Jahren sowie eine politische Standortbestimmung des Ortsverbandes ... Mit einem eigenen Programm und insgesamt neun Kandidaten trat die JU auf den ... Listen der CDU vor die Wähler. Auf die Aufstellung einer eigenen Liste hatte man zuvor auf einer Klausurtagung in Miltenberg/Bayern verzichtet ... Für die Zukunft sei es ohnehin wichtig, eine engere Zusammenarbeit mit den Freien Wählern anzustreben, so wie es die Junge Union bereits mit deren Jugendorganisation, der JFWV, praktiziere ..."

Günter Deckert
Thema: Revanchismus
"Die Zusammenfassung fast aller



Das Plakat der JU zur "Deutschlandwoche" – und seine Verzierung.

Deutschen im 3.Reich war nur von kurzer Dauer. Der Kriegsausgang brachte die Zerschlagung, Zerstückelung, Spaltung und Teilung unseres gesamtdeutschen Vaterlandes ... (Für eine Wiedervereinigung) über Zerschlagung des Kommunismus ... mit Hilfe und als Folge des sog. Befreiungsnationalismus ... Über Zonen, über Grenzen, schallt ein Ruf, ein Wille nur; überall wo Deutsche wohnen, hallet hoch und laut der Schwur; Niemals werden wir verzichten ... und das Reich wird neu erstehen ...

Thema: Ausländer

"Die schließlich hier verbleibende Zahl von Ausländern müßte einer Fluktuation (individuelle Höchstverweildauer) unterworfen und den jeweiligen Bedingungen stets neu angepaßt werden ... Arbeitslose Ausländer sollen unter Zahlung eines Übergangsgeldes abgeschoben werden ... Für die Dauer seines Gastaufenthaltes sollte ihm eine Mitführung seiner Familie nicht gestattet sein..."

Thema: Kommunales

"Für eine wohnliche deutsche Gemeinde – Grün ist Leben! ... Wir wenden uns gegen jede weitere Zersiedelung, Industrieausdehnung ... ohne Rücksicht auf die Belastung der Umwelt sowie die Entwicklung der deutschen Bevölkerung ... Ziel ist eine bürgernahe, unbürokratische, wirksame und funktionierende Verwaltung ... Schlüß mit der einseitigen Bevorzugung des Stadtjugendrings durch die Etablierten."
(Quellen: Ortspresse, Flugblätter, verschiedene Jahre.)

Müllmänner wehren sich

Hamburg. Am 18.7.1985 protestierten 110 Müllmänner gegen die Verringerung der Kolonnenstärke von bisher einem Fahrer und vier Mülltonnenträgern auf einen Fahrer und drei Träger. Erst mit zwei Stunden Verspätung und nachdem die Betriebsleitung je einen vierten Träger zuteilte, wurde die Arbeit aufgenommen. Schon die 1/4-Regelung unterläuft den Tarifvertrag, der "in der Regel" 1/5 beinhaltet. Die Müllmänner kündigten weitere Aktionen an, wenn nicht sofort 70 Stellen besetzt werden. Die ÖTV unterstützt den Kampf. – (bab)

40% Lohnkürzung bei Auszubildenden

Heidelberg. Mit der Verabschiedung des neuen Krankenpflegegesetzes zum 1.9. 1985 für die Auszubildenden in der Krankenpflege und -hilfe erklärt die Bundesregierung den bestehenden Ausbildungsentgelttarif für ungültig. Die Dienstherren begründen dies damit, daß der Lohntarif sich auf das "alte" Krankenpflegegesetz stützt und automatisch außer Kraft gesetzt ist mit dem neuen Gesetz. Mit der Tarifaufhebung, die von Seiten der

Essen. Seit dem 24.7. hat die IG Metall in Betrieben des Metallhandwerks NRW zu Schwerpunktstreiks aufgerufen, um die 38,5-Std.-Woche und Lohnerhöhungen durchsetzen. Die Tarifverhandlungen stagnieren seit Monaten. Als ein erstes Ergebnis des Streiks hat die Firma Wächter in Münster einen Haustarifvertrag abgeschlossen. Er sieht die 38,5-Std.-Woche ab 1.7. 1986 und 3,2% mehr Lohn ab 1.6.1985 sowie 250 DM für März– Mai dieses Jahres vor. (Bild: Streik bei Wolters in Oberhausen) – (wof)



ÖTV bestritten und als Angriff auf die Tarifautonomie kritisiert wird, verlangt die Bundesregierung eine Lohnkürzung von 40 Prozent! Andernfalls ist sie nicht bereit, über einen Manteltarif für die Azubis überhaupt zu verhandeln. Die Vorlage des Innenministers im einzelnen: Senkung der Ausbildungsvergütung im 1. Lehrjahr von 879,75 DM auf 551,09 DM (Absenkung 328,66 DM), im 2. Lehrjahr von 984,49 DM auf 618,17 DM (366,32 DM), im 3. Lehrjahr von 1.157,64 DM auf 684,22 DM (473,42 DM). Die ÖTV reagiert jetzt mit Unterschriftensammlungen in den Betrieben und schlägt bundesweite Aktionen für den Herbst vor. – (irs)

Überstunden- bezahlung

München. Der Versuch des Bayerischen Finanz- und Kultusministeriums, an den Universitätskliniken des Freistaates den Ärzten die Überstunden (maximal sechzig Stunden) nicht mehr zu bezahlen, sondern nur noch den Freizeitausgleich zu gewähren, hat zu einem Sturm der Entrüstung bei den Betroffenen geführt. Die Entscheidung mußte zurückgenommen werden. Immerhin wurden an den Kliniken der Universität München um 10,6 Mio. DM im ersten Halbjahr 1985 für Überstunden der Ärzte ausgegeben – ein Betrag, der für das ganze Jahr veranschlagt war. – (rul)

eine befristete Stelle sei ihnen zu unsicher. Schwier hat jetzt angekündigt, "ohne Auflagen" solle eingestellt und später über die Bedingungen verhandelt werden. Die GEW fordert die unbefristete Einstellung bzw. auf fünf Jahre. – (düb)

Tarifabschluß Einzelhandel Schlesw.-Holst.

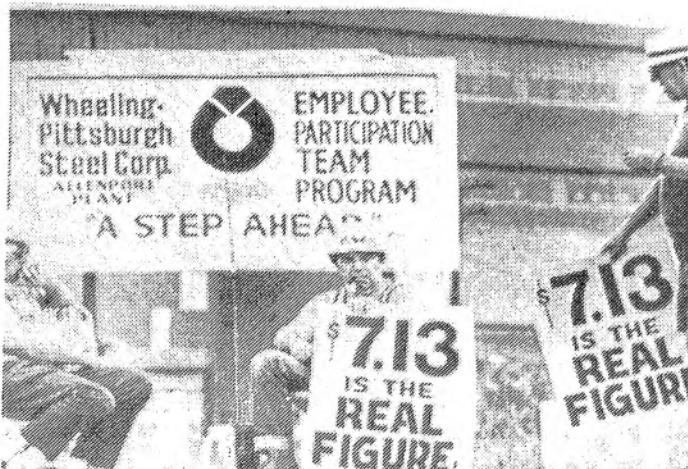
Kiel. Am 9.7. veröffentlichte die HBV über den Abschluß: 38,5-Std.-Woche ab 1.1.1986; Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigen nicht unter 20 Stunden; Übernahmevereinbarung gegenüber Azubis; Erhöhung der Löhne ab 1.8.1985 um 2,5%, ab 1.8.1986 um 2,1%; Erhöhung für Azubis 1985: 16,00/10,00/5,00 DM, 1986: 20,00/15,00/5,00 DM; Geringverdiener haben ab sofort Anspruch auf alle Tarifverträge; "Der Manteltarif sieht die 38,5-Std.-Woche vor. Die Umsetzung muß in Betriebsvereinbarungen erfolgen: – Zusätzliche freie Tage – Absicherung von Teilzeitbeschäftigen". – (brg)

Lehrer lehnen befristete Stelle ab

Köln. Landesweit wollte NRW-Kultusminister Schwier 3.567 Bewerber als Lehrer auf Dreiviertel-Stellen und auf drei Jahre befristet einzstellen. Das Gehalt sollte nur 75 Prozent des normalen betragen. Die Verträge legten den Bewerbern nahe, während der Anstellung eine andere Arbeit zu suchen. Die GEW kritisiert, dieser Plan sei nicht nur ein "Bruch gesetzlicher Vorschriften, sondern auch tarifvertraglicher Bestimmungen". Ein geordneter Unterricht ist jetzt an einigen Schulen zumindest gefährdet, da ein großer Teil der ausgewählten Bewerber die Stelle unter Schwiers Bedingungen abgelehnt hat. So im Regierungsbezirk Köln bis zu 58 Prozent. Einige meldeten sich gar nicht, andere gaben als Grund an,

Landesregierung NRW: Tarifvertrag ohne ÖTV

Düsseldorf. NRW-Finanzminister Posser hat mit der DAG und der "Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes" einen Vertrag über Bildschirmarbeit abgeschlossen hat, den die ÖTV ablehnt. Die ÖTV bezeichnete dies als "politischen Eklat". Zum ersten Mal sei sie bei einem Tarifvertrag übergangen worden. Sie lehnt ihn ab, weil er nur für Beschäftigte gilt, die über 20 Std./Woche am Bildschirm arbeiten. – (wof)



USA: Seit dem 21. Juli streiken die Stahlarbeiter bei der Wheeling-Pittsburgh Steel Corporation. Die Kapitalisten hatten den Tarifvertrag mit der Begründung Konkursgefahr einseitig aufgekündigt und eine Kürzung der Löhne und Versicherungszahlungen um 27% verfügt. Ein Gericht hatte das Vorgehen der Kapitalisten gebilligt. Nach dem Tarifvertrag müssen die Kapitalisten im Durchschnitt 21,40 \$ in der Stunde an Lohn und Versicherungsbeiträgen zahlen. Sie kürzten um 5,85 \$. Dieser Streik ist der erste größere von Stahlarbeitern seit 1959. Bild: Streikposten vor dem Werk in Allenport, Pennsylvania, Protest gegen die Senkung des untersten Lohnes auf 7,13 \$. – (gba)

Rassismus

Wissenschaftsfreiheit hat ihre Grenzen, wo Rassismus beginnt

Stuttgart. Rund tausend Antifaschisten aus Stuttgart und Umgebung verhinderten am 7. Juli die Durchführung einer Veranstaltung mit dem als Rassist bekannten Professor Robert Hepp an der Universität Hohenheim. An der Universität Osnabrück, Abteilung Vechta, ist Hepp Leiter der Forschungsstelle für Phänomenologische Soziologie und Bevölkerungswissenschaft. Vorher hatte er sich an der Universität Saarbrücken auf Polizeiforschung spezialisiert. Seine Schriften erscheinen u.a. bei dem rechtsradikalen Grabert-Verlag in Tübingen, durch den auch die Broschüre "Deutschland ohne Deutsche" veröffentlicht wurde und in deren Begleitschreiben eine "multiethnische und multikulturelle Gesellschaft" für verfassungswidrig gehalten wird. Autoren der Broschüre sind neben Hepp die Professoren Schröcke (München) und Schade (früherer Nazi-Erbgutachter aus Düsseldorf), beide Unterzeichner des "Heidelberger Manifestes". Hepp ist außerdem Mitglied des 1983 gegründeten "Deutschlandrates", dem u.a. auch Altfaschist Schönhuber von den Republikanern und der Historiker Willms angehören, für den die "Nazionalsozialisten in einem beispiellosen Tempo wichtige Probleme lösten" und die Einverleibung Österreichs eine "nationale Großtat" war. Vertrieben werden Hepps Schriften vom "Schutzbund für das deutsche Volk" (SDV), einer Vereinigung, die gegen die "Überfremdung" des deutschen Volkes durch Ausländerintegration und Geburtenrückgang kämpft und sich der Koordination verschiedener neofaschistischer Initiativen für "Ausländerstopp" widmet.

Hepp wurde von der Uni-Leitung in Hohenheim zur einem Gastvortrag im Rahmen des "Studium Generale" eingeladen aufgrund eines von ihm in der katholischen Missionszeitschrift "Stadt Gottes" veröffentlichten Artikels mit dem Titel: "Die Bevölkerungsentwicklung in der BRD kommt einem Selbstmord gleich". Der Artikel ist ein national-reaktionäres Pamphlet für die Verschärfung des § 218, für die vollständige Liquidierung des Sozialsystems, für Rentenkürzung und eine rigorose Ausländer-raus-Politik. Naivität oder Unwissenheit wird man also der Uni-Leitung in Hohenheim nicht zugute halten können, wie es im Verlauf der Auseinandersetzung von verschiedener Seite getan wurde. Vielmehr wollte man mit der Einladung Hepps sozialreaktionäre bis sozialfaschistische Wendepolitik in Reinform unter die Leute bringen. Die zahlreichen Proteste von AStA und Studentenschaft der Uni Hohenheim, von 137 Wissenschaftlern aus Osnabrück, SPD-Landtagsfraktion, den Grünen, Ausländerausschuß, VVN, verschiedenen Ausländerinitiativen und mehreren Frauenorganisationen haben dazu beigetragen, daß der Vortrag schließlich von einer Aktionseinheit verhindert werden konnte. Nach dem erfolgreichen Verlauf der Aktion hagelte es in der Presse Leserbriefe von Reaktionären und solchen, die keine sein wollen, in denen sich über die Intoleranz und das Demokratieverständnis radikaler Gruppen und "türkischer Kommunisten" empört wurde. Begrüßenswert ist dagegen ein Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion Stuttgart, in dem die Stadtverwaltung aufgefordert wird, sich dafür einzusetzen, daß rassistisches und neonazistisches Gedankengut nicht weiter an den Hochschulen und Schulen verbreitet wird und daß "sogenannte Forschung dieser Art in keiner Weise, auch nicht durch Bereitstellung von statistischen Unterlagen und Archivmaterial", unterstützt wird.

Wir dokumentieren im folgenden einige Ausführungen Hepps und Teile der Erklärung von 137 Osnabrücker Wissenschaftlern. — (rac)

Was alles unter "Wissenschaftsfreiheit" subsumiert werden sollte

Nach Hepps Auffassung reiche bei der Propagierung der

Einheit der Nation der Begriff der "Kulturnation" nicht aus. Der Rassenbezug müsse mit aufgenommen werden. "Das 'deutsche Volk' ist eben nicht nur ein 'Kulturphänomen', sondern auch eine biologische Abstammungs- und Fortpflanzungsgemeinschaft." Schließlich sei bewiesen, "daß 'etwa die Hälfte der Variationen im breiten Spektrum der psychischen Charakterzüge einer Bevölkerung auf genetische Unterschiede zurückgeführt werden kann' (Nichols, 1979) ... Das deutsche Volk wäre demnach eine 'Blutsgemeinschaft' ... Genetisch gesehen ist das deutsche Volk also ein eigenständiges historisches Zuchtprodukt, dessen Erhaltung schon aus Gründen des 'Artenschutzes' nicht minder wichtig sein müßte, als die des Ameisenbären oder der Klapperschlange." Selbstredend folgt aus diesen Überlegungen auch die Überlegenheit bestimmter Rassen, denn, so Hepp, "nicht jede Rasse und auch nicht jede 'Kulturgemeinschaft' ist schon ein Volk. Nach Stengel von Rutkowski (ein Nazi-Wissenschaftler, veröffentlichte 1942 die Schrift "Was ist ein Volk? Der biologische Volksbegriff", aus der Hepp hier zitiert, der Verf.), dem wir den brauchbarsten Begriff des 'Volkes' verdanken, 'ist zu jeder Volkwerdung beides nötig: Rasse und Geschichte, Substanz und Kultur'. Die Geburt eines Volkes kann daher ... durch eine 'Erbsubstanz (Rasse), die eines Tages die Kraft zu einer historisch-politischen Umweltgestaltung' aufbringt, eingeleitet werden. Das 'Ziel' ist erreicht, wenn die 'Erbanlagen' einer Population und ihre 'Umwelt' optimal aufeinander abgestimmt sind." (Stichwort: Volk ohne Raum oder Volk ohne Teilung, der Verf.) Ausgehend von diesem rassistischen Volksbegriff beschwört Hepp schließlich den "Volkstod" der Deutschen durch "radikalen Geburtenrückgang und die ständig steigende Zahl von Einwanderern aus fremden Ländern", die nicht tatenlos hingenommen werden dürfe, denn schließlich seien "14 Millionen der besten Deutschen den gigantischen Blutverlusten in zwei Weltkriegen und dem Geburtedefizit zum Opfer gefallen ... Nach und nach überschwemme die Masse der Einwanderer, jünger und kinderreicher als die Einheimischen, die unteren Schichten, ... dringt allmählich in die höheren Schichten ein und ersetzt am Ende die ursprüngliche ethnische Masse." Bis zum Jahr 2050 stünden dann nach Hepps Berechnungen "27 bis 34 Mio. Fremde, 22 Mio. Deutschen gegenüber", und "so wäre dann die genetische Grundstruktur der Bevölkerung so grundlegend verändert, daß man zweifellos ein neues Volk vor sich hätte". Hepp hält es für "äußerst unwahrscheinlich", daß "die ethnischen Gruppengegensätze mit den Regeln eines liberal-demokratischen Systems bewältigt werden könnten" und beklagt, "daß an den deutschen Schulen nicht einmal mehr die Grundbegriffe der Eugenik (Menschenauslese und sog. Rassenhygiene, d. Verf.) behandelt werden."

Aus einer Erklärung von 137 Wissenschaftlern aus Osnabrück zu Hepp

"Ist dieses Gebräu nun faschistoid, oder muß man es zurückhaltender qualifizieren? Zumindest für sich selbst hat Hepp in seinem jüngsten Elaborat die Antwort geliefert. Zum Gegner der 'Rettung', die ihm vorschwebt, ... geraten Hepp Sozialpolitik und Marktwirtschaft, 'staatlich verordnete Risikoscheue' und 'egoistischer Kleinkapitalismus' — kurz, das (für ihn) gesamte 'Syndikat der Interessierten', Kirchen und Gewerkschaften ebenso wie Arbeitgeberverbände. Hier scheint unverhüllt das ideologische 'Erfolgs'rezept durch, das dem Nazionalsozialismus seine Massenbasis im Mittelstand beschert hat: die ideologische Wendung gegen 'entfesselten Kapitalismus' und 'krankmachenden Sozialismus' im Zeichen der Werbung für die antilibrale, antidemokratische, autoritär geführte Gemeinschaft... Wissenschaftlich gesehen halten wir Hepps Äußerungen für pseudoakademisch verbrämte Ansammlungen hetzerischer Klischees. Unter politischem Aspekt vertreten wir die Auffassung, daß Hepp jener Richtung in die Hände arbeitet, die durch Forcierung der sog. 'Überfremdungsdiskussion' eine Massenbasis für den Neofaschismus zu finden hofft. Moralisch betrachtet widet die menschenverachtende Einstellung Hepps uns an."

Selber schreiben

Bücher über Probleme der deutschen Sprache

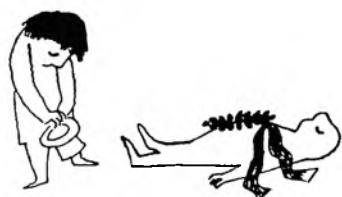
Texte für den Unterricht

Im Verlag Reclam ist 1980 das Heft "Deutsche Sprache der Gegenwart" erschienen. Enthalten sind verschiedene Aufsätze, die in höheren Klassen eine gute Grundlage für Diskussionen über die Sprache bilden. Ets Oksa, vertreten mit dem Aufsatz "Das heutige Deutsch – ein Spiegel sozialer Wandlungen" geht u.a. auf sprachliche Vertuschung von Abhängigkeitsverhältnissen ein. Er schreibt z.B.: "Im Satz: Herr Müller ist Mitarbeiter von Herrn Schulze sind Müller und Schulze nicht vertauschbar." Peter von Polenz beschäftigt sich mit den "Funktionsverben im heutigen Deutsch". Er untersucht, ob an dem Vorwurf, es finde ein Sprachverfall statt, weil die Sätze nicht mehr so verbbezogen sind, etwas dran ist. Werner Betz befaßt sich in einem Aufsatz mit dem Thema: "Zwei Sprachen in Deutschland". Der Aufsatz ist sehr unkritisch und steht der bürgerlichen Hetze gegen die DDR um nichts nach. Er beklagt die "sprachlichen Verführungsversuche" und warnt vor einer Situation, in der "zwei Sprecher völlig gleiche Laute sprechen, aber damit völlig Verschiedenes meinen". Wie schrecklich! (Quellenhinweis: Deutsche Sprache der Gegenwart, Philipp Reclam, Stuttgart 1980 – eve)

Tips für werdende FDGO-Journalisten

"Schreib mal Zeitung. Journalistische Tips für jedermann, Wegweiser für freie Mitarbeiter", unter diesem Titel hat Hans Heinz Pollack 1983 im Steinkopf-Verlag, Stuttgart, eine Broschüre herausgebracht. Pollack ist seit zwanzig Jahren Chefredakteur des Evangelischen Pressedienstes in Stuttgart. Als Bedingungen für das Schreiben nennt er Abitur für die Ausdrucksfähigkeit und 10-Finger-

Schreiben für das Handwerkliche. Auf Fakten und Recherche legt er Wert. Für den Aufbau des Artikels gilt: Tatsachen im ersten Absatz zusammengefaßt, und noch innerhalb des ersten Satzes Reizwörter (oder Prominente oder große Zahlen) nach vorne: "Wir bringen uns langsam aber sicher selber um, wenn wir so weiter machen", so betonte Prof. X in seinem Vortrag über 'Wegwerfmentalität und ...', den er am usw.



Der Beklagte

Beispiel für Juristendeutsch aus B. Engelmanns Buch

hielt." Beim Schreiben von Nachrichten soll man der Objektivität wegen "sich selber sozusagen vergessen"; Wörter wie "erfreulich" und "leider" seien der Anfang der Manipulation. Im Gegensatz dazu der Kommentar: "Kommentiert wird in einer Demokratie auf zweierlei Weise: Erstens parteinehmend im Sinne einer Meinungsrichtung; zweitens möglichst unparteiisch mit der Absicht, Zusammenhänge oder Entwicklungen transparent und damit verstehbar zu machen." Aber Achtung: "Wer dem Engagement den Vortritt läßt gegenüber dem Argument, der kommentiert nicht mehr, der agitiert." Und der gute Journalist lasse nie merken, welcher Partei er angehöre. – Man sieht, der Grundordnungsjournalist darf das nicht, was der schreibende Werkstattige will: von den eigenen Interessen ausgehen. – (ael)

"Deutsch für Profis" und andere

Die Profis, an die sich der Autor Wolf Schneider wendet, sind "Schreiber", aber auch Lehrer, Studenten und Volontäre. Das Buch verspricht ihnen "Wege zum guten Stil". Schneider ist der Leiter der Hamburger Journalistenschule. Er beklagt, daß das Deutsch selbst der renommierten überregionalen Zeitungen erbärmlich sei und die Redaktionen von Rundfunk und Fernsehen miserables Deutsch lieferen. So bringt der Autor zahlreiche Beispiele für schlampige und schwerverständliche Sprache und bietet Rezepte, wie man es besser machen könnte. Er behandelt die verschiedenen Wortarten, den Satzbau, die richtige Verwendung von Aktiv und Passiv und den Gebrauch des Konjunktiv. Nicht alle Vorschläge sind gut, und manche Beispiele sind verbunden mit reaktionären Witzen oder antikommunistischen Bemerkungen. Der Zweck des Buches ist zu zeigen, wie aller möglicher Schrott so geschrieben werden kann, daß der Leser bei der Stange bleibt und die transportierte Ideologie schluckt. Auch kommen darin Fehler vor, die an anderer Stelle angeprangert werden. Trotzdem ist es interessant und nützlich, das Buch zu lesen. Wer selbst gut schreiben will kann darin lernen, wie durch die Formulierung einer Aussage Ursachen und Zusammenhänge aufgehellt oder aber vertuscht werden können. Eigene Fehler kann man in den Beispielen erkennen. (Wolf Schneider, Deutsch für Profis, Goldmann Stern-TB 11536, 12,80 DM – ulk)

Stilfragen in Sätzen und Texten

In seinem allgemeinverständlich geschriebenen Handbuch "Deutsche Stilistik" erläutert B. Sowinski die Wirkung der sprachlichen Elemente, die in Stilfragen wichtig werden können. Angenehm ist, daß er zwar alle Forschungsrichtungen von Bedeutung und Einfluß kurz umreißt und zu anderen Auffassungenstellung nimmt, selber aber ablehnt, nur Werken der Dichtkunst einen bestimm-

ten und bewußt geformten Stil zuzugestehen. Er plädiert vielmehr für die Auffassung, daß in allen Texten, mündlichen und schriftlichen, Stilmittel mit Absicht zu einem bestimmten Zweck angewendet werden. Nur gestreift werden dabei moralische Fragen nach der Glaubwürdigkeit eines Autors und der Wahrheit von Aussagen. Wertvoll für Leute, die selber schreiben müssen, sind die Abschnitte, in denen er sich mit stilistischen Erscheinungen befaßt, die nur im Zusammenhang eines Textes aufzufinden sind, nicht aber in einem einzelnen Satz. Anhand des stark untergliederten Inhaltsverzeichnisses kann der Leser sich die Abschnitte heraussuchen, die er gerade braucht. Das Nachschlagen wird erleichtert durch ein Glossar, das wie ein kleines Lexikon aufgebaut ist, und ein ausführliches Sachregister. (Bernhard Sowinski, Deutsche Stilistik, Fischer TB 6147, 1,80 DM – anl)

"Krieg und Frieden in der Sprache"

So nennt der Sprachwissenschaftler F. Pasierbsky sein 1983 veröffentlichtes Buch, mit dem u.a. gezeigt werden soll, "wie eine Kriegszielpolitik hinter Friedensbeteuerungen versteckt wird, mit welchen sprachlichen Mitteln Feindbilder aufgebaut werden". Lesenswert macht das Buch, daß Pasierbsky dafür eine ganze Reihe von Quellen liefert, vor allem aus der deutschen Geschichte; so wird z.B. gezeigt, wie die deutschen Imperialisten den ersten Weltkrieg in allen Bereichen der Gesellschaft Jahrzehntelang durch militaristische, rassistische und chauvinistische Propaganda vorbereitet haben. Interessant sind auch die Versuche des Autors, mit einer sprachwissenschaftlichen Analyse die Friedensbeteuerungen bürgerlicher Politiker zu überprüfen. Dazu wird u.a. eine Reichstagsrede Hitlers zitiert, in der er 1933 erklärt hatte, die Nazis wollten "den Frieden in der Welt sichern". Durch eine Untersuchung der Wörter, Wendungen, Sätze etc. werden die aggressiven Absichten der Nazis zutage gefördert. Eine entsprechende

Analyse der derzeitigen Regierungspropaganda vermisst man. Der Hauptmangel des Buchs: Pasierbsky geht nicht der Frage nach, wie die Reaktion Interessen und Bedürfnisse derer aufgreift, an die sich ihre Propaganda wendet. So sind auch Pasierbskys vergleichsweise hilflose Vorschläge zu erklären, der Demagogie der Imperialisten damit zu begegnen, "auch nicht ein kleines bißchen Krieg in irgendeinem Bereich des Lebens zuzulassen". (Krieg und Frieden in der Sprache, F. Pasierbsky, Fischer-TB, 9,80 DM – jüg)

Selber "dummdeutsch"

Wer in dem Buch "Dummdeutsch" Kritik an der "schleichenden Verhunzung unserer Sprache" sucht, der findet: Texte, die sprachlich unter allem Niveau sind und Unfähigkeit zur Analyse, wo es um sog. Bürokratendeutsch geht. Entweder (Stichwort Gebietskörperschaft) "wissen (d. Verf.) auch nicht, was das ist" oder behaupten (Infrastruktur), daß das "so gut wie nichts"

sinkt das Buch, wenn LKW-Fahrern (Brummi) "brummende Dummheit und zu viele geleerte Flachmänner im Kopf" nachgesagt werden. "Meistenteils der reine Scheiß" – O-Ton Dummdeutsch, Seite 13. (Dummdeutsch, Fischer TB, 1985, DM 6,80 – sas)

So deutsch wie möglich

"Natürlich sind die folgenden sieben Dutzend gereimten Winke, wie man allerlei Sprachdummheiten vermeiden kann, gar nicht für Sie bestimmt ...," (sonder ursprünglich für seinen Deutschlehrer), der sogar wegen mir sagte, brauchen ohne zu gebrauchte. Bernt Engelmann lädt Leserin und Leser dazu ein, an seiner Sammlung erstaunlicher Verstöße gegen die Regeln der deutschen Grammatik und den in Reihe gebrachten Korrekturen Spaß zu haben. Er nimmt Verwechslungen wie "ab" und "an" oder "wie" und "als" aufs Korn, macht sich über geschraubte Amtssprache lustig und kritisiert Politiker, die "ich würde" sagen.



Schreibarbeit unter schwierigen Bedingungen: Redaktion des "Vjesnik", Organ für die Volksbefreiung Kroatien, Sommer 1943

bedeutet. Das Ganze in einem kramphaft witzigen Ton, der es einem schwer macht, das Buch nicht gleich in die Ecke zu schmeißen. Oft kippt die ironische Schnoddrigkeit in reaktionäres Biertischgewitzel. Da wird unter "Antifaschistisch" platte Hetze gegen die DDR verbreitet und diejenigen, die den Begriff Arbeitsemigranten dem "Gastarbeiter" vorziehen, werden als "sozial Sensible" lächerlich gemacht. Unter Bildzeitungsniveau

"Sprichst du gut deutsch? Ich will es hoffen! Dann l a B die Tür nicht a u f – statt o f f e n! Denn dieses ist der Dinge Lauf: Man l ä t t sie o f f e n, m a c h t sie a u f! Glaubst du, der Unterschied sei nichtig, dann sprich statt a u f - doch o f f e n richtig, laß O f f e ntrieb vorhanden sein und renne a u f e Türen ein! ... A u f ist Bewegung, o f f e n Zustand!" (Bernt Engelmann, So deutsch wie möglich – möglichst deutsch, Goldmann TB, 7,80 DM – düb)

Europäische Gemeinschaften

Imperialistische Weltmacht – Eine Studie der EG-Kommission

Die Stärke der EG und die Gefährlichkeit dieses imperialistischen Bündnisses westeuropäischer Monopolbourgeoisie wird von der politischen Opposition in der BRD oft unterschätzt. Dabei ist die EG schon jetzt der größte imperialistische Wirtschaftsraum weltweit. 1986 werden die EG-Staaten 340 Mio. Einwohner haben. Schon heute ist die EG größte Handelsmacht. Keine andere imperialistische Macht besitzt so viel Auslandsvermögen, besitzt so viele Schuldforderungen an Staaten der Dritten Welt, importiert so viele Rohstoffe wie die EG.

Um dieser wirtschaftlichen Macht auch politisch gegenüber anderen Staaten nachdrücklicher Geltung verschaffen zu können, hat die EG-Kommission zwei französische Völkerrechtsprofessoren beauftragt, die bisher erreichte "völkerrechtliche Anerkennung" der EG zu überprüfen. Ihr Buch ist kürzlich erschienen.

Die Autoren gehen darin der Frage nach, wie weit die EG international als "gleichberechtigt" mit gewöhnlichen Staaten anerkannt werde. Das Ergebnis ist: weitgehend wird sie das. So ist die EG heute als Beobachter bei zahlreichen UNO-Organisationen, dem Weltwährungsfonds, der Internationalen Atomenergiekommission, der OECD und dem GATT zugelassen. Sie unterhält Botschaften gleichgestellte Vertretungen in den USA, Kanada, Japan sowie in zehn weiteren Staaten. Seit 1977 ist sie mit einer eigenen Delegation bei der UNO-Vollversammlung zugelassen, allerdings, so die Autoren bedauernd, auch eine Delegation des RGW.

Ihre Rolle als weltgrößte Handelsmacht hat die EG durch zahlreiche Handelsabkommen ausgebaut. Bis 1984 hat die EG-Kommission mit 30 Staaten Handelsverträge abgeschlossen. Darunter sind Freihandelsabkommen mit Österreich, der Schweiz, Schweden, Island, Norwegen und Finnland, die den Kapitalisten in der EG alle Zollschränken für den Export ihrer Waren in diese Länder aus dem Weg räumten. Unter den 23 anderen Staaten, mit denen die EG Handelsabkommen geschlossen hatte, finden sich fast alle großen Staaten der Dritten Welt sowie Israel.

Auch auf dem Gebiet der Kernenergie und Kernforschung konnten die Imperialisten in der EG weltweite Verbindungen aufbauen. Die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) verfügt über Kooperationsabkommen mit den USA und Kanada. Mit Australien ist ein Abkommen über die Weitergabe von Kernmaterial in Kraft, mit der Schweiz, Schweden und Spanien bestehen Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik.

Ihrer Rolle als größter Rohstoffplünderer entsprechend ist die EG Unterzeichner fast aller großen Rohstoffabkommen, darunter den Abkommen für Kaffee, Kakao, Zinn, Jute, Kautschuk. Daß die EG auf diese Weise maßgeblich bei der Senkung der Preise für diese Rohstoffe beteiligt war und so den Rohstoffkonzernen der EG gewaltige Profite verschafft hat, während die wirtschaftliche Lage der rohstoffexportierenden Staaten der Dritten Welt weiter verschlechtert wurde, erwähnen die Verfasser nicht.

Um den Einfluß der westeuropäischen Imperialisten im Mittelmeerraum auszuweiten, hat die Kommission außerdem mit zwölf Mittelmeerstaaten Kooperations- bzw. Assoziierungsabkommen abgeschlossen.

Ganz unverblümt erfährt man schließlich, daß die EG sich anmaßt, in den früheren Kolonialgebieten auch weiterhin für Ordnung zu sorgen. In allen 64 AKP-Staaten sei die EG heute diplomatisch durch eigene Delegationen vertreten: "Die Delegationen stellen nicht nur das übliche Verbindungsglied dar, sondern sind auch vor Ort an der Durchführung der EG-Politik gegenüber diesen Staaten beteiligt. Ihre wichtigste Aufgabe ist hier, für eine ordnungs-

gemäße Ausführung der vom Europäischen Entwicklungsfonds finanzierten Vorhaben zu sorgen."

Gegenüber diesen Staaten hat die EG bislang auch die meisten Erfolge vorzuweisen, wo es darum geht, die Anerkennung der im EWG-Vertrag verankerten großdeutschen Ansprüche der BRD auf Westberlin zu erzwingen: "So hat die Gemeinschaft bei der Gewährung von Beihilfen an Entwicklungsländer zur Bedingung gemacht, daß diese die Gemeinschaft in den geographischen Grenzen der Römischen Verträge anerkennen." Inzwischen müßten 64 AKP-Staaten ausdrücklich auch diese "Westberlin-Klausel" des EWG-Vertrages anerkennen. So festigt die EG ihre weltweiten Verbindungen, verschafft sich internationale Anerkennung als neuer imperialistischer Staat und sammelt gleichzeitig Kriegsgründe gegen die Staaten Osteuropas, die, so erfährt man erfreut, als einzige Staaten der EG weiterhin die Anerkennung versagen.

Quellenhinweis: J. Groux, Ph. Manin, Die Europäischen Gemeinschaften in der Völkerrechtsordnung, Brüssel 1984 – (rül)

KPD-Programmentwurf

"Dschungelgesetze" beseitigt, Wertproduktion aber bleibt

Bei der Diskussion über den Programmentwurf der KPD halten wir für richtig, in der sachlichen Problemdurchdringung vorwärts zu kommen. Wir lehnen daher solche Versuche der Kritik ab, denen es nur darauf ankommt, die Verfasser auf den soeben erreichten Stand festzunageln. Weitere Klärung steht an. Anhaltspunkte dafür sind in dem Entwurf vorhanden.

Für entscheidend bei der Klärung der Programmatik bezeichnet H.D.K. (KPD) in dem Artikel "Wie weiter mit der Einheit der Sozialisten" (Beilage 2/85): "Wir sind der Auffassung, daß der Kern der Einheit einer kommunistischen/revolutionär-sozialistischen Partei nur in der gemeinsamen sozialistischen Zielsetzung liegen kann. Die Darlegung der sozialistischen Auffassungen muß demnach eine zentrale Rolle in der Programmatik einnehmen. Ohne Kritik der Verhältnisse in den revisionistischen Ländern und ihre Charakterisierung als nicht-sozialistisch ist das unserer Meinung nach unmöglich." Lassen wir uns also darauf ein, die "sozialistische Zielsetzung" in den Mittelpunkt unserer Betrachtung des Programmentwurfs zu nehmen, und ebenfalls darauf, daß ohne ein Ansehen der Wirtschaften und der Staaten z.B. in Osteuropa eine Klärung des kommunistischen Programms in der BRD nicht möglich ist. Welche Ziele, welche Werte gibt die KPD in diesem Zusammenhang im Programmentwurf an?

Zu Beginn des Programmabschnittes "Für die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft" setzt die KPD als Ziel: "Der Wunsch nach einem Leben in Wohlstand, ohne Angst um die eigene Existenz, ohne Angst um die Versorgung im Alter, mit der Gewißheit, daß die Zukunft der Kinder gesichert ist, ist in einem so reichen Land wie der BRD durchaus für alle Menschen zu verwirklichen. Wirtschaftskrisen sind vermeidbar, wenn die wirtschaftliche Entwicklung an der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse orientiert ist. Dazu ist es allerdings erforderlich, daß die Wirtschaft grundlegend umgestaltet wird. Die kapitalistische 'freie Marktwirtschaft' muß durch die sozialistische Planwirtschaft ersetzt werden."

Gegen ein Leben in Wohlstand wird kaum jemand Einwände erheben: Wer hungert schon gerne? Als sozialistische Zielsetzung ausgegeben, stellt sich aber die Frage: Wie kommt der Wohlstand zum Menschen?

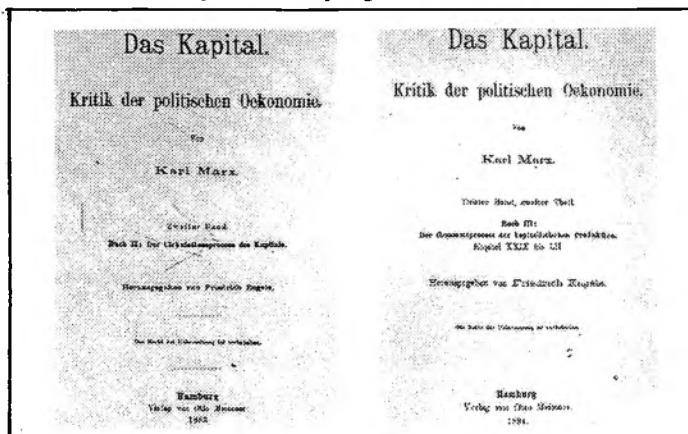
Die Antwort der Arbeiterklasse, die die politische Macht hat, muß heißen: gesetzliches Einkommen nur aus Arbeit. Alle arbeiten, dann hat jeder genug. Voraussetzung dabei ist, daß die Wirtschaft öffentliche Sache ist. Verboten

werden muß, daß die Arbeitskraft privat angeeignet werden kann. Dieses Eigentum muß weg. Die Arbeitskraft darf nicht mehr als Ware gekauft und verkauft werden können. Damit ist der kapitalistischen Produktionsweise, die Verwertung des Wertes ist, die Grundlage entzogen. Denn die Kapitalisten kaufen die Ware Arbeitskraft, weil diese mehr Wert produziert als den Wert der Waren, die zu ihrer eigenen Wiederherstellung nötig sind. Wert ist dabei bestimmt als Quantum der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit.

In dem angeführten Programmpassus ist die Abschaffung der Arbeitskraft als Ware nicht als Ziel bestimmt. Das dort Gesagte läuft auf das Gegenteil hinaus. Vermieden werden sollen Wirtschaftskrisen. Das Übel der Krise ist die Unsicherheit, d.h. der Preisverfall der Arbeitskraft unter Wert, verbunden mit teilweiser Unverkäuflichkeit. Der Grund der Krise ist die Konkurrenz der Einzelkapitale, ihr dschungelgesetzliches Gegeneinander: "Eine wirtschaftliche Entwicklung, in der Wirtschaftskrisen tatsächlich vermieden werden können, ist nur dann gewährleistet, wenn das wirtschaftliche Geschehen den Dschungelgesetzen des kapitalistischen Marktes entrissen und der bewußten Entscheidung der Menschen unterworfen wird." Die Aufhebung dieser Art der Konkurrenz soll durch den "einheitlichen Plan" geschehen. Die Zielbestimmung des Sozialismus für die Arbeiter ist in dieser Sichtweise die Entgeltung ihrer Arbeitsleistung nach Wert. Für die Wirtschaft insgesamt wird so die einfache Reproduktion bei Ausgleich für die Individuen als Ziel bestimmt. Damit ist aber auch gesagt: Obwohl die sozialistische Revolution die Fesselung der Produktivkräfte durch die derzeitigen Produktionsverhältnisse beseitigt, bleibt der Stand der Produktivkräfte gleich. Daß und wie die Arbeiterklasse sich befreien und die Produktivkräfte der Individuen entfalten kann, ist auf dem angegebenen Weg nicht erklärt.

Ein Fehler von großer Tragweite ist, daß die Verfasser des Programmentwurfs der KPD die kapitalistische Produktionsweise nicht als Wertproduktion fassen. Daher können sie bestimmte Bewegungsgesetze des Kapitals nicht erkennen und notwendige Schritte für die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht bestimmen.

Die Verfasser schreiben von den "Dschungelgesetzen des kapitalistischen Marktes", die das wirtschaftliche Geschehen bestimmten und denen die Wirtschaft entrissen werden müßte. "Dschungelgesetze" treffen auf verschiedene Gesellschaften, in denen Konkurrenz herrscht, zu. Die Behauptung "der Mensch ist des Menschen Wolf" ist alt. Solange Klassenherrschaften existieren, konkurrieren die Ausbeuter um die Resultate der Ausbeutung und trachten danach, alles, auch ihre Mitausbeuter, zu unterwerfen. Mit dem Wort "Dschungelgesetz" deuten die Verfasser an, daß die kapitalistische Produktionsweise von der privaten Willkür der Kapitalisten beherrscht sei. Das regellose Gegeneinander der Kapitalisten prägt die wirtschaftliche Ent-



In der Kritik der politischen Ökonomie zeigten Marx und Engels die Gesetze des Kapitalismus auf und wiesen die Bedingungen seiner Abschaffung nach.

wicklung, wogegen der einheitliche Plan helfe. Die Kapitalisten sind aber Gesetzen unterworfen, die naturgesetzlich die Gesellschaft bestimmen. Marx spricht in seiner Kritik der politischen Ökonomie von "Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion. Es handelt sich um diese Gesetze selbst, um diese mit ehrner Notwendigkeit wirkenden und sich durchsetzenden Tendenzen." Marx stellt fest, daß im Kapitalismus die Privatarbeiten "fortwährend auf ihr gesellschaftlich proportionelles Maß reduziert werden, weil sich in den zufälligen und stets schwankenden Austauschverhältnissen ihrer Produkte die zu deren Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit als regelndes Naturgesetz gewaltsam durchsetzt, wie etwa das Gesetz der Schwere, wenn einem das Haus über dem Kopf zusammenpurzelt". Er analysiert: "Der Wert einer Ware ist bestimmt durch das in ihr enthaltene Gesamtarbeitsquantum. Aber ein Teil dieses Arbeitsquants ist in einem Wert vergegenständlicht, wofür in Form des Arbeitslohns ein Äquivalent bezahlt, ein Teil jedoch in einem Wert, wofür kein Äquivalent bezahlt worden ist. Ein Teil der in der Ware enthaltenen Arbeit ist bezahlte Arbeit; ein Teil ist unbezahlte Arbeit." "Der Wert der Arbeitskraft" ist bestimmt "durch den Wert der Lebensmittel, die zur Produktion, Entwicklung, Erhaltung und Verewigung der Arbeitskraft erheischt sind." Zu den Konkurrenzgesetzen hält er fest: "Das Gesetz der Wertbestimmung durch die Arbeitszeit ... treibt ... seinen (kapitalistischen) Mitbewerber als Zwangsgesetz der Konkurrenz zur Einführung der neuen Produktionsweise." Das Kapital will die geschaffenen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit und sie in diese Grenze einbannen, um den so geschaffenen Wert als Wert zu erhalten.

Warum unsere Betonung, daß statt Dschungelgesetzen das Zwangsgesetz der Wertbestimmung die Bewegungen des Kapitals diktieren? Mit Bestimmungen wie "Dschungelgesetz" ist für den Leser des Programm-Entwurfs nahegelegt, daß objektive Gesetze, die hinter dem Rücken der Kapitalisten wirken, nicht existieren. Eine historisch-materialistische Analyse objektiver Gesetze des Kapitals wäre damit abgetan. In der Betrachtung der Programmverfasser kann das herrschende Wertgesetz dann nur noch eine "rein gedankliche Konstruktion" (E. Bernstein) sein. Und zur Beseitigung des Kapitalismus, seiner objektiven Bedingungen und Gesetzmäßigkeiten reichte dann tatsächlich nur eine "einheitliche Planung", die diesem chaotischen, raubtierhaften willkürlichen Gegeneinander der Ausbeuter ein Ende setzte. In Wirklichkeit wäre so eine Krisenfreiheit der Wirtschaft nicht gesichert. Die Wertkrisen drücken sich dann in Planungsänderungen aus.

Wohin die KPD in ihrem Programmertwurf weitergehen möchte, zur Beseitigung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, bliebe bei dieser sozialistischen Zielsetzung Utopie, der Weg zur Aufhebung der Ausbeutung und zur geschichtlichen Emanzipation der Arbeiterklasse und der ganzen Gesellschaft unverstanden.

Zusammengefaßt: Ebensowenig wie die kapitalistischen Krisen die Abhängigkeit der Ware Arbeitskraft, die frei ist von Produktions- und Reproduktionsmitteln, erklären und begründen, sondern nur verstärken, ebensowenig wird im Sozialismus der Arbeiterklasse die Beseitigung der Ausbeutung gelingen ohne die Abschaffung der Ware Arbeitskraft und der darauf beruhenden Wertproduktion.

Mit der Feststellung, daß die Arbeitskraft als Ware abgeschafft werden muß, muß in einem kommunistischen Programm auch richtig gefordert werden: sofortiges Verbot der Akkordarbeit! Und nicht nur "schnellstmögliche Abschaffung" wie im Programmertwurf. Der Akkord ist das krasseste Beispiel für die Wertprinzipregelung. Im Akkord zerstückeln die Taktzeiten die jeweiligen Äußerungen des Lebens als Wertteile. Die Äußerungen des Lebens nehmen Wertgestalt an, werden unter wertlichen Gesichtspunkten betrachtet und interessieren nur noch als Maß für Reproduktionsmittel. Das ist Entfremdung in direktester Form.

Richtig ist in dem Programmertwurf der Hinweis auf



Verbot der Akkordarbeit!

den Widerspruch von Hand- und Kopfarbeit. Wenn der Wunsch nach seiner Beseitigung richtig ist, dann sollten auch ein paar Mittel genannt werden, die man sofort ergreifen kann: Einheitsschule, Recht auf Bildung lebenslang, dabei Bevorrechtigung aller Handarbeiter. Nicht nur der Wunsch nach Beseitigung der Akkordarbeit und des Gegensatzes von Hand- und Kopfarbeit sollte im Programm ausgedrückt werden, sondern auch politische Mittel aufgezeigt werden, damit klar wird, was die politische Macht der Arbeiterklasse bewirken soll.

Als Bedingung für den Aufbau des Sozialismus gibt der Programmertwurf an: "Die Enteignung der Kapitalisten, die Verstaatlichung der wesentlichen Produktionsmittel und großen Wirtschaftsunternehmen, die einheitliche Planung der Wirtschaft sind notwendige Voraussetzungen und erste Schritte, damit die Wirtschaft den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechend gestaltet werden kann." Dann stellen die Verfasser des Entwurfs richtig fest: "Aber dadurch werden noch nicht unbedingt Verhältnisse geschaffen, in denen die Ausbeutung der Arbeiterklasse beseitigt ist." Wie aber wird das Mehrprodukt verteilt, wie kommt es zum Ausbeuter? Nur über die Lohnform. Die Verfasser des Entwurfs gehen – ohne darauf hinzuweisen – von dem Fortbestehen der Lohnform im Sozialismus aus, denn sie fordern ausdrücklich das Streikrecht im Sozialismus, was aber nur einen Sinn gibt, wenn ein Markt für die Ware Arbeitskraft vorhanden ist. Sie greifen das Fortexistieren der Wertproduktion aber nicht als ein Problem der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus auf. Sie weisen zwar warnend darauf hin, daß in der DDR und der Sowjetunion "eine kleine Minderheit die Wirtschaft kontrollieren und die Arbeiterklasse ausbeuten" kann. Dieser Begriff von der "Minderheit" ist eine Verharmlosung. Damit wird die Idee tradiert von den schon immer in der Geschichte der Menschheit wirkenden schlauen Bestien, die etwas usurpiieren. Was usurpiieren sie, und wie bildet sich diese "Minderheit"? Tatsächlich auf der Hand liegt: Solange die Lohnform existiert, wird über die Lohnform Mehrwert angeeignet. Die Verteilung des Mehrwerts wird in der Lohnform vorgenommen. Bei Aufrechterhaltung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit bilden sich Klassen und Herrschaft über Klassen.

Wie wir sahen, richteten die Verfasser des Programmertwurfs die "einheitliche Planung" gegen einen falsch bestimmten Grund der Krisen, das dschungelartige Gegeneinander der Kapitalisten. Wie soll aber die tatsächliche Emanzipation der Arbeiterklasse geschehen, wenn der Grund der Abhängigkeit im Dunkeln bleibt und daher fortexistiert?

Quellenhinweis: Programmertwurf der KPD, Beilage 2/85; Karl Marx, Lohn, Preis und Profit; ders., Kapital, Band 1; Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Nachdruck der 2. Auflage 1921. Dietz Verlag, Bonn, 1977 – (gba)

Südafrika / Azania

Die Kolonialherrschaft wankt. Das azanische Volk kann den Sieg über seine Unterdrücker erringen

Die Erklärung der schwarzen Bergarbeitergewerkschaft NUM, daß die afrikanischen Arbeiter in den Bergwerken die tätlichen Angriffe und vielfältigen Demütigungen durch weiße Aufseher und Vorarbeiter nicht länger mehr ertragen, sondern sich wehren, fand in der südafrikanischen Presse fast ebenso großen Widerhall wie ihre Vorbereitungen zum Streik für höhere Lohn und gegen die rassistische "Job reservation". Gerade die Bergarbeiter, zum größten Teil entrichtete, billige, unausgebildete Wanderarbeiter, bis vor nicht allzulanger Zeit fast wehrlos, weil nach Belieben ihrer Ausbeuter abzuschieben, ohne Zusammenhalt, ohne Organisation, gerade diese Arbeiter, ihre mutigen, zähen Kämpfe symbolisieren die unnachgiebige Entschlossenheit der azanischen Massen, ungeachtet aller Opfer zu kämpfen bis zur Zerschlagung des verhaßten Regimes. Die Verhängung des Ausnahmezustandes hat auch für den Letzten ins Licht gerückt, daß das südafrikanische Siedlerregime in seinen Grundfesten erschüttert ist. Mit blindwütigem Terror kämpft es um's Überleben. Aber seine Zeit ist um.

Krise der Kolonialwirtschaft

Die südafrikanische Wirtschaft steckt in der tiefsten Krise seit 1930. Seit Jahren ist die Produktion rückläufig, steigen die Arbeitslosenzahlen, wachsen Außenhandelsdefizit und Auslandsverschuldung, verfällt der Rand, die südafrikanische Währung. Hinter diesen Symptomen verbirgt sich mehr als ein "Tief" im gewöhnlichen Auf und Ab der kapitalistischen Produktion: die tiefgreifende Krise der südafrikanischen Kolonialwirtschaft.

Diese Kolonialwirtschaft beruht auf zwei Pfeilern: Extraprofiten aus dem Bergbau und Extraprofiten aus der Landwirtschaft. Die Außenhandelsstatistik spiegelt das wider: Südafrika importiert, von Erdöl abgesehen, fast ausschließlich Industrieprodukte, insbesondere Maschinen und Fahrzeuge, es exportiert zu 80% Bergbauprodukte; der zweitgrößte Exportposten sind landwirtschaftliche Produkte.

Bergbau in Südafrika ist vor allem Goldbergbau. Zwar verfügt das Land über vielfältige Rohstoffe, u.a. Diamanten, Kupfer, Mangan, Uranerze, Platin, Kohle, Chrom, Asbest. Aber nichts hat die Entwicklung der Kolonialwirtschaft so bestimmt wie die Goldproduktion, deren überragende Bedeutung sich ebenfalls in der Exportstatistik niederschlägt: Über 50% aller Exporteinnahmen stammen aus der Goldausfuhr.

Zwei Bedingungen haben in der Vergangenheit die Goldmonopole in Südafrika riesige Extraprofite scheffeln lassen: die hohe Produktivität der Goldfelder, die sich über ein Gebiet von 480 km erstrecken, und die Vertreibung der afrikanischen Bauern von ihrem Land, die die Kolonialherrschaft systematisch erst mit dem Beginn der Goldförderung vor knapp 100 Jahren durchführten. Die Vertreibung der afrikanischen Bauern ermöglichte nämlich den Goldmonopolen, die Grundrente selbst zu kassieren, und stellte ihnen zugleich ein riesiges Reservoir billiger Arbeitskräfte zur Verfügung. Wie groß die Extraprofite der in Südafrika operierenden Goldmonopole waren, läßt sich an ihrem Anteil an der Weltproduktion ermessen: Im Rekordproduktionsjahr 1970 wurden in Südafrika über 1000 t Gold gefördert – das entsprach einem Anteil an der Weltproduktion von 67,7%.

Die im Goldbergbau erzielten Extraprofite waren die wesentliche Grundlage sowohl für die nach dem Krieg betriebene Industrialisierung Südafrikas wie auch für den hochgerüsteten kolonialen Staatsapparat. Noch im Haushaltsjahr 1980/81 betrugen die Staatseinnahmen aus der Besteuerung der Goldproduktion umgerechnet über 8 Mrd. DM (1) – fast ein Viertel des Staatshaushaltes und mehr, als das Siedlerregime im gleichen Jahr für den Unterhalt seiner Armee, Justiz, Polizei und Gefängnisse veranschlagte!

Aber seit 1970 sinkt die südafrikanische Goldproduktion absolut (auf 656 t 1982) und, vor allem, relativ zur Welt-

produktion (bis 1982 auf 50,3%), und sie wird allen Prognosen zufolge auch weiter sinken. In zehn Jahren wird demnach die UdSSR Südafrika den Rang als größter Goldproduzent abgelaufen haben, und in fünf Jahrzehnten soll der Goldreichtum in Südafrika im wesentlichen erschöpft sein. (2)

Offensichtlich nimmt die Produktivität der Minen seit geraumer Zeit ab, und damit ist's auch mit den horrenden Extraprofiten der Goldmonopole vorbei. Schon 1973 wurde festgestellt, daß in den sieben größten südafrikanischen Goldminen der durchschnittliche Goldgehalt je Tonne Erz gegenüber 1972 um 10% abgenommen hatte, also mehr Erz abgebaut werden mußte, um dieselbe Menge Gold zu gewinnen. (3) Auch werden die Stollen immer tiefer in die Erde getrieben. Die tiefste Goldmine liegt jetzt fast 4 km unter der Erdoberfläche, und andere reichen ebenfalls über 3 km tief. Die Goldmonopole klagen über seit 10 Jahren überdurchschnittlich steigende Produktionskosten, die ihre Profite einschränken. Einige Minen wurden in den letzten Jahren geschlossen.

Solange der Goldpreis stieg – und er stieg von lange Zeit festgelegten 35\$ je Unze über knapp 100\$ 1973 auf zeitweise 850\$ 1980/81 –, traten die Folgen der geschilderten Entwicklung für das Kolonialgebilde Südafrika nicht so schroff hervor. Trotz sinkender Förder- und Exportmenge stiegen die Exporterlöse wie auch die Staatseinnahmen aus der Goldproduktion. Seither jedoch ist der Goldpreis auf rd. 300\$ gefallen. Im Haushalt 1981/82 erscheinen die Steuern auf die



Schlacht von Ulundi am 4. Juli 1879: Heldenhaft gehen die Zulu-Regimenter gegen die britischen Kolonialtruppen vor. Doch sie werden geschlagen. Obwohl auch in den darauffolgenden Jahren noch einzelne Stämme sich gegen die britische Kolonialmacht erheben, ist die Niederlage der afrikanischen Bauernvölker im Kampf um ihr Land und ihre Unabhängigkeit besiegelt.



1960: Beerdigung der Toten von Sharpeville. "Weg mit den Pässen – Afrika den Afrikanern" steht auf dem Transparent des PAC.

Goldproduktion "nur" noch mit 5,6 Mrd. DM, ein Jahr später sind sie auf etwas über 2 Mrd. DM gesunken. (4)

Die Farmwirtschaft spürt die Folgen des Raubbaus

Für die Erschütterung des zweiten Grundpfeilers der südafrikanischen Kolonialwirtschaft, der Farm- und Plantagenwirtschaft, ist dem Anschein nach die große Trockenheit verantwortlich, die das südliche Afrika in der ersten Hälfte der 80er Jahre heimsuchte. Südafrika, zuvor einer der weltweit größten Maisproduzenten und -exporteure, mußte plötzlich in erheblichem Umfang selbst Mais einführen. Doch legen die gravierenden Schäden, die die Trockenheit in den "weißen" Gebieten anrichtete, nur die tiefgreifende Krise der kolonialen Landwirtschaft bloß.

Die koloniale Landwirtschaft in Südafrika beruht seit ihren Anfängen auf Landraub und auf rücksichtslosem Umgang mit den menschlichen und natürlichen Produktivkräften. Seit die ersten holländischen Siedler sich auf dem Land niederließen, von dem sie die afrikanischen Produzenten vertrieben hatten, wurde für einen äußeren Markt produziert; zuerst für die Versorgung der Schiffe der Holländisch Ostindischen Kompanie, gegen Ende des 17. Jahrhunderts dann für den Export in die holländischen Kolonien in Südostasien.

Aber erst die britischen Kolonialherrn, die das Erbe der Ostindischen Kompanie in Südafrika antraten und die die Buren als rückständige Bauern verachteten, sie enteigneten und dadurch zu weiteren Siedlungsbewegungen nach Norden trieben, entwickelten die Farm- und Plantagenwirtschaft großen Stils. Zu diesem Zweck führten sie zwei bis dahin im südlichen Afrika nicht bzw. kaum bekannte Pflanzen ein: Mais und Zuckerrohr. (5) Daneben spielte in der Entwicklung der kolonialen, auf die Produktion für den Weltmarkt ausgerichteten Land-

wirtschaft der Obst- und Weinanbau sowie die Viehwirtschaft (Fleischrinder und Wollschafe) eine bestimmende Rolle.

Das im Bergbau und das in der Landwirtschaft angelegte koloniale Kapital trieben von vornherein dieselben Interessen: Wie die Bergbaukapitalisten mußten die weißen Farm- und Plantagenherrn die afrikanischen Bauern ganz und gar von ihrem Land vertreiben und sie in von allen Produktions- und Lebensmitteln "befreite", billig zu bekommende Lohnarbeiter verwandeln. Mit dem "Natives Land Act" 1913 wurde der jahrhundertelange Prozeß des Landraubs im großen und ganzen abgeschlossen. Den Afrikanern wurden einige Gebiete als Reservate, die "Homelands", zugewiesen, außerhalb derer sie kein Land besitzen durften; damit hatten die weißen Siedler das Land endgültig an sich gerissen, viele Millionen Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Böden in geeignetem Klima, und zugleich ein schier unerschöpfliches Reservoir für ihre Nachfrage nach billiger Arbeitskraft geschaffen. All diese Bedingungen verschafften dem in der Farm- und Plantagenwirtschaft Südafrikas angelegten kolonialen Kapital gute Standortvorteile und damit auf Jahre und Jahrzehnte riesige Extraprofite.

Südafrikanische oder imperialistische "Experten" wollen oft glauben machen, daß die Bedingungen für landwirtschaftliche Produktion in den "weißen" Gebieten Südafrikas eigentlich eher schlecht seien. Maximal 15% des Bodens seien für den Ackerbau geeignet, was als Beweis für unergiebige Böden und schlechtes Klima gelten soll. Tatsächlich wird sogar weniger als 15% des Landes bebaut: Aber das sind 13 Mio. ha (BRD: 7,5 Mio. ha) fruchtbaren Bodens in günstiger klimatischer Lage. Dazu kommen 70 Mio. ha Naturweiden für die Viehwirtschaft. Inzwischen weniger als 70000 europäische Farmen verfügen über rd. 85 Mio. ha Land – nicht Landknappheit, Landverschwendungen bestimmt die "weiße" Landwirtschaft in Südafrika. Hier herrschen extensive Produktionsmethoden mit all ihren extremen Folgen vor. Wenn zutrifft, daß die Farmer in einigen Gebieten des Maisanbaus durch massiven Einsatz von Chemie und Technik neue Spitzenergebnisse erreichen, so müssen andernorts die Ernten immer schlechter ausfallen: Seit Jahren nämlich stagnieren in der "weißen" Landwirtschaft Südafrikas die Erträge je Hektar – im Durchschnitt sind sie sowieso drei- bis viermal niedriger als z.B. in den USA. (6)

Raubbau hat die besondere Produktivkraft bereits erheblich zerstört. Die Bodenverheerung durch ständige Extensivierung des Ackerbaus, Monokulturen, zu geringe Brachzeiten, Entwaldung (in den letzten 200–300 Jahren wurden die Baumbestände gan-

zer Savannengebiete "zu Jagdzwecken" abgebrannt!) u.a. ist "in zahlreichen Formen generell verbreitet". (7) Am weitesten fortgeschritten ist die Zerstörung der Vegetation in den Halbwüsten der Karoo, in denen weiße Farmer seit Beginn des 18. Jahrhunderts Schafwirtschaft betreiben. Allgemein in den Weidegebieten rückt die Wüste unaufhaltsam vor: Folge der Überweidung.

Die große Trockenheit hat in aller Schärfe enthüllt, daß das koloniale Kapital in der Landwirtschaft nicht fähig ist, die großen Hilfsquellen der Natur zur Bewältigung solcher Naturkatastrophen zu erschließen. Im Gegenteil hat es, nicht zuletzt durch den Bergbau in immer größeren Tiefen, den Grundwasserhaushalt schon seit längerem erheblich angegriffen, so daß die jüngste Trockenheit um so ärger wüten konnte.

Die Siedlergesellschaft ist erschüttert

Die über einen längeren Zeitraum herangereifte Krise der Kolonialwirtschaft erschüttert die ganze Siedlergesellschaft und berührt das Bündnis der verschiedenen sozialen und politischen Kräfte, die das Regime tragen: vor allem das Verhältnis zwischen den Buren, der politischen und sozialen



Soweto 1976: Die schwarze Jugend rebelliert gegen "Bantu"-Erziehung und rassistische Unterdrückung.

Basis des Apartheidregimes, die traditionell die Hauptmasse der Farmer und des städtischen Kleinbürgertums stellen und aus denen sich seit Jahrzehnten das Personal des kolonialen Staatsapparates rekrutiert, und den imperialistischen Monopolen, die den Kolonialstaat kontrollieren.

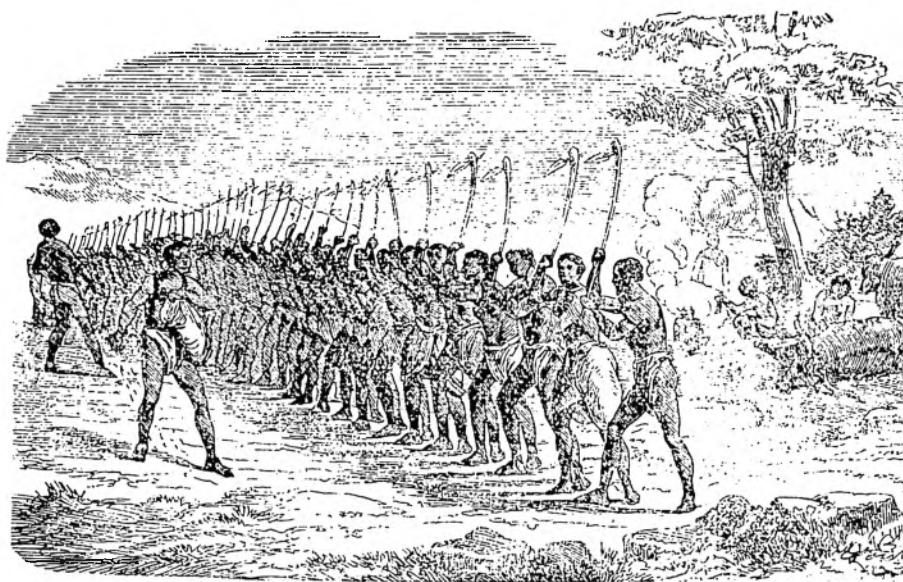
Mit dem Schwinden der Extraprofite aus dem Goldbergbau wird es immer weniger möglich, gleichzeitig die Industrialisierung Südafrikas voranzutreiben, einen kostspieligen kolonialen Staatsapparat zu unterhalten und der Siedlergesellschaft den gewohnten kolonialen Lebensstil zu erhalten.

Je mehr die Produktivität der Gold-

Die Landenteignung des azanischen Volkes ist Grundlage der nationalen Unterdrückung

"Leerer Raum Südafrika": Geschichtsbücher sprechen vom "leeren Raum" Südafrika, in dem zwar einige Negerstämme wanderten, das rechtmäßig aber von Europäern besiedelt und kultiviert worden sei. Archäologische Forschungen dagegen belegen, daß Afrika schon in der mittleren Steinzeit durchgehend besiedelt war. Die Völkerschaften können nach verschiedenen Produktionsweisen unterschieden werden in solche, die vom Jagen und Sammeln von Wildfrüchten lebten (die San), solche, die von nomadisierender Viehzucht lebten (die Qoyi), und die in festen Siedlungen lebenden und Ackerbau und Viehzucht treibenden

Handelsbourgeoisien. Zur Sicherstellung des Luxuslebens der Feudalherrn wuchs der Bedarf an Gold und Silber auf Seiten der Handelskapitalisten. Piratenexpeditionen der damals größten Seemächte Spanien und Portugal begründeten weltweit das kapitalistische Kolonialsystem. Der erste Vizekönig für die portugiesischen Besitzungen in Indien, Almeida, versuchte 1510 zum ersten Mal, am Kap einen Flottenstützpunkt und eine Versorgungsstation einzurichten. Zum Stehen von Vieh schickte er 150 Mann ins nächste Dorf, wurde aber durch die Qoyi verjagt und selber getötet. Erst 1652 konnten sich die aufstrebenden holländischen Handelskapitalisten mit



Die Bauern, die wie die Basuto den Boden zum Teil kollektiv bearbeiteten (Bild), wurden enteignet ...

Bantu-sprechenden Völker. Nirgends gab es Privateigentum am Boden oder an den Herden, nur zeitlich begrenzte Nutzungsrechte, die die Führer entsprechend den vom ganzen Stamm festgelegten Grundsätzen an einzelne Familien und Sippen vergeben konnten. Was die europäischen Kolonialisten später zum Niemandsland erklärten, war Brachland, das zeitweilig nicht bebaut und beweidet wurde, um den Boden nicht zu rasch auszulaugen. Bei den Ackerbauern war die Herausbildung einer frühen Klassengesellschaft in vollem Gang, als die ersten Europäer die Küste Azanias erreichten. Der Boden war jedoch noch Gemeineigentum und Privateigentum an Produktionsmitteln unbekannt, als der Kapitalismus auf diese Gesellschaften traf.

Die "Entdeckung" Südafrikas: Im Schoße des europäischen Feudalismus entwickelten sich die

Hilfe ihrer Holländisch-Ostindischen Kompanie am Kap festsetzen und einen Versorgungsstützpunkt errichten. Da die Qoyi ohne Kampf ihr Vieh nicht hergaben, erhielten einige Angestellte der Kompanie die Aufgabe, am Kap zu siedeln und als Bollwerk der Kompanie gegenüber den Afrikanern zu dienen. Dazu erhielten die Siedler einen "Freibrief"; denn keineswegs waren die Buren freie Bauern und Handwerker, sondern durch die ursprüngliche Akkumulation in Europa von Grund und Boden verjagte "vogelfreie Proletarier", die zu Zwangsarbeit auf die Galeeren geschickt wurden. Die Siedler organisierten für die europäische Bourgeoisie Viehdiebstahl, Landraub und Sklavenhalterei.

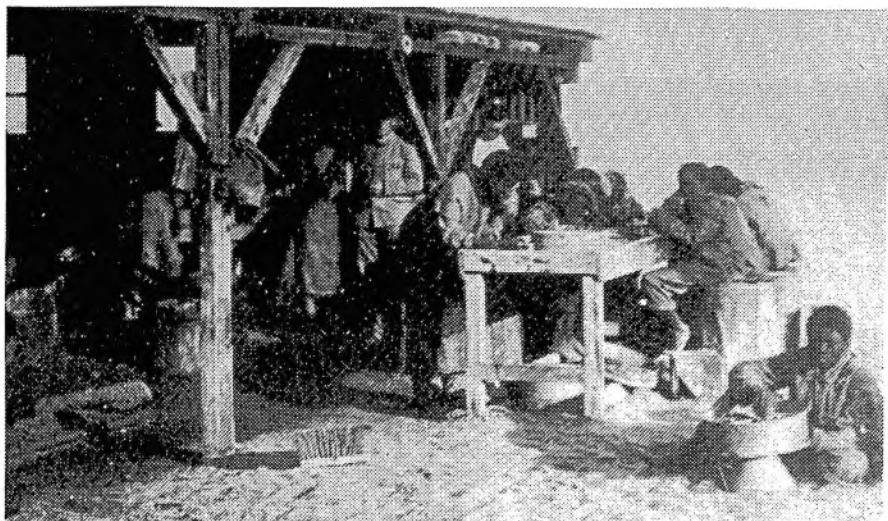
Der Kampf der Qoyi um ihr Land: Die Qoyi (von den Siedlern Hottentotten und Buschmänner genannt) erkannten, daß ihr bestes Land geraubt wurde, und wehrten sich. Van Riebeeck schrieb 1660 nach Amster-

dam: "Da sie (die Qoyi) so entschieden darauf bestanden, daß wir ihnen ihr eigenes Land zurückgeben, waren wir gezwungen, ihnen zu sagen, daß sie dieses Recht vollständig eingebüßt haben ... da es jetzt das Eigentum der Kompanie geworden ist durch das Schwert und die Gesetze des Krieges." (1) Trotz überlegener Schußwaffen gelang es den Kolonialisten in den ersten 50 Jahren nicht, weiter als 50 km über das Kap hinauszukommen. Erst nachdem die Qoyi durch zwei Pestepidemien, die über die Schiffe eingeschleppt wurden, dezimiert waren, konnten sie von den fruchtbaren Weidegebieten und von den Wasserstellen in unfruchtbare Gebiete getrieben werden. Ende des 18. Jahrhunderts hatten sie ihr Vieh und Land verloren und mußten sich als Knechte und Sklaven der Kolonialisten verdingen.

England wird Weltmacht – die Völker Azanias erheben sich: Für die neuen Bedürfnisse der englischen Industrie an Absatzmärkten, Rohstoffen und Arbeitskräften im großen Maßstab mußte der Sklavenhandel abgeschafft und die noch bestehende bäuerliche Produktionsweise in Afrika aufgelöst werden. Um die Lohnsklaverei zu erzwingen, wurde 1807 in den englischen Kolonien der Sklavenhandel verboten und ab 1833 die Sklaverei überhaupt. Vor allem trieb die britische Kolonialmacht den weiteren Landraub voran. Die afrikanischen Völker begannen sich zu formieren, um ihr Land zu verteidigen. Im Südosten organisierten die Xhosa den ersten großen Verteidigungskrieg, der die britische Armee fast das ganze Jahrhundert lang in Atem hielt. Die Strategie der verbrannten Erde und die Ermordung der Xhosa führten 1865 zur Annexion des Landes. Das erste Reservat wurde gebildet, denn die Xhosa konnten sich auf dem reduzierten Land nur noch durch Verkauf ihrer Arbeitskraft halten; sie stellten später den größten Teil der Arbeiter in den Bergwerken der Kapkolonie. 1837 stieß in Natal ein Burentreck mit 1000 Ochsenwagen auf das Volk der Zulu, die unter Führung ihres Königs Shaka ein Volksheer aufgebaut hatten. Nach erbitterten siegreichen Kämpfen wurden die Zulu erst durch die Spaltung ihrer Stämme besiegt. Sie wurden "eingehetzt": Von 5 Mio. Hektar geraubten Landes wurden auf 800000 Hektar Reservate für Afrikaner angelegt, die in 42 Gebiete zerstückt waren. Während der 50er Jahre erhoben sich die Basuto im Gebiet zwischen Oranje und Vaal und schlügen mit moderner militärischer Ausrüstung die Buren und die Engländer in zwei großen Befreiungskriegen. Erst nachdem die britische Regierung jede Waffen- und Munitionslieferung an die Basuto verboten hatte, verloren die Basuto alle landwirtschaftlichen

Nutzflächen. Basutoland wurde zur Kronkolonie Englands. In der Zwischenzeit hatten sich die Zulu von ihrer Niederlage erholt, ihre militärische Stärke wiederhergestellt und Schußwaffen besorgt. 6000 britische Soldaten und 12000 koloniale Hilstruppen mit 29 Neunfünder-Feldhaubitzen marschierten in drei Säulen im Zululand ein. 8000 mit Gewehren und 30000 mit Speeren bewaffnete Kämpfer der Zulu waren in der Lage, die britische Armee zu schlagen. Erst 1879 wurde die Zuluarmee durch Truppenverstärkung der Engländer geschlagen. Das Königreich wurde in 13 Gebiete aufgespalten und jedes nach dem Prinzip "Teile und herrsche" einem anderen Häuptling unterstellt. Das Zulu-Volk wurde in ein über mehrere Gebiete zersplittertes Reservat eingepfercht.

Ausbau des Kolonialsystems
- Reservate: "Akumulation des Kapitals ... ist Vermehrung des Proletariats". In den kapitalistischen Ländern ist der Arbeiter, "obgleich frei, naturgesetzlich abhängig vom Kapitalisten, in Kolonien muß diese Abhängigkeit durch künstliche Mittel geschaffen werden." (Karl Marx, *Das Kapital*, S. 642) Mit der Abschaffung der Sklaverei wurde schon 1856 in der Kapkolonie ein Gesetz eingeführt, das "Landstreichelei" mit Zwangsarbeit bestrafte. Weitere Zwangsmittel zum Eintritt in die Geldwirtschaft waren Eintreibung von Pachtgebühren durch die neuen Grundherrn und Steuern durch die Kolonialregierung. Hüttensteuer und Hosensteuer dienten als Instrumente, die Afrikaner zu zwingen, sich das Geld zu beschaffen, indem sie sich als Lohnarbeiter ausbeuten ließen, und bereicherten die Staatskasse. Die Entdeckung der Diamanten und Goldvorkommen in Azania und das Eindringen des Finanzkapitals hatten einen ungeheuren Bedarf an Lohnarbeitern zur Folge. In "Farmers Weekly" heißt es 1911: "Ein Eingeborener zahlt lieber Pacht und 'squats' und macht, wozu er Lust hat, als daß er ohne Pacht zahlen zu müssen lebt und arbeitet. Das ist die Wurzel ... unserer Schwierigkeiten." (2) Um dem einen Riegel vorzuschieben und die Afrikaner endgültig zu enteignen, wurde nach der Gründung der Südafrikanischen Union (1910) der Natives Land Act 1913 erlassen. Nach diesem Eingeborenlandgesetz wurden 7,4% der Gesamtfläche Südafrikas, der unfruchtbare Boden, als Reservate vom übrigen "europäischen" Gebiet abgegrenzt und der Kauf von Land Afrikanern verboten. 1936 wurde das Gebiet, auf das die Afrikaner als ihre "Heimatländer" Anspruch haben, auf endgültig 13,7% festgelegt. Die "Homelands" befinden sich seit dem "Group Areas Act" 1950-56 auf dem Weg in die sog. "Unabhängigkeit", mit



... und in Lohnsklaven für das koloniale Kapital verwandelt. Bild: Schwarze Arbeiter sieben Diamantsand (um die Jahrhundertwende).

dem Ziel der Ausbürgerung der Afrikaner aus ihrem eigenen Land.

Der Widerstand gegen die Bantustan-Politik: In den 50er Jahren war die Politik der Reservate eines der zentralen Angriffsziele der Afrikaner. In der Transkei, der eine Vorreiterrolle im Aufbau einer "Bantu-Selbstverwaltung" zugewiesen war, kam es schon 1956 zu Kämpfen gegen den Aufbau neuer Verwaltungseinheiten und gegen den Versuch, der weißen Minderheitsregierung ergebenen Chiefs einzusetzen. Das von Pretoria vorangetriebene Landprogramm wurde erbittert bekämpft. Es sah vor: Die Xhosa sollten in kontrollierbare Wehrdörfer eingesperrt, das gemeinschaftlich genutzte Weideland in einzelne Koppeln aufgesplittet, Acker nach Kriterien der maschinellen Bearbeitung zusammengelegt und der Viehbestand der Afrikaner reduziert werden. Der Widerstand breitete sich auf die gesamte Transkei aus und wurde mit brutaler Gewalt unterdrückt. Dies war möglich, schreibt das ANC-Mitglied Govan Mbeki, "da die Reservate in Transvaal kleine, weit verstreute Taschen in den weiten, weißen Farmgebieten sind". (3) Der Widerstand gipfelte im Pondo-Aufstand. 1960 versammelten sich trotz Verbot Tausende von Bauern im Pondoland und wählten aus ihrer Mitte das sog. "Bergkomitee", das zum organisatorischen und militärischen Zentrum der Kämpfe wurde. Zerschlagen wurde der Pondoauftand erst durch die Unterdrückungswelle nach den Massakern von Sharpeville und dem Verbot von ANC und PAC. Nach Mbeki dokumentieren die Kämpfe die Bedeutung der Bauern im Befreiungskampf.

Zwangsumsiedlungen heute: Hinter der Phraseologie von der "getrennten Entwicklung" verbirgt sich die seit Jahren durchgeföhrte Zwangsumsiedlung von Tausenden von Afrikanern in die Reservate. Die Um-

siedlungen stellen den umgekehrten Prozeß zum Zwangssystem der Wanderarbeit dar und vollenden den kolonialen Landraub der Weißen. Bis 1975 waren bereits drei Mio. Afrikaner in Reservate umgesiedelt worden, über acht Mio. lebten zu diesem Zeitpunkt noch im "falschen Gebiet". Die Zwangsdeportationen finden z.B. statt: infolge der Abschaffung von Pachtverträgen auf den Farmen der weißen Siedler; auf der Grundlage der Gesetze, die 'Squatters' (illegalen Siedlungen der Afrikaner) auf den Farmen der Weißen verbieten; durch die Beseitigung von "black spots" (Landfetzen, die Afrikaner außerhalb der Reservate bebauen); aufgrund von Verstößen gegen die Paßgesetze. Von 1950-70 sind allein sieben Gesetze zur Durchsetzung der Zwangsumsiedlungen in Kraft getreten. Die jahrelange, mit terroristischen Methoden forcierte Zwangsumsiedlungspolitik macht deutlich, daß der Kolonialstaat keine auch noch so kümmerliche, aber selbständige Lebensform der Afrikaner duldet. Enteignungsgesetze und ihre brutale Anwendung sollen kollektive Lebens- und Produktionsformen, die sich auf dem Land immer wieder neu entwickeln, vernichten. Die Landfrage zu lösen, wird eine grundlegende Aufgabe des nationalen Befreiungskampfes des azanischen Volkes sein.

(1) Der Kampf des Volkes von Azania gegen die Kolonialherrschaft, Kühl 1978, S. 45. (2) ebenda, S. 132. (3) H. Orbon, Die Lage der Schwarzen in Südafrika/Azania, Oberbaum 1980, S. 97. Weitere Quellenhinweise: Wanderarbeit im Südlichen Afrika, ISSA, Wissenschaftliche Reihe, 1976; Zwangsumsiedlungen in Südafrika, Ein Bericht der Kirchen, Südafrikanischer Kirchenrat und Katholische Bischofskonferenz des Südlichen Afrika, 1984.

minen sinkt, um so mehr müssen die Goldmonopole danach trachten, die Produktivität der Arbeit zu erhöhen. Die häufige Klage der Bergbaukapitalisten über drückenden Mangel an qualifizierten Arbeitern, die zunehmende Durchlöcherung der "Job reservation" (Reservierung bestimmter Tätigkeiten für Weiße) durch die Kapitalisten selbst sind da aufschlußreich. Da aber die Arbeit in den Goldfeldern mit der Entwicklung der Bergbautechnik nicht leichter, mit wachsender Tiefe der Minen im Gegenteil immer schwerer wird, können die Kapitalisten ihr Problem mit weißen Facharbeitern nicht lösen – sie finden sie einfach nicht. Die Ausbildung eines azanischen Facharbeiterstammes aber ist mit der Praxis, Wanderarbeiter zu 12- oder 18-Monats-Verträgen aus den "Homelands" zu rekrutieren, unvereinbar. Damit ist das System der Wanderarbeit, ein Grundpfeiler der Apartheid, praktisch hin.

Ungewiß ist die Zukunft der weißen Farm- und Plantagenwirtschaft. Ihre Konkurrenzfähigkeit auf den Agrarmärkten ist im ganzen gesunken. Mais, das landwirtschaftliche Hauptexportprodukt, konnte schon länger nur mit staatlichen Subventionen exportiert werden. Die Weltmarktverluste infolge der Trockenheit werden kaum aufgeholt werden können: Immerhin hat Südafrika, das den Mais vor allem in asiatische und afrikanische Länder exportierte, seine z.T. mehrjährigen Lieferverträge nicht erfüllt. Es steht zu erwarten, daß die Konkurrenten aus den USA, Argentinien und Frankreich die Gelegenheit nicht ausgelassen haben, südafrikanische Exporteure aus ihren angestammten Märkten zu verdrängen.

Dies scheinen uns einige wichtige Momente der politischen Krise zu sein, die die weiße Siedlergesellschaft erfaßt hat. Alles ist in Frage gestellt: ihre koloniale Aneignungsweise, ihre koloniale Herrschaftsform und ihr kolonialer Lebensstil, angefangen von den um ein Vielfaches höheren Löhnen des weißen Lohnabhängigen (im Vergleich zu den schwarzen Arbeitern) bei gleichzeitiger Befreiung von aller schweren Arbeit über den gutschütigten Mittelstandshaushalt mit schwarzer Hausangestellter bis zu dem grandiosen Luxus der Großgrundbesitzer und Kapitalisten.

Das Regime schlägt um sich

Die geschichtliche Erfahrung, daß die herrschenden Klassen, auch wenn sie nicht so weitermachen können wie zuvor, freiwillig niemals sich zurückziehen, bestätigt sich auch in Südafrika. Mit aller Gewalt versucht das Regime, den früheren Zustand zu verteidigen.

Sinkt die Produktivität der Goldminen, dann werden eben die Stollen tiefer in die Erde getrieben und werden

die schwarzen Bergarbeiter zur Arbeit unter unmenschlichen Bedingungen gejagt, bei einer Hitze von über 40 Grad und einer Luftfeuchtigkeit von über 90%, ständig von Grundwasserüberflutungen und Stolleneinbrüchen bedroht.

Nutzen die schwarzen Arbeiter ihre trotz Krise und hoher Arbeitslosigkeit gestärkte Stellung gegenüber den Kapitalisten, um ihre Interessen geltend zu machen, greift das Regime zu allen Mitteln staatlichen und halbstaatlichen Terrors, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen, die unübersehbar zur bestimmenden Kraft der azanischen Befreiungsbewegung geworden ist. In dem halben Jahr vor der Verhängung des Ausnahmezustands verboten die Behörden zahllose Gewerkschaftsversammlungen und politische Veranstaltungen und töteten Polizei, Armee und Killerkommandos Hunderte von Schwarzen und inhaftierten über 10000. (8) Mit dem Ausnahmezustand erreicht die staatliche Brutalität einen neuen Höhepunkt.

Schwindet die Produktivität der landwirtschaftlichen Böden, dann wird eben, koste es, was es wolle, die Extensivierung der Produktion vorangetrieben und der Raubbau an Mensch und Natur gesteigert. – Schon vor über zehn Jahren stellte die Regierung fest, daß es 3000 Farmen zuviel gebe, und räumte sie kurzerhand aus dem Weg mittels Flurbereinigung und Anreizen zu freiwilliger Aufgabe. (9) Die Durchschnittsgröße der Farmen stieg auf über 1200 ha (BRD: 16 ha). In der Rinderwirtschaft setzen sich Ranch-Großbetriebe durch mit bis zu 20000 ha und 5000 Rindern, ähnlich die Tendenz in der Schafwirtschaft. Auch im Mais- und Zuckerrohranbau wird der agro-industrielle Großbetrieb mit hohem Kapitaleinsatz vorherrschend. Auf der Strecke bleibt dabei der typische burische Farmer mit 100 bis 200 ha gemischter Landwirtschaft.

Vor allem aber treffen die Maßnahmen die schwarze Bevölkerung in den "weißen" Landgebieten. Die Farmer haben im Zuge der Technisierung viele Farmarbeiter entlassen und in die "Homelands" zurückgeschickt, vor allem männlich Arbeiter. Sie gehen zunehmend zur Vernutzung von Kindern und Frauen über. Die Farmer am Hex River, um ein Beispiel zu geben, lassen fast ausschließlich zehn- bis vierzehnjährige Mädchen für sich arbeiten. So drücken die Farmbesitzer den elend niedrigen Lohn, der für Männer selten mehr als 20 Rand (30 DM) und für Frauen 15 Rand beträgt und oft auch nur zum Teil bar ausgezahlt wird, noch weiter. (10) Der Einsatz von mehr Maschinerie hat für die unausgebildeten Farmarbeiter einen steile Zunahme von oft schweren Unfällen zur Folge. Wie skrupellos die Farmer mit fremdem Leben umgehen, zeigt eine andere Zahl: Jährlich ster-

ben rund 1600 schwarze Farmarbeiter an Pestizidvergiftungen. (11)

Die durch den Drang zu weiterer Extensivierung angestachelte Landgier der Großgrundbesitzer ist auch die hauptsächliche Triebkraft für die massenhaften Zwangsumsiedlungen. Ungefähr 3,5 Millionen Afrikaner hat das Regime in den letzten 20 Jahren in die "Homelands" getrieben, zum größten Teil entlassene Farmarbeiter, schwarze Siedler, die sich bis dahin in den "weißen" Landgebieten noch gehalten hatten, und Bewohner der "schwarzen Flecken", afrikanischen Dorfgemeinden in Gebieten, die für die Weißen deklariert wurden. Widerstand wurde mit Waffengewalt gebrochen. Weitere 1,7 Millionen plant das Regime noch zwangsumzusiedeln.

Die "Homeland"-Bevölkerung verhungert

Fast 12 Mio. Menschen, das ist nahezu die Hälfte der afrikanischen und knapp 40% der gesamten Bevölkerung, sind in die "Homelands" eingepfercht. 1,1 Mio. von ihnen – sieben von zehn arbeitsfähigen Männern – müssen ihre Arbeitskraft als Wanderarbeiter oder Pendler in den "weißen" Gebieten verkaufen. In den Reservaten selbst ist es fast unmöglich, seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Industrie und Bergbau ist kaum vorhanden; der Großteil lebt – lebt? – von Landwirtschaft.

Vor über 100 Jahren stellte ein Siedler fest: "Nimmt man Mann für Mann und Hektar für Hektar, dann produziert der Eingeborene mehr auf einem kleinen Stück Land und mit primitiven Geräten als der Europäer." (12) Aber das ist längst vorbei. Die Landwirtschaft in den "Homelands" ist am Ende. Ursache ist die absolute Übervölkerung und die infolge der Übervölkerung weit fortgeschrittene Bodenverheerung und Überweidung.

Eine große Anzahl von Familien besitzt überhaupt kein Land – und oft genug damit keine Einkommensquelle. Die meisten anderen haben winzige Flecken, oft weniger als einen Hektar, oft in Lagen, in denen der Boden nichts abwirft. Ähnliches gilt für den Viehbesitz. 30% der Familien hat keinerlei Vieh. Das durchschnittliche Eigentum beläuft sich auf 4–6 Stück 10–14 Stück mindestens gelten als lebensnotwendig. Eine Untersuchung der Verhältnisse in der Transkei ergab schon 1974, daß 61,6% der Haushalte mit Land "niemals in der Lage (waren), genug zu produzieren, um sich selbst zu ernähren", weitere 30% bestenfalls in guten Jahren. (13) In der Ciskei können heute gerade noch 8% der Bauernfamilien sich selbst ernähren.

Die Zwangsumsiedlungen haben die Situation bis heute mit Sicherheit noch verschärft. Unter diesen Umständen hatte die Trockenheit für die Bevölkerung in den "Homelands" katastrophale Auswirkungen.



Streikwelle in Natal 1973. Sie begann mit dem Streik von 2000 Arbeitern einer Ziegelfabrik, die eine Anhebung des Mindestlohns von 8,97 Rand auf 20 Rand die Woche forderten. Zehntausende Arbeiter in vielen anderen Betrieben traten daraufhin ebenfalls in den Streik. Sie konnten ihre Forderungen nur teilweise durchsetzen – aber die azanische Arbeiterbewegung war unwiderruflich zu einer großen – heute kann man sagen: zur bestimmenden – Kraft der Befreiungsbewegung geworden.

Die Maisproduktion brach vielerorts zusammen. Allein in der Transkei verendete über eine halbe Million Vieh, mehr als ein Drittel des Viehbestandes. Die physische Widerstandskraft der Bevölkerung war schon lange untergraben. Schon vor den dürren Jahren litten fast 3 Mio. schwarze Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren unter Unterernährung, die Hälfte wies sogar Symptome zweiten Grades auf. In einigen "Homelands" erreicht ein Kind unter vieren das 5. Lebensjahr nicht. Mangelkrankheiten wie Tuberkulose waren schon immer die häufigste Todesursache. (14)

Wieviele Menschen in den "Homelands" an direkten Folgen der Trockenheit starben, ist nicht genau ermittelt. Es dürften Hunderttausende sein. Die durch die Dürre noch beschleunigte Bodenerosion und verursachten Störungen des Wasserhaushaltes, die Abnahme des Viehbestandes, dazu die Fortsetzung der Zwangsumsiedlungen in die verödeten, übervölkerten Gebiete – dies alles macht das Leben in den "Homelands" von Tag zu Tag unerträglicher.

Der Aufstand der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen entwickelt sich vor allem in den Städten, in den Zentren der Industrie und des Bergbaus. Aber eine wesentliche Triebkraft der revolutionären Bewegung in Südafrika/Azania ist die wachsende Verelendung der schwarzen Landbevölkerung.

Die letzte Kolonialbastion in Afrika wird fallen!

Wie das imperialistische Kapital die Aussichten des rassistischen Regimes beurteilt, wird nach Verhängung des Ausnahmezustands an der Johannesburger Börse deutlich: Sie erlebte einen Kurssturz wie noch nie in der Geschichte. (15) Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der heldenhafte

Kampf des unterdrückten azanischen Volkes in naher Zukunft das Joch der Kolonialherrschaft zerbrechen und das menschenverachtende Regime der Apartheid beseitigen wird.

Man darf nicht übersehen, daß eine militärische Intervention der Imperialisten zum Schutz ihrer Interessen längst begonnen hat. Das Siedlerregime kann den Krieg, den es gegen die ausgebeuteten Klassen, gegen die ganze azanische Nation führt, überhaupt nur aufgrund der anhaltenden imperialistischen Hilfsleistungen wirtschaftlicher, militärischer und politischer Art führen. Deshalb müssen alle Kräfte aufgeboten werden, um den vollständigen Boykott gegen die BRD und die anderen imperialistischen Mächte durchzusetzen und das Regime von seinen Hilfsquellen abzuschneiden. Das ist heute dringender denn je.

Ungeachtet ihrer Unterstützung für das Regime suchen die Imperialisten nach Mitteln und Wegen, die koloniale Herrschaft über Azania durch neokoloniale Formen der Ausbeutung und Unterdrückung abzulösen. So rechnet man sich aus, daß die Beseitigung der Zuzugskontrolle und die Auflösung der "Homelands" zu einer gewaltigen Flucht der armen Landbevölkerung in die Städte führen wird und zu einer ungeheuren Überfüllung des Arbeitsmarktes. Das würde den Monopolen erlauben, sowohl eine Schicht qualifizierter afrikanischer Arbeiter heranzubilden wie die Löhne niedrig zu halten.

Diese Rechnung kann aber nur aufgehen, wenn die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden unangetastet bleiben (und durch den nach-kolonialen Staat entsprechend geschützt werden). Es sei daran erinnert, daß die britischen Imperialisten in der klaren Absicht, der Revolution Fußfesseln anzulegen, in den Verhandlungen über

die Unabhängigkeit von Zimbabwe gegen die Patriotic Front ein Verbot der Enteignung der Grundbesitzer durchgesetzt hatten. Dieses Verbot war nur zu erpressen, weil Großbritannien damit drohen konnte, das südafrikanische Siedlerregime auf Zimbabwe loszulassen. Auf jeden Fall aber war dem Umsiedlungsprogramm der ZANU von vornherein ein schweres Hindernis in den Weg gelegt worden.

Die Erfahrungen Zimbabwes zeigen, daß ein Umsiedlungsprogramm, das den Landhunger von Millionen Armen stillen und die Ernährung der Bevölkerung sicherstellen kann, ohne die Beseitigung der kolonialen Eigentumsrechte an Grund und Boden schwerlich zum Erfolg geführt werden kann. Und dann wird es immer noch unendlich schwer sein, die Hinterlassenschaften von einigen Jahrhunderten Kolonialwirtschaft zu beseitigen.

(1) The Observer, 21.3.82. (2) Wirtschaftswoche 17/83; Merian, Südafrika. (3) Klimm, Schneider, Wiese, Das südliche Afrika, 1980, S. 133. (4) The Times, 3.9.83. (5) Klimm, Schneider, Wiese, a.a.O., S. 43. (6) Statistisches Jahrbuch, Jhrg. 1977 bis '84. (7) Klimm, Schneider, Wiese, a.a.O., S. 100. (8) Focus Nr. 59, Juli/August 1985. (9) Klimm, Schneider, Wiese, a.a.O., S. 45. (10) Survey of Race Relations in South Africa, 1983; H. Orbon, Die Lage der Schwarzen in Südafrika/Azania, 1980, S. 324. (11) Sowetan, 17.7.85, zitiert nach AZAKO 5/85. (12) zitiert nach H. Orbon, a.a.O., S. 39. (13) ebenda, S. 40. (14) South African Review, 1984; Financial Mail, 2.3.84. (15) FAZ, 29.7.85. Weitere Quellenhinweise: Facts & Reports, Jhrg. 1982 bis 1985; Informationsdienst südliches Afrika, Jhrg. 1983 bis 1985; Schneider, Wiese, Südafrika, Fakten und Probleme, 1983. – (scc, and)



Zimmermanns Datenschutz

Mit der Begründung, Staatsschutz- und Polizeigesetze müßten an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung angepaßt werden, betreibt die Bundesregierung die Revision und Verschärfung einer Reihe von Gesetzen zur Unterdrückung der politischen Opposition. Das Innenministerium legt den Ländern einen neu-

en Musterentwurf für ein Polizeigesetz vor, ein Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst wird vorbereitet. Die "Anpassung" des Paßgesetzes, des Personalausweisgesetzes, Volkszählungsgesetzes und des Bundesdatenschutzgesetzes sollen den Polizei- und Justizbehörden die umfassende Nutzung bestehender Personendaten ermöglichen und den Abgleich von Polizei- und Justizakten erleichtern.

Zusammenschluß gegen den Faschismus in der Türkei

Im Dezember 1984 haben die türkischen und kurdischen Parteien TKP, SPTK, TIP, PPKK, TKEP, TSIP eine Aktionseinheit gebildet, die mit einem antifaschistischen Programm die Errichtung einer Volksmacht in der Türkei und in Türkisch-Kurdistan anstrebt. Der Name der Aktionseinheit: Linke Einheit der Türkei und Türkisch-Kurdistans. Grob gefaßt verfolgt sie die Ziele: Sturz des Faschismus in der Türkei, Bildung einer demokratischen Regierung, Austritt aus der NATO, Neuwahlen und eine neue Verfassung. In die Aktionseinheit sollen alle antifaschistischen Kräfte: die Bauern, Kleinhändler, kleine und mittlere Bourgeoisie, die Jugend, alle Patrioten unter Führung der Arbeiterklasse.



Überbetriebliche Ausbildung

Bundes- und Länderregierungen führen Programme für über- und außerbetriebliche Ausbildung durch, um, so die jeweiligen Richtlinien, Jugendlichen, die keine Lehrstelle finden, eine Ausbildung zu ermöglichen. Mittels dieser Programme betreiben Regierung und Kapitalisten einen Angriff auf das Tarifsystem: Niedriglöhne



statt Tariflöhne, Wegfall von Weihnachts- und Urlaubsgeld, Spaltung unter den Azubis. Ein solches Programm ist das "Einmalige Sonderprogramm der Bundesregierung" (ESA), ein solcher Träger überbetrieblicher Ausbildung die IHK-Ausbildungs-GmbH Dortmund. Acht Azubis kämpfen, unterstützt von der ÖTV, vor dem Arbeitsgericht um gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Die Jahrhundertreform (Kohl) der Lohnsteuer

Die Lohn- und Einkommensteuer ist die größte Steuerquelle des bürgerlichen Staates, gefolgt von der Mehrwertsteuer, die auch zum größten Teil von den werktätigen Massen aufgebracht wird. Der Anteil der Steuern auf Vermögen und Besitz nimmt säkular ab. – Die sozialliberale Koalition hat die Steuerlast für die werktätigen Klassen auf eine vorher nicht bekannte Höhe getrieben. Das wurde mit den Kosten für Sozialpolitik (Reformen) begründet. Faktisch setzte schon damals eine neuartige Entwicklung ein: Das Steuergeld finanziert nicht nur den Staatsapparat, sondern verwandelt sich in Eigentum der Privaten, damals in Form von Zins auf Staatsschuld, heute zusätzlich noch direkt.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26 mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Große Dülwelstr. 55, 3000 Hannover

BWK Nordrhein-Westfalen
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M 2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40
Bestellungen für Politische Berichte wegen der Lokalbeilagen bitte an die Anschrift im jeweiligen Bundesland richten.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.